

Der lange Weg

Mattersdorf zu Österreich

Deutsch-Westungarn wird Burgenland



Anna Benedek, Georg Luif

Inhalt

VORWORT	2
Zahlen zum Ersten Weltkrieg	3
Kriegsende	4
Die Sixtusaffäre	5
Aufbruch und Revolution in Ungarn	7
Die Friedensverhandlungen	8
Der Versailler Friedensvertrag	8
Der Vertrag von Saint-Germain mit Deutschösterreich	9
Karl Renner (1870-1950)	9
Bestimmungen zu Deutsch-Westungarn	10
Otto Bauer (1881-1938)	10
Der Vertrag von Trianon mit Ungarn	11
Trauma für die Ungarn	13
Miklós Horthy (1868 – 1957)	14
Zeitreise	16
Pariser Friedenskonferenz zieht die neuen Grenzen in Europa	16
Deutsch-Österreich setzt auf die Eingliederung in das Deutsche Reich	18
Deutsch-Österreich kämpft um Böhmen und Mähren	19
Österreich vor der Friedenskonferenz in Paris	21
Ungarn im Konflikt mit der Tschechoslowakei und Rumänien	29
Ungarns Regierung im Widerstand gegen Besetzung durch Entente	31
Räteregierung im Amt - sie sucht internationale Verbündete	32
Politische Organisierung und Institutionenaufbau	34
Mattersdorf organisiert die Räte	35
Ungarische Räteregierung führt nationalen, bewaffneten Kampf	36
Volksrepublik und Räteregierung für Autonomie der ungarländischen Deutschen	39
Österreichs Überlegungen betreffend Deutschwestungarn	42
Die „Vierzehn Punkte“	45
Entente akzeptiert die Räteregierung als Verhandlungspartner nicht	46
Rumänisch-Ungarischer Krieg	48
Räteregierung tritt zurück und Gewerkschaft-Regierung übernimmt die Macht	50
Umsturz und Installation einer Habsburger Regierung in Ungarn	52
Festigung der christlichen und nationalen Regierung in Ungarn	54
Das Königtum Ungarn wird wiederhergestellt	57
Internationaler Boykott gegen Ungarn	60
Standrecht und Verfolgung der Juden und Anhänger der Räteregierung	62
Pariser Friedensverhandlung mit ungarischer Regierung	64
Ungarische Denkmäler über den Vertrag in Trianon vom 4.Juni 1920	72
Kampf der Republik Österreich um das Burgenland beginnt	74
Quellenverzeichnis	79

VORWORT

Nach der Ausstellung zur Entstehungsgeschichte des Hianzenlandes im Gebiet von Deutsch-Westungarn im letzten Jahr setzen wir heuer im zweiten Teil der Ausstellung mit den Verhandlungen zur Zugehörigkeit Deutsch-West-Ungarns nach dem Zerfall der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und dem Ende des Ersten Weltkriegs im Zusammenhang mit der Entstehung neuer Staaten und Grenzziehungen in Europa fort. Es war eine Zeit des Zerfalls großer Reiche, voller Unruhen, revolutionärer Umbrüche, Elend, Hunger und Seuchen. Die Friedensverhandlungen ließen viele Fragen offen und schufen den Nährboden für neue schwerwiegende Konflikte.

Die Burgenlandfrage spielte dabei eine eher geringe, aber für uns nicht unbedeutende Rolle. Um den schmalen Landstrich Westungarns wurde lange gefeilscht und gerungen, bis er schließlich doch endgültig Österreich zugesprochen wurde.

Wir wollen einen Überblick über diese bewegte, spannende Zeit geben und damit unsere BesucherInnen an viel schon Gewusstes erinnern und hoffentlich auch Neues vermitteln.

Im dritten Teil der Ausstellung im nächsten Jahr werden wir die letzten Auseinandersetzungen um die Zugehörigkeit des Burgenlands dokumentieren und den 100sten Geburtstag des jüngsten Bundeslandes Österreichs gebührend feiern.

Mattersburg, September 2020.

Das 70er Haus der Geschichten veröffentlicht zu seinen Ausstellungen begleitendes schriftliches Material. Dies dient einerseits als Dokumentation und andererseits zum Nachlesen.

Das „70er Haus der Geschichten“ in Mattersburg, Hinterg. 70 ist Informationsstelle, Archiv, Kontakt- und Ansprechort für diejenigen, die die Vergangenheit erforschen und daraus Fragen für die Zukunft stellen.

Impressum:

Herausgeber und Verantwortlicher:

Dr. Georg Luif, Hinterg. 70, 7210 Mattersburg.

Druck:

online Druck GmbH, Brown-Boveri-Straße 8, 2351 Wr. Neudorf



Zahlen zum Ersten Weltkrieg

Der für Österreich-Ungarn 1.563 Tage dauernde Erste Weltkrieg kostet das k.u.k. Heer viele Tote und Verwundete, und hat verheerende soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen für die Bevölkerung zur Folge.

Insgesamt stehen mehr als 60 Millionen Männer im Ersten Weltkrieg unter Waffen, neun Millionen fallen in den blutigen Schlachten. Auch mindestens sechs Millionen Zivilisten kommen ums Leben.

Der Krieg konzentriert sich von 1914 bis 1918 auf Europa. Rund 40 Länder aller Kontinente sind beteiligt.

Italien, das sich zu Kriegsbeginn für neutral erklärt hat, tritt am 23. Mai 1915 auf Seiten der Alliierten in den Krieg ein. Als Gegenleistung werden Italien im Londoner Vertrag Gebietsansprüche versprochen: Südtirol, Triest, Istrien, Dalmatien, Teile Albaniens, Teile Anatoliens sowie zwölf kleinasiatische Inseln sollen nach dem Sieg der Alliierten an Italien gehen. Als koloniale Zugabe soll noch Libyen dazu kommen.

Am 14. Oktober 1915 tritt das Zarentum Bulgarien an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ein. Es gilt als stärkste militärische Macht auf dem Balkan

Nach dem Sturz des russischen Zarenreiches durch die Oktoberrevolution 1917 wird zwischen Sowjetrussland und den Mittelmächten (Österreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien, Osmanisches Reich) am 3. März 1918 in Brest-Litowsk ein Friedensvertrag unterzeichnet. Damit scheidet Sowjetrussland als Kriegsteilnehmer aus. In Osteuropa ist der Erste Weltkrieg beendet.

Die Ukraine, die zuvor mit Unterstützung der Mittelmächte als Ukrainische Volksrepublik ihre Unabhängigkeit von Russland erklärt hat, hat bereits am 9. Februar 1918, ebenfalls in Brest-Litowsk, mit den Mittelmächten einen Separatfrieden unterzeichnet, den sogenannten „Brotfrieden“.

Bevölkerungszahlen:

Mittelmächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich, Bulgarien): 142,1 Millionen

Entente (Frankreich, Großbritannien und Irland, Russland, Italien, Russland, USA und andere): 466,4 Millionen

Soldaten im Einsatz:

Mittelmächte insgesamt 24,4 Millionen

- Deutschland 13,2 Millionen
- Österreich-Ungarn 9,0 Millionen
- Osmanisches Reich 1,6 Millionen
- Bulgarien 600 000

Entente ohne Kolonien insgesamt 38,6 Millionen, darunter:

- Frankreich: 8,1 Millionen
- Großbritannien: 6,1 Millionen
- Russland: 15,8 Millionen
- Italien: 4,3 Millionen
- USA :2,1 Millionen

Getötete Soldaten:

Mittelmächte insgesamt 3,55 Millionen

- Deutschland: 2,04 Millionen
- Österreich-Ungarn: 1,46 Millionen
- Osmanisches Reich: 325 000,
- Bulgarien: 88 000

Entente insgesamt 5,30 Millionen, darunter:

- Frankreich: 1,33 Millionen
- Großbritannien: 750 000
- Russland: 1,8 Millionen
- Italien: 460 000
- USA 117 000 (besonders Spanische Grippe)
- britische und französische Kolonien: 258 000

Getötete Zivilisten:

Mittelmächte insgesamt 3,4 Millionen, darunter

- Deutschland: 700000 (vor allem Hungertote im Winter 1916/17)

- Österreich-Ungarn: 400000

- Osmanisches Reich: 2,0 Millionen (vor allem verfolgte Armenier)

- Bulgarien: 300000 (darunter viele Verfolgte)

Entente insgesamt: 2,55 Millionen, darunter

- Frankreich: 600000

- Großbritannien: 600000

- Russland etwa 1 Millionen (vor allem Hunger und Krankheiten)

- Italien: 700000



Erster Weltkrieg, Schlachtfeld an der Westfront 1915



Waffenstillstandsverhandlungen in der Villa Giusti



Kaiser Karl I. in Triest während seiner Frontreise an die Isonzofront, Istrien, Kärnten und Vorarlberg, die vom 1. Juni 1917 bis zum 6. Juni 1917 dauerte. (Nationalbibliothek)

Kriegsende

Am 21. März 1918 beginnt mit dem Unternehmen Michael die deutsche Frühjahrsoffensive an der Westfront. Gegen den verstärkten Widerstand der beiden westlichen Hauptmächte Großbritannien und Frankreich, unterstützt durch die USA und eine Reihe weiterer verbündeter Nationen, erlahmt die Kraft der deutschen Offensive schließlich nach drei Monaten. Ab Mitte Juli 1918 geht die Initiative endgültig an die Entente über. Die deutsche Oberste Heeresleitung, die damals auch das österreich-ungarische Heer befehligt, verliert jeden Handlungsspielraum an der Westfront. Ende September 1918 verlangt die Militärführung einen Waffenstillstand. Im September kapitulieren die Bulgaren, im Oktober die Osmanen.

Am 3. November 1918 wird in der Villa Giusti bei Padua/Padova (Padova) der Waffenstillstand zwischen der Entente und Österreich-Ungarn abgeschlossen. Am 11. November 1918, wird im französischen Compiègne in einem Eisenbahn-Salonwagen der Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und den Westmächten unterzeichnet.



Waffenstillstandabkommen mit dem Deutschen Reich im Eisenbahn-Salonwagen

Die Sixtusaffäre

Kaiser Karl I, der nach dem Tod von Kaiser Franz Josef 1916 die Herrschaft über Österreich-Ungarn übernommen hat, versucht mittels eines Geheimvertrages mit den Alliierten, die Niederlage für das Kaiserreich zu verhindern und die Monarchie zu retten. Der Versuch endet in einem Skandal und trägt letztlich zum Gegenteil bei. Er geht als Sixtus-Affäre in die Geschichte ein.

Der Kaiser steht unter Druck, Die Soldaten sind kriegsmüde, die Versorgungsschwierigkeiten nehmen zu. Es gibt Meuterei in der Armee, Revolutionen

keimen in ganz Europa. Der einzige Hoffnungsschimmer kann ein Separatfrieden sein. Dazu nutzt Karl die Verbindungen seiner Frau Zita. Ihre Brüder sind die Bourbonenprinzen Sixtus und Xavier. Als belgische Offiziere stehen sie im „anderen Lager“. Das Kaiserpaar setzt sie als Friedensvermittler via Frankreich ein. Die Aktivitäten verlaufen ohne jegliche Verständigung mit dem Deutschen Kaiserreich. Die von Karl verfassten Briefe werden von Graf Tamás von Erdödy, einem treuen Untertan in der Militärkanzlei des Kaisers, an Sixtus von Bourbon-Parma und Franz Xavier Bourbon-Parma überbracht, die sie an den französischen



Sixtus von Bourbon-Parma

Präsidenten Raymond Poincaré weiterleiten.

Frankreich stellt harte Bedingungen für einen Friedensschluss. Die härteste ist die Rückgabe von Elsass-Lothringen an Frankreich. Der Kaiser versichert schriftlich, dass er sich bei seinen Verbündeten für den Anspruch Frankreichs auf Elsass-Lothringen einsetzen wird. Aber gleichzeitig verwahrt er sich entschieden dagegen, österreichische Territorien, die bereits Italien versprochen sind, aufzugeben. Die Bemühungen um einen Separatfrieden sind schon allein deshalb zum Scheitern verurteilt. Bevor Karl dem deutschen Kaiser Wilhelm II von seinen Plänen berichten kann, hält der k.u.k Minister für Äußeres, Ottokar Czernin, am 2. April 1918 eine vom Kaiser genehmigte Rede, in der er behauptet, die Initiative zu den Gesprächen sei von alliierter Seite, namentlich von Frankreichs Regierungschef Georges Clémenceau, ausgegangen. Clémenceau hätte die Rückgabe von Elsass-Lothringen verlangt, was aber von österreichischer Seite sofort entschieden abgelehnt worden sei.

Am nächsten Tag drucken Zeitungen die vom Kaiser genehmigte Rede in voller Länge. Clémenceau ist wütend, ist es doch vielmehr exakt umgekehrt gewesen. Kaiser Karl hat sich an Frankreich gewandt und nicht umgekehrt. Und der Kaiser hat seine Unterstützung für die Rückgabe Elsass-Lothringens versichert. Zum Beleg für seine Erklärung veröffentlicht Clémenceau einen von Karls Briefen. Kaiser Karl dementiert alles, entlässt Außenminister Czernin, muss aber letztlich muss seine Initiative eingestehen.

Die Sixtus-Affäre endet als Super-GAU für das ohnehin bereits angeschlagene, instabile österreichische Kaiserreich. Mit dem Verrat am großen Verbündeten Deutschland ist Österreich-Ungarn ab diesem Zeitpunkt moralisch unten durch und wird in politische Überlegungen praktisch nicht mehr einbezogen. Das militärische Oberkommando liegt nun nur noch bei Deutschland. Der Krieg wird auf dem Schlachtfeld entschieden.



Graf Tamás von Erdödy



Kaiser Karl I. versucht einen Separatfrieden mit den Alliierten 1917 zu erreichen.

Ein unruhiger Frieden

Der langersehnte Frieden ist zwar da, aber Ruhe kehrt nicht ein. Es herrschen Hunger, Kriegsmüdigkeit und politische Unzufriedenheit. Die Soldaten kehren von den Fronten in ihre von Not und Chaos beherrschten Heimatstädte und -dörfer zurück. Die Bevölkerung hungert teilweise, es herrscht Mangel an Kleidung. Ein strenger Winter steht bevor, Epidemien und Seuchen erschweren die Lage zusätzlich.

Am 9. November 1918 wird in Berlin die Republik ausgerufen. Gleichzeitig erreicht die Revolution die Hauptstadt. Am 24. Oktober erklärt sich Ungarn, am 28. Oktober die Tschechoslowakei, am 29. Oktober das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (späteres Jugoslawien) für unabhängig.

Für die deutschsprachigen Gebiete der Monarchie konstituiert sich am 21. Oktober 1918 in Wien eine provisorische Nationalversammlung. Sie beschließt am 30. Oktober eine provisorische Verfassung und setzt eine provisorische Regierung unter Karl Renner ein. Die k.u.k. Armee löst sich nach dem am 3. November geschlossenen Waffenstillstand auf.

Im November 1918 revoltiert auch im Raum Mattersburg die Bevölkerung. Es werden Gemeindeämter gestürmt. Auch Pfarrhöfe werden angegriffen, Vorratslager des Staates werden geplündert. In einigen Orten kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, in Pötsching wird ein Aufstand von zusammengewürfelten Ordnungskräften niedergeschlagen. Der Vizegespan von Ödenburg, Antál Hajas fordert die Gemeinderepräsentanten auf, eigene „Nationalgarden“ (Néporség) zu bilden, die für Ordnung sorgen sollen. Bezirkskommandos werden aufgestellt. Der Hauptmann der Reserve und Walbersdorfer Ziegeleibesitzer Anton Schreiner übernimmt das Oberkommando über alle Garden des Bezirks Mattersburg. Nach Plänen in deutschnationalen Kreisen in Wien, die schon im November 1918 entstehen, wird eine selbständige „Republik Heanzenland“ im Raum von Deutsch-Wes-tungarn in Mattersburg am 5./6. Dezember 1918 ausgerufen, die jedoch nach kaum 24 Stunden durch militärisches Eingreifen der Honvéd (ungarische Landwehr) ein rasches Ende findet.



Hungerwinter in Wien - französisches Solidaritätsplakat

Am 11. November 1918 verzichtet Karl I. auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte, am 12. November wird im Parlament die Republik Deutsch-Österreich (unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht als Bestandteil der deutschen Republik) ausgerufen. Auch in Österreich kommt es zu revolutionären Aufständen. Im Sommer 1919 beruhigt sich Lage.



Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich vor dem Parlament in Wien

Aufbruch und Revolution in Ungarn

Am 17. Oktober 1918 verkündet der ehemalige Ministerpräsident István Tisza im ungarischen Parlament: „Wir haben den Krieg verloren.“ Am 31. Oktober 1918, dem Tag der bürgerlichen Revolution in Ungarn, wird Tisza in seiner Villa von bewaffneten Soldaten ermordet. Protest, Streik, Meuterei und Demonstrationen auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage durch den Krieg, die hoffnungslose Lage an der Süd- und Ostfront und die politischen Entwicklungen in Russland, führen schließlich zum revolutionären Umbruch in Ungarn.

In der Nacht zum 31. Oktober 1918 besetzen militärische Einheiten, die sich dem Nationalrat angeschlossen haben, im Rahmen der bürgerlichen „Aster-Revolution“ die Hauptstadt Budapest. Unter diesem Druck ernannt König Karl IV. gegen den Widerstand der alten ungarischen Führungsschicht Mihály Károlyi zum Ministerpräsidenten. Ungarn beendet an diesem Tag die Realunion mit Österreich. König Karl verzichtet am 13. November 1918 auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften in Ungarn, dankt aber nicht ab. Die Regierung Károlyi ruft am 16. November 1918 die Republik Ungarn aus.

Vom Nationalrat wird Graf Károlyi am 11. Januar 1919 zum Präsidenten der Republik gewählt. Er bildet eine sozialistisch-bürgerliche Regierung. Tschechische und rumänische, serbische und französische Truppen verletzen das Waffenstillstandsabkommen, wodurch alle wichtigen Reformvorhaben wie Bodenreform oder neues Wahlgesetz letztlich auf der Strecke bleiben. Hauptaufgabe der Regierung Károlyi sind Maßnahmen gegen Plünderungen und die Aufstellung eines republikanischen Heeres.

Mit der Vix-Note ordnen am 20. März 1919 die Alliierten einen weiteren Rückzug der Ungarn zu neuen Demarkationslinien im Südosten an, der auch magyarisch besiedelte Gebiete abtrennt und vom französischen Oberstleutnant Fernand Vix, dem Leiter der alliierten Militärmission in

Budapest, als endgültige politische Grenze bezeichnet wird. Ein Sturm der Entrüstung bricht los und Károlyi tritt am 21. März zurück.

Die Macht übernimmt der von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildete Revolutionsrat. Er ruft die Föderative Ungarische Sozialistische Räterepublik aus, dessen mächtigste Figur Béla Kun ist. Diese Regierung dauert nur 133 Tage. Die Räterepublik kann die Hoffnungen der Arbeiter, Bauern und eines Teils der Mittelschicht nicht erfüllen. Sie scheitert wegen radikaler Verstaatlichungen und dem Vorgehen gegen politische Gegner, aber vor allem wegen der Besetzung Budapests durch rumänische Truppen.

Ungarn wird ähnlich wie Österreich durch Territorialforderungen der Nachbarstaaten bedrängt. Es kommt in Siebenbürgen zu Kämpfen mit rumänischen Truppen, im Banat mit serbischen Einheiten, und tschechische Truppen stoßen in das mehrheitlich slowakisch besiedelte Oberungarn vor. Béla Kun stellte in kurzer Zeit ein starkes Heer auf und kann die Tschechen weit zurückdrängen. Die Entente stoppt jedoch die Offensive: die Rote Armee und die gegnerische rumänische Armee sollen sich auf die alte Demarkationslinie bzw. Ausgangsstellung zurückziehen. Die Rumänen halten sich nicht an ihre Versprechungen. Sie ziehen am 4. August 1919 in Budapest ein, worauf Béla Kun zurücktritt. Danach tritt der ehemalige k.u.k. Admiral Miklós Horthy von Szeged auf den Plan, übernimmt die Macht und führt eine auf Terror gegründete präfaschistische Diktatur ein.

Asterrevolution werden die Demonstrationen, Unruhen und Streiks von Soldaten und Zivilisten genannt, die in Budapest und anderen Städten Ungarns vom 28. bis zum 31. Oktober 1918 stattfinden. Der Name leitet sich von den Asten ab, die die Soldaten anstelle der entfernten Kappenröschen und Hoheitsabzeichen der österreichisch-ungarischen Streitkräfte an ihre Mützen heften und die zu ihrem Symbol werden.

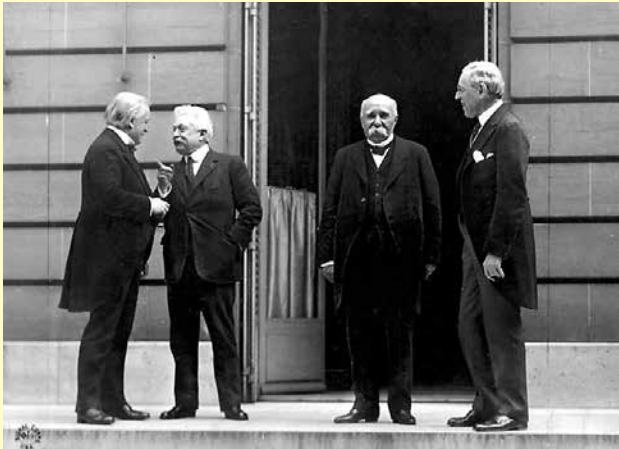


Asterrevolution: Ausrufung der ungarischen Volksrepublik am 16. November 1918 unter Premierminister Mihály Károlyi und Ratspräsident János Hock.

Die Friedensverhandlungen

Am 18. Jänner 1919, gut drei Monate nach Kriegsende, beginnen in Paris die Friedensverhandlungen.

Das Ende des Ersten Weltkrieges markiert auch den Untergang der alten Welt. Die großen Reiche und die Donaumonarchie zerfallen, Revolutionen brechen aus, neue Nationalstaaten entstehen, die Grenzen in Europa werden neu gezeichnet. Unter diesen Vorzeichen Frieden zu schaffen, ist ein äußerst schwieriges und komplexes Vorhaben.



Die großen Vier: David Lloyd George, Großbritannien, Vittorio Emanuele Orlando, Italien, Georges Clémenceau, Frankreich und Woodrow Wilson, USA

Bereits im Januar 1918 hat der Präsident der USA, Thomas Woodrow Wilson in 14 Punkten seine Idee vom Frieden in Europa und in der Welt dargelegt. Das Programm enthält unter anderem Forderungen nach der Abschaffung der Geheimdiplomatie, der Freiheit der Meere, nach gleichen Handelsbedingungen für alle Staaten, Rüstungsbeschränkungen und die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Insbesondere dieser Punkt hat bei den Verhandlungen auch zum Schicksal des Burgenlands entscheidende

Bedeutung.

Über 10.000 Personen sind zur Konferenz nach Paris gereist: Staatsoberhäupter, Regierungschefs, Minister, Wirtschaftsexperten, Völkerrechtler, Kartografen sowie unzählige Diplomaten, Abgesandte aus den 27 Ländern, mit denen sich das deutsche Kaiserreich und seine Verbündeten, die k.u.k. Monarchie Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, noch vor wenigen Monaten in einem erbitterten Krieg befunden haben.

Es tagen 58 Ausschüsse. Allein der Viererrat, bestehend aus den Verhandlungsführern Amerikas, Frankreichs, Englands und Italiens, trifft sich über hundert Mal.

Die Interessen der Siegermächte sind nicht einheitlich und die Sympathien schwanken. So sind zum Beispiel der französische Ministerpräsident Clémenceau und der amerikanische Präsident in herzlicher gegenseitiger Abneigung verbunden. Clémenceau lästert: „Wilson ödet mich an mit seinen 14 Punkten, selbst der Allmächtige hat nur zehn.“

Insgesamt werden fünf Friedensverträge verhandelt: Der erste wird in Versailles am 28. Juni 1919 mit Deutschland geschlossen. Es folgen der Vertrag von Saint Germain-en-Lay am 10. September 1919 mit Deutsch-Österreich; der Vertrag von Neuilly-sur-Seine am 27. November 1919 mit Bulgarien; der Vertrag von Trianon am 4. Juni 1920 mit Ungarn und zuletzt der Vertrag von Sèvres am 10. August 1920 mit dem Osmanischen Reich.

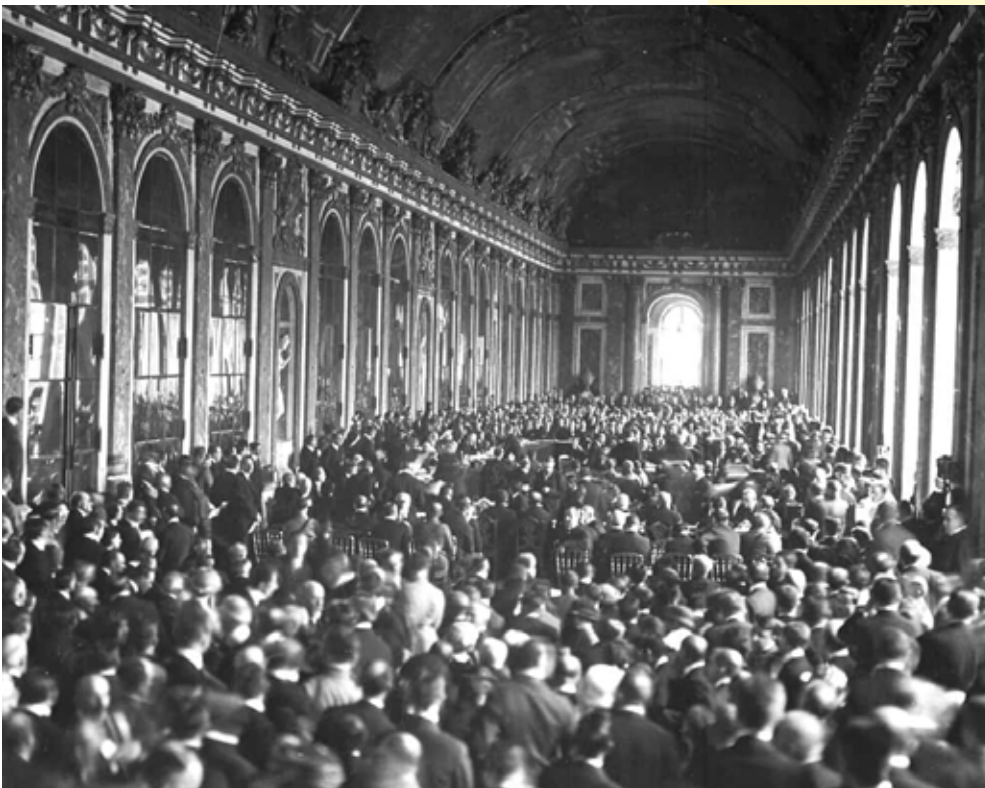
Der Versailler Friedensvertrag

Die deutsche Delegation darf an den Verhandlungen nicht direkt teilnehmen, sondern kann erst am Schluss durch schriftliche Eingaben wenige Nachbesserungen des Vertragsinhalts erwirken. Der Vertrag konstatiert die alleinige Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeten für den Ausbruch des Weltkrieges und verpflichtet es zu Gebietsabtretungen, Abrüstung und Reparationszahlungen an die Siegermächte. Nach ultimativer Aufforderung unterzeichnet Deutschland

am 28. Juni 1919 den Vertrag unter Protest im Spiegelsaal von Versailles. Für Deutschland sind die festgelegten Bestimmungen Demütigungen, die die weitere Geschichte der Weimarer Republik belasten und später von nationalistischen Kräften ausgenutzt werden.

Zu den Unterzeichnern gehören neben Deutschland die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Bolivien, Brasilien, Kuba, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, Siam, Tschechoslowakei und Uruguay.

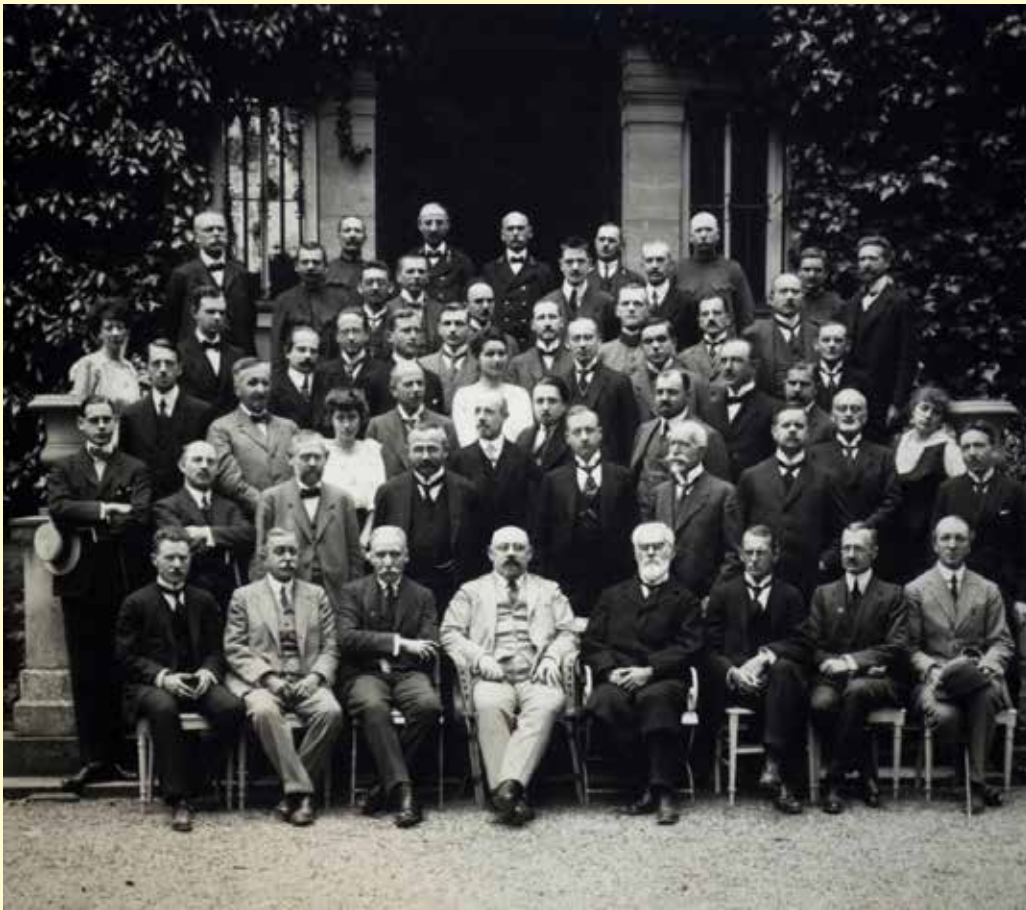
Mit der Unterzeichnung endet der Erste Weltkrieg auf völkerrechtlicher Ebene. Sie ist zugleich Gründungsakt des Völkerbundes.



Unterzeichnung im Spiegelsaal von Versailles (Nationalbibliothek)

Der Vertrag von Saint-Germain mit Deutschösterreich

Das Schloss Saint Germain-en-Laye ist der Geburtsort von König Ludwig XIV, einem großen Gegner der Habsburgermonarchie. In diesem berühmten Schloß muss Österreich am 10. September 1919 in die Friedensbedingungen einwilligen. Der Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye regelt die Auflösung der österreichischen Reichshälfte Österreich-Ungarn und die Bedingungen für die neue Republik.



Österreichische Delegation in Saint Germain-en-Lay (Nationalbibliothek)

Im Mai 1919 reist eine österreichische Delegation unter der Leitung von Karl Renner nach Saint-Germain-en-Laye. Auch ihr wird eine direkte Teilnahme an den Gesprächen verweigert. Sie kann lediglich schriftliche Vorschläge unterbreiten. Der Vertrag von Saint-Germain entspricht dem Versailler Vertrag und wird von denselben Ländern unterzeichnet. Österreich wird zum Zwergstaat. Die deutsch besiedelten Gebiete in Südtirol, Böhmen, Österreichisch-Schlesien und Mähren sind für den Staat definitiv verloren. Teile von Deutsch-Westungarn werden Österreich zugesprochen. Österreich hat den Zugang zum Meer verloren und es werden ihm Gebiete mit wichtigen Bodenschätzen und Industrieanlagen entzogen. Der Anschluss an Deutschland wird untersagt. Der Staat heißt nun Republik Österreich und muss unabhängig zu bleiben.

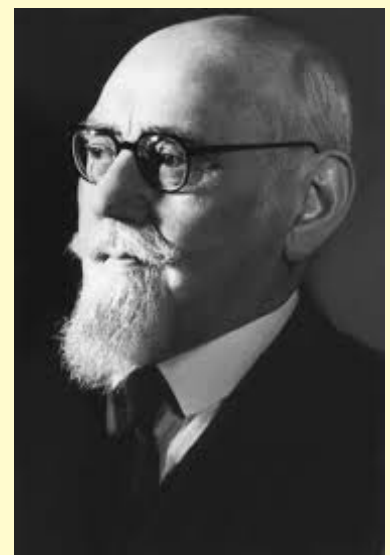
Karl Renner (1870-1950)

Studium der Rechte an der Universität Wien (Promotion 1898).

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wird Renner 1918 Staatskanzler und bildet die erste Regierung der Ersten Republik. Von 1918 bis 1919 ist er Mitglied der Provisorischen Regierung. 1919 leitet Karl Renner die österreichische Delegation bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain. Bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 erzielt die SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) die relative Mehrheit und geht eine Koalition mit der Christlich-sozialen Partei ein. Renner führt die Regierung bis zum Ende der Koalition im Jahr 1920. Danach amtiert er bis 1923 und erneut von 1931 bis 1933 als Präsident des Nationalrates. Innerhalb der SDAP widmet er sich hauptsächlich wirtschaftlichen Aufgaben, unter anderem in den Konsumgenossenschaften und der 1922 gegründeten Arbeiterbank, deren Initiator und Präsident er ist. Am 12. Februar 1934 wird Karl Renner festgenommen und für hundert Tage in Haft gehalten. Während des Zweiten Weltkrieges zieht er sich in seine Villa in Gloggnitz zurück, wo er sich wissenschaftlichen und literarischen Arbeiten widmet. Unter anderem verfaßt er einen Text für eine Bundeshymne.

Im April 1945 nimmt er mit dem Kommando der heranrückenden Sowjetarmee Verhandlungen zu einer von den Besatzungsmächten akzeptierten Regierungsbildung auf und kann einen Kompromiss erzielen. Renner wird wieder Staatskanzler. Es ist sein Verdienst, dass in Österreich bereits Ende November 1945 landesweite demokratische Wahlen abgehalten werden können.

Am 20. Dezember 1945 wird Karl Renner von der Bundesversammlung einstimmig zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt. Als solcher ist er bis zu seinem Tod 1950 ein Mahner zur Erhaltung der Demokratie.



Karl Renner

Bestimmungen zu Deutsch-Westungarn

In Saint Germain nimmt die Burgenlandfrage eine Wendung. Für die Alliierten in Paris ist eine Erörterung der Grenzen zwischen Deutschösterreich und Ungarn zunächst nicht erforderlich. Am 2. Juni 1919 werden der österreichischen Delegation die Friedensbedingungen übergeben, worin der Beschluss enthalten ist, die Grenzen von 1867 beizubehalten. Das ist für Österreich nicht akzeptabel. Sie haben 14 Tage Zeit, zum Vertrag Stellung zu nehmen. Der österreichische Delegationsleiter Karl Renner erklärt in der „Note über die Grenzen Deutschösterreichs“ vom 16. Juni, dass die angesprochenen Gebiete Westungarns „seit dem Mittelalter überwiegend von Deutschen bewohnt und seit jeher in ununterbrochener und direkter Handelsbeziehung mit Wien, Graz und Wiener Neustadt gestanden sind. „... *Deutschösterreich hat aus geographischen, nationalen und wirtschaftlichen Gründen das Recht, dieses Gebiet zu beanspruchen; trotzdem strebt es aber nach keiner willkürlichen Annexion, sondern überlässt ... die Entscheidung ausschließlich der freien Entschließung der Nationen. Aus diesem Grunde verlangen wir auch, dass den Bewohnern dieser Gebiete das Recht zugestanden werde, durch freie Volksabstimmung selbst darüber zu entscheiden, ob sie mit Deutschösterreich vereinigt werden wollen oder nicht.*“ In einer beigefügten Denkschrift wird auch die wirtschaftliche Bedeutung des Gebiets für die Versorgung Wiens, der Industriebezirke Niederösterreichs und Graz angesprochen. Es wird hingewiesen, dass „*die Komitate Ödenburg, Eisenburg und Wieselburg von jeher gewissermaßen der Gemüsegarten von Wien waren, indem sie letzterem überdies noch die nötige Versorgung mit Milch, Butter, Käse, Fleisch etc. sicherten. Andererseits bilden die erwähnten Kreise ein wichtiges Absatzgebiet für die österreichische Industrie*“. Es ist allen klar, dass die Bevölkerung nicht geschlossen für den Anschluss an Österreich ist. Österreich will keine Provokation oder gar gewaltsame Auseinandersetzungen riskieren und betont daher die Forderung nach einer Selbstbestimmung im Sinne des 14 Punkteprogramms von Wilson.

Auch schon Otto Bauer hat im Parlament in einer ausführlichen Rede in der Nationalversammlung am 7. Juni 1919 in diesem Sinne gesprochen. Er beklagt, dass der Friedensentwurf der Entente Deutsch-Westungarn das Recht auf Selbstbestimmung verwehre und betone gleichzeitig die Wichtigkeit einer guten Nachbarschaft zwischen Österreich und Ungarn.

Zu dieser Zeit herrscht in Ungarn die Räteregierung. Otto Bauer solidarisiert sich mit der Räterepublik, will aber keineswegs dem ungarischen Beispiel folgen. Viel mehr will er die Furcht der Westmächte vor einem Vordringen des Bolschewismus nutzen. Die Entente erkennt, dass Österreich ein Bollwerk gegen den Bolschewismus sein könnte. Dafür muss Österreich lebensfähig erhalten werden. Daher müsse die Entente Österreich entgegenkommen. Besonders die Amerikaner meinen, man könne Österreich nicht schlechter als Deutschland behandeln und plädiert nun doch für eine Volksabstimmung in Deutsch-Westungarn. Für die weiteren Verhandlungen in einer speziellen Kommission bereitet sich das amerikanische Team sehr genau mit Landkarten und Statistiken zu Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten vor. Die neuen Grenzen sollen den ethnischen Gegebenheiten entsprechen. Am 3. Juli 1919 - die Stellungnahme der Österreicher zu den Friedensbedingungen liegt schon einige Tage vor - schlagen die USA die Übergabe eines großen Teils der Region Deutsch-Westungarn an Österreich vor. Die Mehrheit der Kommission schließt sich dem Vorschlag an. Am 11. Juli 1919 wird die vorgeschlagene österreich-ungarische Grenze in die neuformulierten Friedensbedingungen aufgenommen, ohne auf die vorgeschlagene Volksabstimmung einzugehen. Am 20. Juli werden die Friedensbedingungen der österreichischen Delegation vorgelegt. Karl Renner bedankt sich, betont jedoch die Notwendigkeit einer Volksabstimmung. Sie soll aber auch im Wieselburger Komitat sowie in einigen südlichen Gemeinden vorgenommen werden, die nicht Österreich zugesprochen wurden. Es soll nichts gegen den Willen der Bevölkerung Deutsch-Westungarns geschehen. Die Alliierten behandeln die Frage zwar noch einmal, stellen dann aber endgültig fest, dass man „es für richtig gefunden habe, Österreich jene Gebiete Westungarns anzugliedern, die von einer geschlossenen deutschen Bevölkerung bewohnt sind, und deren landwirtschaftliche Produkte für die Ernährung Wiens und anderer Zentren einen wichtigen Bestandteil bilden.“ Sogar die Amerikaner meinen nun, dass eine Volksabstimmung überflüssig sei, da die Zugehörigkeit sprachlich und ethnisch völlig klar sei.

Otto Bauer (1881-1938)

studiert an der Universität Wien Rechtswissenschaften und promoviert 1906. Er wird führender Theoretiker der Sozialdemokratie und gilt als Begründer des Austromarxismus. Von 1912 bis 1914 arbeitet er in der Redaktion der Arbeiter-Zeitung, des Zentralorgans der Partei.

Im August 1914 wird Bauer als Reserveleutnant der Infanterie eingezogen und kommt nach einigen Gefechten in russische Gefangenschaft. Er kehrt im September 1917 als „Austauschinvalid“ nach Wien zurück.

Nach Victor Adlers Ableben am 11. November 1918 holt man den 37-jährigen Otto Bauer, einen dynamischen linken Sozialdemokraten, ins Führungsgremium der Partei. Bauer wird Staatssekretär des Äußeren (Außenminister).

Am 7. Mai 1919 wird der deutschen Delegation in Versailles der Entwurf des Friedensvertrages übergeben, der die Vereinigung von Österreich mit Deutschland nicht gestattet. Bauer hält Österreich ohne Anschluss an Deutschland nicht für existenzfähig. Er tritt am 26. Juli 1919 aus der Regierung zurück; Staatskanzler Karl Renner übernimmt nun auch die Außenamtsagenden.



Otto Bauer Staatssekretär für Äußeres in der Koalitionsregierung 1919

Der Vertrag von Trianon mit Ungarn

Als 1672 Frankreichs »Sonnenkönig« Ludwig XIV. ein Schlösschen namens Trianon de Porcelaine bei Versailles für seine Mußestunden mit Madame de Maintenon errichten ließ, konnte niemand ahnen, dass nach dreieinhalb Jahrhunderten der Ort für ganz andere Leidenschaften sorgen würde.

Als Ungarn Ende 1919 an den Verhandlungstisch eingeladen wird, sind mit den Verträgen von Versailles und Saint-Germain-en-Laye bereits Fakten geschaffen. Von den Siegermächten werden Bestimmungen vorgelegt, die von Ungarn als Demütigung empfunden werden.

Schon vor den Pariser Verhandlungen sind mehrere Abspaltungen einzelner Landesteile von Ungarn vorausgegangen:

- Tschechen und Slowaken, deren Nationalrat in Paris bereits am 2. Juli 1918 von den USA anerkannt wurde, rufen am 28. Oktober 1918 die Tschechoslowakische Republik aus.
- Kroatien und Slawonien gründen am 5. Oktober 1918 in Zagreb den Nationalrat der Serben, Kroaten und Slowenen. Sie nehmen keine Weisungen aus Budapest mehr entgegen und erklären sich am 30. Oktober 1918 zum Teil des neuen SHS-Staates.
- Die Rumänen Siebenbürgens sprechen sich am 1. Dezember 1918 in den Karlsburger Beschlüssen für die Vereinigung mit dem Königreich Rumänien aus. Die Volksversammlungen der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben entscheiden sich im Jahr 1919 ebenfalls für die Vereinigung ihrer Gebiete mit Rumänien.
- Das Kapitel Deutsch-Westungarn spielt insgesamt keine sehr große Rolle bei den Verhandlungen. Was mit dem mehrheitlich deutsch-sprachigen Gebiet geschehen soll, ist aber schon vor dem Krieg ein Thema: Anschluss an die österreichische Reichshälfte oder Autonomie innerhalb Ungarns. Der Vertrag von Saint-Germain-en-Laye ist die Grundlage für den Vertrag von Trianon. Mit dem Vertrag wird dieser Landstreifen den Ungarn genommen und kommt zu Österreich. Nur ist der Anschluss Deutsch-Westungarn an Österreich bei der Unterzeichnung noch nicht realisiert.

Ungarn büßt mehr als zwei Drittel des früheren Territoriums ein, darunter Oberungarn (Slowakei), Ruthenien (die Karpatoukraine) und Siebenbürgen. Es verliert damit auch vier Fünftel seiner Bergwerke und zwei Drittel des Ackerlandes. Die Stärke der Streitkräfte wird auf 35.000 Mann begrenzt, eine Luftwaffe verboten.

In den Stellungnahmen zu den Dokumenten berufen sich die Ungarn auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, des 14 Punkte-Programms von Präsident Wilson. Ungarns Forderung nach Abstimmungen in seinen abgetrennten Gebieten wird von den Siegermächten rundweg abgelehnt.

Die in fließendem Französisch und teilweise Englisch und Italienisch vorgetragenen Ausführungen des ungarischen Delegationsleiters Graf Albert Apponyi hat bei den Siegermächten keine Wirkung. Die Atmosphäre bei den Sitzungen in Paris ist eisig.

Der Graf weist darauf hin, dass die Entente sein Land von bisherigen Märkten und Rohstoffquellen abschneiden und dreieinhalb Millionen der Landsleute zu Ausländern machen wolle. *„Ungarn“, so sagt er beschwörend, „verfügt über alle Voraussetzungen einer organischen Einheit, mit einer Ausnahme, und das ist die ethnische Einheit. Aber (...) jene Staaten, welche auf Ungarns Trümmern errichtet werden sollen, werden ebenfalls keine ethnische Einheit bilden.“* Durch die geplanten Grenzen würden ganz neue Minderheitenprobleme geschaffen, schließt er.

Nach fünf Monaten Tagungsdauer unterzeichnen zwei Vertreter Ungarns am 4. Juni 1920 den fertigen Friedensvertrag. Der Vertrag wird so spät unterzeichnet, weil das besiegte Ungarn 1919 politische Wirren durchmacht, die die Alliierten beunruhigen. So wird nach dem Austritt Ungarns aus der Donaumonarchie am 21. März 1919 die Ungarische Räterepublik ausgerufen und nach gescheiterten Verhandlungen mit der Entente über die zukünftigen Grenzen Ungarns bricht am 15./16. April 1919 der Ungarisch-Rumänische Krieg aus.

Zu den unterzeichnenden Mächten zählen Großbritannien, Frankreich und Italien, Japan, Belgien, Siam, Griechenland, Nicaragua, Panama, das im Herbst 1918 wiedererstandene Polen, Portugal, Rumänien, das neu gebildete serbisch-kroatisch-slowenische Königreich und die neue Tschechoslowakei.

Die Motive Frankreichs und Englands auf der Konferenz sind klar: Es gilt, einen stark vergrößerten Einfluss in Osteuropa zu erlangen, indem man die neuen Nationalstaaten Tschechoslowakei, Rumänien und den SHS-Staat (das spätere Jugoslawien) begünstigt und militärisch aufrüstet. Frankreich ist fest entschlossen, auf Kosten Ungarns ein Großrumänien zu unterstützen, wobei der Zugriff auf dessen Ölquellen eine Rolle spielt. Weniger klar ist die Haltung der USA, die den Vertrag letztlich nicht unterschrieben hat.



Graf Albert Apponyi

Map 1:
Austro-Hungarian Linguistic-National
Majorities (1910) and the Treaty
Borders of Saint-Germain (1919)
and Trianon (1920)

National Majorities

Nationalities	Percentage of the population							
20-50	50-60	> 60						
Germans	Czechs	Slovaks	Poles	Romanians	Serbs	Croats	Slovenes	Italians

at according to "Linguistic Language" in Austria, to the "Mother Tongue" in Hungary, and "Confession" in Italy, Dalmatia and Bosnia-Herzegovina
of Fiume/Rijeka was a "Free State" with an area of 28 sq km between 1920 and 1924

Scale: 0 50 100 km

Source: O. Stelzl, N.F. 17, Tab. 3; Ung. Statistik, Munkácsy, N.S. XLII, Tab. V; Volkszählung Bosnien-Herzegowina 1910, Tab. V; Concept: A. Suppan; Cartography: W. Liebhart; Source: H. Rumpler, P. Urbanitsch (eds.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, (Vienna, 2010), pp. 61, 259.

all according to "Colloquial Language" in Austria, to the "Mother Tongue" in Hungary), and "Confession" in Italy, Dalmatian and Bosnia-Herzegovina.

(5) *Fiumefluggia* was a "Tire State" with an area of 28 km between 1920 and 1924

Statistics

Ost. Statistik. N.F. 1/1, Tab. 3;
Ung. Statistik. Mitteilungen, N.S. XLII, Tab. I
Volkszählung Bosnien-Herzegowina 1910, Tab. V

Concept: A. Suppan
Cartography: W. Leubart
Source: H. Rumpel, P. Urbanitsch (eds.),
Die Habsburgmonarchie 1849-1918,
(Vienna, 2010), pp. 61, 259.

W

© ÖAW

Trauma für die Ungarn

Die Magyaren sind nach dem Vertrag von Trianon entrüstet und schockiert, da die abgefallenen bzw. abzutretenden Gebiete seit dem 11. Jahrhundert nach und nach zum Königreich Ungarn kamen. Die Losung der damaligen Widerstandskämpfer lautet „Nein! Nein! Niemals!!“ (ungarisch: Nem! Nem! Soha!!).

„Die Glocken läuteten in den Budapester Kirchen heute Vormittag, die Fabrikanlagen ließen ihre Sirenen heulen (...) Die ungarischen Bevollmächtigten haben heute, um 16 Uhr 30 Minuten, in Trianon das Friedensdokument unterzeichnet. Heute also wurden von uns die glänzenden ungarischen Städte getrennt: das kostbare Kolozsvár (Cluj/Klausenburg), das Kassa von Rakoczi (Kosice), die Krönungsstadt Pozsony (Bratislava), das strebsame Temesvár (Timisoara), Arad, die Stadt der Blutzeugen des Freiheitskrieges (...) die wertvollen, schönen Zentren“, so klagt ein ungarisches Abendblatt, das wie die meisten Zeitungen an diesem Tag schwarz umrandet erscheint.



Plakat über die Zerteilung Ungarns

Die Flaggen im gesamten Ungarn werden bis zum Ersten Wiener Schiedsspruch 1938 auf Halbmast gesenkt. In diesem Schiedsspruch werden Ungarn einige verlorene Gebiete zugesprochen. Nach dem Zweiten Weltkrieg müssen diese Gebiete aber wieder abgetreten werden.

Noch in den 1930er-Jahren müssen die Schüler am Unterrichtsbeginn ein Gebet sprechen, in dem die Revision, die Wiederherstellung Großungarns gefordert wird („Ich glaube an einen Gott, ich glaube an eine Heimat, ich glaube an die unendliche göttliche Wahrheit, ich glaube an die Auferstehung Ungarns!“)

Bis heute ist Trianon das große Trauma der Ungarn – und damit lässt sich trefflich Politik machen.

Viktor Orbán lässt ein Mahnmal

zum 100. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung von Trianon errichten, das an Ungarn als Opfer, das so viele Schläge hinnehmen musste, erinnert. Der Gedanke soll die Nation zusammenhalten.

Ministerpräsident Viktor Orbán sagt bei der Einweihung des Denkmals am 20. August 2020: „Hundert Jahre nach dem verlorenen Weltkrieg und dem Trianon-Diktat steht Ungarn in der europäischen Geschichte als Überlebenskünstler da. Es gibt keine andere Nation weltweit, die derartige hundert Jahre überstanden hätte.“ Das Denkmal des Zusammenhalts stellt eine 100 Meter lange, in den Erdboden eingelassene Rampe dar. In die Mauern werden die Namen von 12.537 Orten eingemeißelt, die bis zum Vertrag von Trianon bei Großungarn waren. Aber viele dieser Orte waren aber nie mehrheitlich von Ungarn besiedelt und erscheinen nicht unter ihrem historischen Namen, sondern in einer magyarisierten Form, die sie erst bei einer großen Umbenennungsaktion von 1913 bekamen.



Denkmal des Zusammenhalts

Als dominante Ethnie im alten Groß-Ungarn setzt die ungarische Führung einen harten Assimilierungskurs durch. Die anderen Völker der ungarischen Reichshälfte werden in Sprach- und Bildungsfragen benachteiligt und ihre Emanzipations- und Autonomiebestrebungen unterdrückt. Doch das wird in Ungarn bis heute kaum selbstkritisch thematisiert.

Miklós Horthy (1868 – 1957)

deutsch Ritter Nikolaus Horthy von Nagybánya ist ein österreichisch-ungarischer Admiral, ungarischer Politiker und als Reichsverweser langjähriges Staatsoberhaupt des Königreiches Ungarn.

Horthy absolviert die Marineakademie in Fiume und dient ab 1886 bei der k. u. k. Kriegsmarine.

Er gilt für die Ungarn heute noch als Held wegen seiner Erfolge in den Seeschlachten im Ersten Weltkrieg. Seine berühmteste Tat sei hier kurz erzählt: In der Nacht zum 15. Mai 1917 verlässt Horthy mit einer Kreuzerguppe den Golf von Cattaro (heute Kotor, Dalmatien), trennt sich östlich von Otranto (italienische Hafenstadt) von der Hauptflotte zunächst in Richtung Corfu und versenkt einige Fischdampfer, um die Alarmierung der feindlichen Flotte zunächst zu vermeiden. Als diese dennoch in überlegener Stärke gemeldet werden, nimmt er den Kampf auf und kann am Beginn durch Vernebelungstaktik die verminderte Feuerkraft der eigenen Schiffe kompensieren. Dennoch kommt Horthys Schiff, die NOVARA, unter so starkes Granatfeuer, dass er selbst an beiden Beinen schwer verwundet wird. Ein weiterer Treffer im Maschinenraum macht das Schiff manövrierunfähig, so dass es ins Schlepptau genommen werden muss. Bald vereinigen sich italienische Schiffe mit der englisch-französischen Kreuzerguppe, doch nehmen die Schiffe der Entente trotz numerischer Überlegenheit kein weiteres Seegefecht an, so dass



Nikolaus Horthy

108 A PESTI HIRLAP 1939 ÉVINAPTÁRA

HUSZ ÉV ELŐTT . . .



Husz évvel ezelőtt, 1919 november 16-án felszabadító csapatai élén vonult be Budapestre nagybányai Horthy Miklós tengeri nagybíró, a Nemzeti Hadsereg fővezére.

Horthy, der trotz seiner Verwundung und starken Blutverlustes das Kommando nicht abgegeben hat, in Ruhe nach Cattaro zurückkehren kann. Hierfür erhält Horthy das Ritterkreuz des Militär-Maria-Theresien-Ordens. Vom 1. März 1918 bis Kriegsende befehligt er als Konteradmiral die österreichisch-ungarische Kriegsmarine.

Im August 1919 reitet der letzte Befehlshaber der kaiserlichen Flotte auf einem weißen Pferd in Budapest ein. Am 20. März 1920 wird Horthy vom Budapester Parlament zum „Reichsverweser“ gewählt. Ungarn ist nun ein Königreich ohne König. Es hat einen Admiral als Staatsoberhaupt, aber keinen Zugang mehr zum Meer. In Horthys Ungarn wird das Konzept des Volksnationalen entworfen, das den „authentischen“ ungarischen Charakter betonte. Der Liberalismus wird als etwas Fremdes und Ursache allen Übels abgelehnt. Es wird behauptet, das ungarische Volk besitze einen ihm innewohnenden spezifischen Charakter. Den Juden in Ungarn wird dagegen vorgeworfen, die ungarische Kultur zu gefährden. Da an der Räterepublik 1919 auch Juden teilgenommen haben, wird fortan das Feindbild des „Judeobolschewisten“ entworfen.

Das Hauptziel von Horthys Außenpolitik ist die Revision der im Vertrag von Trianon festgeschriebenen Grenzen, weshalb er von Orban noch immer verehrt wird. Der „Admiral auf dem Schimmel“, der sein Land an der Seite Hitlers in den Krieg führt und mitverantwortlich ist für die Ermordung von mehr als einer halben Million ungarischer Juden, ist eine umstrittene Figur der ungarischen Geschichte. Er kann seinen Lebensabend unbehelligt zunächst in der Schweiz, dann in Portugal verbringen, wo er am 9. Februar 1957 stirbt..

Die neuen Grenzen in Europa 1918/1923

Country (Year ^{a)})	Inhabitants	Area in sq km
Albania (1930)	1,005,902	27,538
Austria (1934)	6,760,233	83,871
Bulgaria (1926)	5,478,741	103,146
Czechoslovakia (1930)	14,729,536	140,394
Danzig/Gdańsk (1929)	407,517	1,894
Fiume/Rijeka (1921)	52,891	28
German Reich (1933)	66,044,000	470,699
Greece (1928)	6,204,684	130,199
Hungary (1930)	8,688,319	93,036
Italy (1931)	41,176,671	310,137
Lithuania (1923/25)	2,170,616	55,658
Poland (1931)	32,132,936	388,635
Romania (1930)	18,057,074	294,967
Turkey in Europe (1927)	1,040,669	23,975
USSR in Europe (1926)	116,047,000	6,002,240
Yugoslavia (1931)	13,934,038	248,665

a) Year of Census



Politische Chronik

Mit Benützung amtlicher Quellen herausgegeben

von

Dr. Karl Meißner

Staats-Archivsdirektor der Österreichischen Nationalversammlung



Pariser Friedenskonferenz zieht die neuen Grenzen in Europa

18. Jänner 1919 Paris. Eröffnung der Friedenskonferenz

„Von 2 Uhr 20 Minuten an kommen die Abgesandten angefahren und begeben sich in den Uhrraal, wo sie Platz nehmen. Präsident Wilson fährt um 2 3/4 Uhr vor. Präsident Poincaré trifft um 3 1/2 Uhr ein. ... Präsident Wilson schlägt als definitiven Präsidenten Clémenceau vor, um hiedurch der Huldigung für die Französische Republik wie auch für die Person Clémenceau selbst Ausdruck zu verleihen. ... Der Antrag wird einstimmig angenommen. ... Clémenceau bespricht nach herzlichen Dankesworten u.a. die Tagesordnung und führt aus: Die erste Frage dieser Tagesordnung ist folgende: Die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Die zweite Frage lautet: Die Strafmaßnahmen gegen die während des Krieges begangenen Verbrechen. Die dritte Frage lautet: Internationale Gesetzgebung, betreffend die Arbeit.“



Eröffnung am 18. Jänner 1919



Die Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 (Quelle: picture alliance / Everett Collection)



Die „vier Großen“ der Friedenskonferenz in Versailles mit den entsprechenden Unterschriften: WOODROW WILSON („Woodrow Wilson“) Präsident der USA, GEORGES Clémenceau („G Clémenceau“) Premierminister Frankreichs, DAVID LLOYD GEORGE („D Lloyd George“) Premierminister Großbritanniens und VITTORIO ORLANDO („V.E. Orlando“) Premierminister Italiens.

Deutsch-Österreich setzt auf die Eingliederung in das Deutsche Reich

3. Februar 1919 Wien. Vertretung Deutschösterreichs im deutschen Staatsenausschuß

Die deutsche Reichsregierung hat die Regierung Deutschösterreichs eingeladen, in den zu bildenden Staatsenausschuß einen Delegierten zu entsenden. Der Staatsrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, diese Einladung bereitwillig anzunehmen und für den Fall, als der bezügliche Verfassungsentwurf von der deutschen Nationalversammlung angenommen wird, den deutschösterreichischen Gesandten mit der Vertretung im deutschen Staatsenausschusse zu betrauen.

4. Februar 1919 Wien. Begrüßung der deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung

Präsident Dr. Dinghofer: Hohe Versammlung! Übermorgen, am 6. Februar, tritt zum ersten Male die neugewählte, verfassungsgebende Nationalversammlung der deutschen Republik in Weimar zusammen (Heilrufe). Die Voraussetzungen sind noch nicht dafür geschaffen, daß wir als vollberechtigte Mitglieder an derselben teilnehmen können. Trotzdem dürfen wir an diesem großen bedeutungsvollen Ereignis nicht achtlos vorübergehen. Der großdeutsche Gedanke ist bei uns deutschen hier in diesen Ländern nicht erstorben, und er war niemals erstorben. (Zustimmung.). Wie ein leuchtender Stern ans dunklen Nebel winkt uns die frohe Hoffnung der Verwirklichung unseres Sehnsuchtstraumes entgegen in alldem Kummer und all der Sorge, die uns jetzt umgeben, und die Hoffnung auf die dauernde Wiedervereinigung mit unserem alten Mutterlande. (Stürmischer, anhaltender Beifall).

Mit glühender Begeisterung begrüßen wir daher die deutschen Brüder draußen im Reiche. wir jubeln ihnen zu, das deutsche Volk, in seiner Gesamtheit untrennbar vereint, nicht mehr geschieden durch die Grenzpfähle, nicht mehr geschieden durch die Eifersucht der Herrschenden (stürmischer Beifall), soll und muß auch für uns wieder zur Heimat werden. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.). Aus dieser Erwägung heraus haben die Bevollmächtigten der Parteien dem hohen Hause folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Deutschösterreichische provisorische Nationalversammlung entbietet der Verfassungsgebenden Nationalversammlung der deutschen Republik bei ihrem Zusammen treten in Weimar, dieser jedem deutschen teuren Stätte, ihren Gruß und spricht die Hoffnung und Überzeugung aus, daß es der Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung im Vereine mit der deutschösterreichischen Volksvertretung gelingen wird, das Band, das die Gewalt im Jahre 1866 zerrissen hat, wieder zuknüpfen, die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu verwirklichen und Deutschösterreich mit dem deutschen Mutterlande für alle Zeiten zu vereinigen.“ (Stürmischer anhaltender Beifall. Die Versammlung erhebt sich).

6. Februar 1919 Weimar. Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in Weimar. Ansprache des Volksbeauftragten Ebert.

Anläßlich der heutigen Eröffnung der deutschen Nationalversammlung prangt Weimar in Flaggenschmuck. In der katholischen und der protestantischen Kirche fanden feierliche Gottesdienste statt. Pünktlich um 3 1/4 Uhr nachmittags eröffnet der Volksbeauftragte Ebert die Versammlung mit folgender Ansprache: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung begrüßt durch mich die verfassungsgebende Versammlung der deutschen Nation. ...

Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reiche der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns, wie wir zu ihnen gehören. (Beifall.) Ich darf auch die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung der künftigen Reichsregierung die Ermächtigung geben wird, baldigst mit der Regierung des Deutschösterreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. Dann soll kein Grenzpfahl mehr zwischen uns stehen, dann wollen wir wirklich sein ein einig Volk von Brüdern. (Lebhafter Beifall).

3. März 1919 Berlin. Der Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich. Verhandlungen des Staatssekretärs Dr. Bauer in Weimar und Berlin.

Mit Ermächtigung der beiderseitigen Kabinette haben in Weimar Besprechungen des deutschösterreichischen Staatssekretärs für Äußeres Dr. Bauer mit dem Reichspräsidenten und mit Mitgliedern der deutschen Reichsregierung über den von beiden Seiten angestrebten Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reiche stattgefunden. Die politische Aussprache wurde in Berlin mit dem Reichsminister Grafen Brockdorff-Rantzau fortgesetzt und abgeschlossen. Sodann trat man unter seinem Vorsitz in kommissarische Verhandlungen über Einzelfragen ein.

16. Mai 1919 Versailles. Änderungen des Vertrages.

Clémenceau hat einige Berichtigungen zu dem Entwurf des Friedensvertrages an die deutsche Delegation gegeben, denen zufolge einige wesentliche Änderungen zu verzeichnen sind. Im 3. Teil Politische Bestimmungen über Europa lautet der 6. Abschnitt über Österreich folgendermaßen: Deutschland wird die Unabhängigkeit Österreichs in den Grenzen strikte anerkennen, welchen in dem Verträge zwischen diesem Staat und den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten festgelegt werden. Deutschland anerkennt, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, ausgenommen mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes.

Die österreichische Regierung setzt ganz auf den Anschluss an das Deutsche Reich. Dieser Wunsch wird von den Alliierten am 16. Mai 1919 abgelehnt. Sie scheitert mit seiner politischen Strategie gegenüber der Alliierten, ein Staat zu sein, der mit der Monarchie nichts mehr zu tun hat.

Deutsch-Österreich kämpft um Böhmen und Mähren

1. Jänner 1919 Prag.

Neujahrsempfang bei Präsidenten Masaryk

Vorsitzender Tomasek hielt eine Ansprache, worin er die denkwürdige Botschaft des Präsidenten begrüßte, und fuhr sodann fort: Ihre vorzügliche Kundgebung über das Verhältnis unserer deutschen Landsleute zu unserem Staate brachte mit einem Schlage die gewünschte Klarheit in dieser ernsten inneren Frage. Das tschecho-slowakische Volk kann mit Recht sagen, und es ist dies keine Unbescheidenheit, daß es durch die Zertrümmerung Österreichs, die es Hand in Hand mit den Südslawen vollzog, auch den anderen Völkern den Weg zur Freiheit bahnen half. Es ist nur natürlich, daß der gemeinsame Kampf und die gemeinsame Befreiung die Basis zur Annäherung und engeren Vereinigung mit ihnen bilden wird. Mit-Freude begrüßen wir daher Ihre Worte, welche die Bestrebungen nach Gründung einer Union der mitteleuropäischen Völker ankündigten und die Perspektive der Annäherung der Staaten von der Ostsee bis zur Adria zeichnete.

Präsident Masaryk führte in seiner Antwort unter anderem aus: Ich freue mich, daß wir in den Hauptzügen der auswärtigen Politik übereinstimmen. Man wirft uns Imperialismus vor, weil wir die Abtrennung des sogenannten deutschen Gebietes nicht zulassen wollen. Wir verharren bei der Forderung des Staatsrechtes immer in früheren Zeiten, als wir von den Habsburgern, den Deutschen und den Magyaren unterdrückt wurden. Das ist kein neues Programm, sondern ein altes, ein Programm, zu dem sich vor kurzem selbst die Deutschen bekannten. Das soll Imperialismus sein? Wir wollen doch nichts erobern, was nicht uns gehört. Von Eroberungssucht kann keine Rede sein. Die Verbündeten haben den Tschecho-slowakischen Staat anerkannt, selbst verständlich in den historischen Grenzen, über die Grenzen der tschechischen Länder kann kein Streit entstehen, da diese Länder eine historische Individualität immer bildeten und bilden.

14. Jänner 1919 Wien. Verwahrung gegen Besetzung

Die deutschösterreichische Regierung hat in mehrfachen an die neutralen Mächte und durch die Schutzmächte an die Vereinigten Staaten von Amerika und die Entente gerichteten Protesten gegen die Besetzung Deutschböhmens, des Sudetenlandes und der Kreishauptmannschaft Znaim durch Tschecho-Slowaken sowie deutscher Gebietsteile in Kärnten und Steiermark durch Jugoslawen Verwahrung eingelegt und um Abhilfe gebeten.

23. Jänner 1920 Wien. Staatskanzler Dr. Renner über die politischen Verhandlungen in Prag.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Staatskanzler Dr. Renner als Leiter des Staatsamtes des Äußern in Beantwortung von Anfragen der Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Schürff und Genossen und Kunschak und Genossen über die politischen Ergebnisse seiner Verhandlungen in Prag unter anderem:

Ein Staatsvertrag sei in Prag nicht geschlossen worden. In auswärtigen Angelegenheiten sei jedoch zwischen dem Staatskanzler und dem tschechoslowakischen Minister des Äußern Dr. Benes eine weitgehende Übereinstimmung der

Auffassungen festgestellt worden.

Einverständnis besteht demnach zwischen nur und Dr. Benes darin, daß die auswärtige Politik beider Staaten auf dem Frieden von St. Germain fußen müsse. Diese Erkenntnis schafft Klarheit zwischen uns und allen Nachbarstaaten mit alleiniger Ausnahme der ungarischen Volksrepublik, welche einen Frieden noch nicht geschlossen hat und bis zur Stunde dem Frieden von St. Germain widerstrebt. Infolge dieses Widerstrebens entbehrt auch das Verhältnis Österreichs zu Ungarn, das heute noch in keiner Hinsicht rechtlich geklärt ist, bis jetzt der wünschenswerten Bestimmtheit. Ungarn verhält sich diesem Friedensschlusse gegen über zur Stunde noch durchaus ablehnend und hat sich mit der Herausgabe von Deutschwestungarn noch nicht abgefunden, ja, es bedrückt die dortige deutsche Bevölkerung in jeder Weise (Hört! Hört!), kerkert Persönlichkeiten, die sich zum Anschlüsse bekennen, wie gemeine Verbrecher ein, nimmt dort Rekrutierungen und Requisitionen vor und verhält sich also in diesem Punkt uns gegenüber durchaus unfreundlich. (Hört! Hört!) ... Die volle Gleichartigkeit unseres Verhaltens gegenüber allen Nachbarstaaten einschließlich Ungarns wird in dem Augenblicke hergestellt sein, wo ein international anerkannter Friede die Rechtsverhältnisse auch in unserem Osten geklärt haben wird. Das ist heute bedauerlicherweise noch nicht der Fall.

6. Februar 1919 Paris. Die Ansprüche der Tschecho-Slowaken (Meldung der Agence Havas).

Die Vertreter der fünf Großmächte haben heute Dr. Kramar und Dr. Benes angehört. Die Tschecho-Slowaken verlangen, einen Staat mit ungefähr 13 Millionen Bewohnern in den Grenzen des früheren Königreiches Böhmen bilden zu können, und beanspruchen so mit ganz Böhmen, Mähren und Schlesien so wie die Slowakei. Außerdem fordern sie Grenzberichtigungen in der Gegend von Glatz, in Preußisch-Schlesien, bei Troppau, in der Gegend von Ratibor, an der Oder und in den Gegenden von Gmünd und Themenau in Nieder-Österreich. Schließlich sind die Tschecho-Slowaken geneigt, sich mit den Ruthenen zu vereinigen, die auf dem linken oberen Theißufer wohnen, sofern sie es wünschen, und machen weiter die Anregung, daß ihr Gebiet mit jenem der Südslawen vereinigt werde. So würden die Deutschen endgültig vom Orient abgeschnitten werden und der neue Staat mehr Festigkeit gewinnen, in dem er Berührungspunkte und Zugangswege zum Meer und gegen Italien hätte. Ferner schlagen die Tschecho-Slowaken die Internationalisierung der nicht am Meere gelegenen Staaten Mitteleuropas vor, um die Politik, die verbindet, zu konsolidieren und ihnen zu ermöglichen, dem deutschen Einflüsse Widerstand zu leisten. Das Tschecho-slowakische Reich verlangt insbesondere die Internationalisierung der Elbe, der Weichsel und der Donau. Dasselbe soll mit den Eisenbahnlinien Preßburg-Triest-Fiume geschehen, die unbedingt nötig seien, falls keine Verbindung zwischen den tschecho-slowakischen Gebieten und Südslawien hergestellt würde.

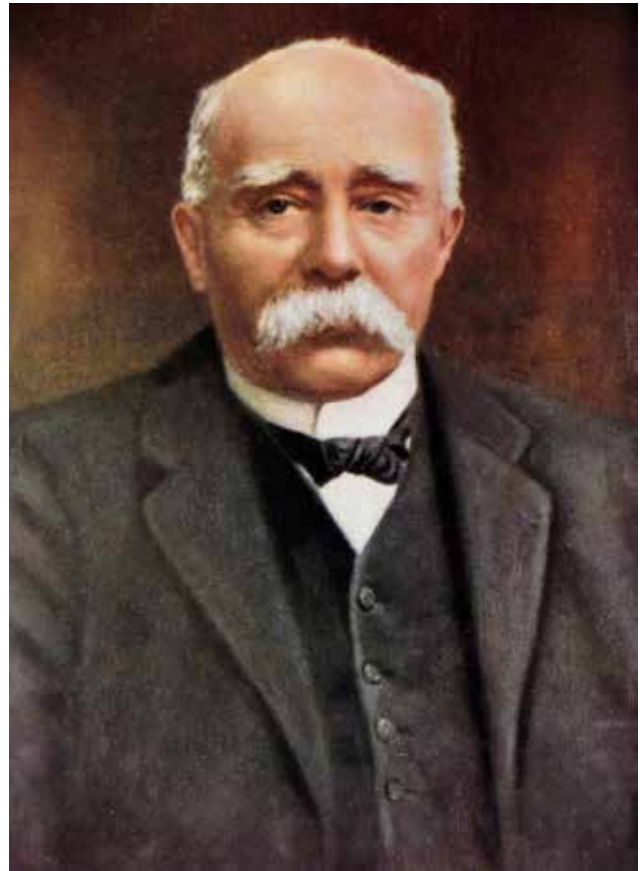
5.März 1919 Wien. Blutige Unterdrückung deutschböhmischer Kundgebungen durch tschechische Truppen. Protest des deutschösterreichischen Staatsamtes für Äußeres.

Aus Anlaß des Zusammentrittes der Konstituierenden Nationalversammlung in Wien haben in den deutschböhmischen und sudetenländischen Städten feierliche Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschböhmen und für die Vereinigung mit Deutschösterreich stattgefunden. Gegen diese Demonstrationen ist tschechoslowakisches Militär mit Waffengewalt eingeschritten, wobei zahlreiche deutsche Männer, Frauen und Kinder getötet oder verwundet wurden.

20.März 1919 Prag Minister Dr.Stransky über die Deutschböhmen. (Meldung des Tschecho-slowakischen Preßbureaus.)

„Národní Listy“ berichten über die gestrige Sitzung des Kongresses der tschechischen staatsrechtlichen Demokratie: Der den Vorsitz führende Minister Dr.Stransky führte in einer längeren Rede u.a. aus: Ich glaube, daß ich in Übereinstimmung mit der ganzen politischen Welt spreche, wenn ich sage, daß Wilsons Prinzip der Selbstbestimmung nicht bedeutete, über all die historischen Grenzen der einzelnen Länder und Staaten, die sich während eines Jahrtausends herausgebildet haben, aufzuheben, sondern die Befreiung der Nationen, die durch andere kampsüchtige Völker geknechtet und beherrscht worden sind. (Beifall.)

Wilson's Prinzipien hatten die Befreiung der bedrückten Nationen im Sinne. Die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien waren aber niemals geknechtet, im Gegenteil, sie waren entgegen allem Recht hier die Herren, und wir mußten die Diener sein. Wir haben auch durch keine Tat bewiesen, daß wir die Deutschen in Zukunft knechten wollten. Allerdings gebührt in diesen Ländern unserem Volke der Vorrang, denn für uns vor allem wurde unser Vaterland errichtet. Uns wurde dieses Vaterland nicht etwa zu gesprochen oder geschenkt, uns ist es jetzt bloß zurückgegeben worden. (Langanhaltender Beifall.)



Premierminister Georges Clémenceau leitet die Pariser Friedenskonferenz



Die Tschechen gründen ihre Gebietsansprüche auf das historische Königreich Böhmen und Mähren. Wilsons Prinzip der Selbstbestimmung ist die Befreiung von Unterdrückung und nicht eine nationale Selbstbestimmung. Die Tschechei schafft mit der Besetzung von Böhmen und Mähren neue Tatsachen.

Österreich vor der Friedenskonferenz in Paris

12.Mai 1919 Wien. Die Deutschösterreicher in St.Germain.

Heute abends hat die deutschösterreichische Friedensdelegation unter Führung des Staatskanzlers Dr.Renner mit einem Sonderzuge der Westbahn Wien verlassen.

2.Mai 1919 Wien. Einladung an die deutschösterreichische Friedensabordnung nach St.Germain-en-Laye zur Prüfung der Friedensbedingungen.

Der oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte hat beschlossen, die österreichischen Delegierten einzuladen, sich, mit Vollmachten versehen, am Montag, den 12.Mai, abends in St.Germain-en-Laye einzufinden, um die Friedensbedingungen mit den alliierten und assoziierten Mächten zu prüfen.

...

24.Mai 1919 St.Germain-en-Laye. Ersuchen des Staatskanzlers Dr.Renner um Eröffnung der Verhandlungen.

Heute wurde dem Präsidenten der Friedenskonferenz Herrn Clémenceau folgende Note der deutschösterreichischen Delegation überreicht:

„Herr Präsident!

... Die Delegation kam am 14.d.M. in St.Germain an. Gemäß der Einladung des Herrn Präsidenten des Friedenskongresses wurden die Vollmachten am 19.d. dem Herrn Präsidenten des Komitees für die Vollmacht-Prüfung überreicht und am 22.d. wurden die Vollmachten der anderen: in Paris vereinigten Mächte mit der Anerkennung, daß sie in gültiger Form ausgestellt seien, der Militärmission der französischen Republik in St.Germain zurückgegeben. Seither ist der deutschösterreichischen Delegation keine Mitteilung über die Eröffnung der Verhandlungen zugekommen. Das lange Warten auf den Frieden erweckt nun im Geiste des deutschösterreichischen Volkes eine um so schwerere Beunruhigung, als die Verzögerung den Massen unverständlicher scheint und notwendigerweise Gerüchte und Befürchtungen aller Art hervorrufen muß. ...

Es erscheint in der Tat den Absichten dieser hohen Versammlung zu entsprechen, wenn eine Entscheidung, von der das Schicksal und die Zukunft eines in Ungewißheit und Angst leidenden Volkes abhängt, nicht weiter aufgeschoben wird.

St.Germain, den 24.Mai 1919 Renner.“



Im Schloss von St Germain en Laye, Saal Boucher de Perthes wo die österreichischen Delegierten die Friedensbedingungen erhalten.

Source gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France



Übergabe des Entwurfes des Friedensvertrages an die österreichische Delegation am 2.Juni 1919 im Schloss von Saint-Germain-en-Laye.

30.Mai 1919 St.Germain-en-Laye. Neuerlicher Aufschub der Übergabe des Friedensvertrages.

Das Präsidium der Friedenskonferenz hat den an sich sehr bedauerlichen Zwischenfall der Verschiebung der Eröffnung der Verhandlungen mit Deutschösterreich dazu benützt, um durch einen Akt besonderer Höflichkeit, nämlich durch die Entsendung des Generalsekretärs der Konferenz als Überbringer der Nachricht, den Beweis zu liefern, daß es ihr fern liegt, den Frieden mit Deutschösterreich gegenüber jenem mit Deutschland als eine Angelegenheit von sekundärer Wichtigkeit zu betrachten.

3.Juni 1919 Lyon. Überreichung des Friedensentwurfes an die deutsch österreichische Abordnung. Erklärung des Staatskanzlers Dr.Renner. (Funkspruch.)

Die Übermittlung des Friedensvertrages an die österreichischen Bevollmächtigten hat heute mittags im Schlosse von St.Germain im Stempelzimmer stattgefunden. Die Delegationen der Verbündeten saßen in gleicher Gruppierung wie in Versailles, Clémenceau in der Mitte, Wilson zu seiner Rechten und Lloyd-George zu seiner Linken. Nachdem die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen Platz genommen hatten, wurden die österreichischen Bevollmächtigten in den Saal geleitet. Clémenceau erhob sich und hielt eine kurze Ansprache. Hierauf bezeichnete er die Einzelheiten, die in St.Germain. der Friedensvertrag enthalte: Vorwort, Völkerbund, Grenzen Österreichs, politische Klauseln bezüglich des Jugoslawischen Staates, politische Klauseln bezüglich des

Tschecho-slowakischen Staates, politische Klauseln bezüglich gewisser europäischer Staaten, Schutz der Minderheiten, allgemeine Verfügungen über die österreichischen Interessen außerhalb Europas, Bestimmungen bezüglich See- und Luftstreitkräften, Kriegsgefangenen und Grabstätten, wirtschaftliche Bestimmungen, Bestimmungen über Luftschifffahrt, Hafen, Wasserwege und Eisenbahnen, allgemeine Arbeitsbestimmungen und verschiedene Klauseln. ...

Die österreichischen Delegierten werden 14 Tage zur Formulierung ihrer Vorschläge (observations) zur Verfügung haben. Mündliche Verhandlungen finden nicht statt. ...

Staatskanzler Dr.Renner erhob ich und verlas folgende Rede in französischer Sprache: Meine Herren! Lang und hart hat das Volk von Deutschösterreich auf diesen Tag gewartet, der über sein Schicksal Gewißheit bringen soll. ... Es ist ein neuer Staat, den zu vertreten wir hier berufen sind. Die Donaumonarchie, mit der die alliierten Mächte Krieg geführt und mit der sie den Waffenstillstand geschlossen haben, hat am 12.November 1918 zu bestehen aufgehört. An diesem Tage bestand weder ein Monarch mehr noch eine Großmacht, der ein solcher Vorstand, noch der unheilvolle Dualismus, noch eine österreichische oder ungarische Regierung oder Armee, noch irgendeine sonstige anerkannte staatliche Institution mehr. Es gab nur mehr sieben Nationen ohne Staat, und diese schufen sich über Nacht eigene Parlamente, eigene Regierungen und eigene Heere, kurz, ihre eigenen Staatswesen. Unsere junge Republik ist wie alle anderen entstanden und ist eben so wenig wie diese der Nachfolger der Monarchie. Und daraus entspringt der fundamentale Widerspruch, unter dem gerade wir am meisten leiden und der hier eine Klärung erwartet. ...

2. Juni 1919 St. Germain. Die Grenzen Deutschösterreichs.

Im Entwurfe der alliierten und assoziierten Mächte werden die Grenzen Deutschösterreichs folgendermaßen bestimmt: ... 5. Mit Ungarn: Vom letzterwähnten Punkte die Grenze zwischen Österreich und Ungarn bis zu einem Punkt etwa 4 Kilometer südwestlich von Preßburg, dann längs des Hauptlaufes der Donau bis zu einem 4 Kilometer westlich der Preßburger Brücke als dreifache Grenze zwischen Österreich, Ungarn und Tschecho-Slowakien fest zu setzenden Punkte. ... Von Deutschungarn wird uns kein Gebiet zuerkannt. ...



7.Juni 1919 Wien. 21.Vollsitzung der Nationalversammlung. Der Friedensentwurf von St.Germain.

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 11Uhr 20Min.

Staatssekretär Dr.Bauer:

... Es gibt eine Lösung aller dieser Grenzfragen, die allein den Grundsätzen der Demokratie, allein dem Geiste der werden- den neuen Zeit entspricht: Die Lösung nach dem Willen der Bevölkerung der bestrittenen Gebiete selbst, die Lösung durch ein Plebiszit unter neutraler Kontrolle. (Zustimmung.) Diese Lösung wird unsere Friedensdelegation für alle diese strittigen Grenzfragen vorschlagen, und sie wird sie auch vorschlagen für ein Gebiet, das der Friedensentwurf. der assoziierten Mächte gar nicht erwähnt: für Deutschwestun- garn. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Forderung, daß Deutschwestungarn mit Deutschöster- reich vereinigt werde, ist nach der ersten ungarischen Revo- lution in Deutschwestungarn, insbesondere in der Bauern- schaft des Heinenlandes, spontan entstanden. Das war ganz natürlich. Die Deutschen in Westungarn sahen, daß die anderen Nationalitäten Ungarns sich ihren Nationalstaaten anschlossen: die Slowaken dem tschechischen, die Rumänen dem rumänischen, die Serben und die Kroaten dem jugos- lawischen Staate. Ganz natürlich mußte dieses Erlebnis die Forderung wecken, daß nun auch die deutschen Bezirke Ungarns sich mit Deutschösterreich vereinigen sollen. ...

Man hat der Regierung oft den Vorwurf gemacht, daß sie die Anschlußbewegung in Deutschwestungarn nicht unter- stützt, die Verlegenheiten Ungarns nicht ausgenützt habe, um 300.000 Deutsche mit Deutschösterreich zu vereinigen und ein reiches fruchtbares Agrargebiet, das hart vor den Toren Wiens liegt, zugewinnen. Indessen hatten wir für unsere vorsichtige Zurückhaltung gute Gründe. Deutsche und Magyaren werden immer Nachbarn bleiben, das deut- sche Bergland und die ungarische Ebene immer auf den Austausch ihrer Produkte angewiesen sein. Freundschaft und Frieden zwischen Deutschösterreich und Ungarn ist bei der Nationen dauerndes Interesse. Darum haben wir es abgelehnt, auch in Zeiten, in denen Ungarn militärisch viel schwächer war als heute, die deutschwestungarische Frage gewaltsam zu entscheiden. Denn jede solche Entscheidung würde für Jahrzehnte einen Wall der Feindschaft und des Hasses zwischen Ungarn und uns aufürmen. Was wir von den assoziierten Mächten fordern, ist nur dies: daß Deut- schwestungarn Gelegenheit geboten werde, selbst durch freie unbeeinflusste Volksabstimmung zu entscheiden, ob es zu Deutschösterreich oder zu Ungarn gehören will. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Denn die Gewinnung des fruchtbaren Landes würde unser Defizit an Getreide und an Zucker und damit auch das erschreckende Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz wesentlich verkleinern, sie würde das hungernde Wien mit einem an Vieh und Milch reichen Produktionsgebiete vereinigen, sie würde den inneren Markt unserer Industrie um ein kaufkräftiges Gebiet vergrößern. ...

8.Juni 1919 St.Germain-en-Laye. Staatskanzler Dr.Renner über die Härte und Ungerechtigkeit der Bedingungen für Deutschösterreich. Note an Clémenceau.

Staatskanzler Dr.Renner hat heute dem Ministerpräsidenten Clémenceau folgende Note überreichen lassen:

... Nach den Bestimmungen des Entwurfes jedoch bliebe Deutschösterreich weder sein Heimatboden. noch seine Lebensnotdurft zuerkannt. Deutschösterreich würde seiner reichsten und fruchtbarsten Landstriche beraubt. Gegen ihren Willen, gegen ihr nationales Bewußtsein und ihre wirtschaftlichen Interessen würden mehr als vier von zehn Millionen Deutschösterreichern einer Herrschaft unterwor- fen, die volksfremd und unserem Volkstum feindselig ist. So sollen Deutschböhmen, Deutschschlesien und die deut- schen Gegenden Mährens dem Tschecho-slowakischen Staate unterworfen werden. ... Man ist mit einem entmutigenden Schweigen über den vom deutschen Volk in Westungarn wiederholt kundgegebenen Wunsch hinweg gegangen, im Wege einer Volksabstimmung über den Anschluß an Deut- schösterreich befragt zu werden.



3.Juli 1919 St.Germain-en-Laye. Ersuchen des Staatskanzlers Dr.Renner an die Friedenskonferenz um Beschleunigung der Verhandlungen.

Auf Einladung des Staatskanzlers Dr.Renner erschien heute abends um 6 Uhr der Generalsekretär Herr Dutasta in der vom Staatskanzler bewohnten Villa Reinach in St.Germain. Er war von zwei Sekretären und dem Chef der französischen Militärmission Major Bourgeois begleitet. Der Staatskanzler schilderte dem Generalsekretär, wie sehr Deutschösterreich unter der Verzögerung des Friedensschlusses leide. Er erin- nerte daran, daß acht Monate seit dem Abschlusse des Waffen- stillstandes vergangen seien und die deutschösterreichische Delegation nun mehr bereits seit acht Wochen in St.Germain weile. Nachdrücklich wiederholte er das Ersuchen, daß die Verhandlungen bald zum Abschlusse kommen mögen.

20. Juli 1919 St. Germain-en-Laye. Übergabe des vollständigen Friedensvertrages an die deutschösterreichische Abordnung. Frist von zehn Tagen zur Beantwortung.

Der vollständige Friedensvertrag wurde heute der deutschösterreichischen Delegation um 12 Uhr mittags vom Generalsekretär der Konferenz Dutasta in der vom Staatskanzler Dr. Renner bewohnten Villa in St. Germain ohne weitere Formalität übergeben. In dem vorgelegten Instrument sind die Artikel im Gegensatz zum ersten Vertragsentwurf durchlaufend numeriert. Ihre Zahl beträgt 371. Dem Vertrage lag ein Memorandum bei, das die geänderten oder neu hinzugekommenen Artikel nach Nummern aufzählt und darauf aufmerksam macht, daß die vorgenommenen Änderungen zum Teil auf sinngemäßer Anordnung der Deutschland zugestandenen Modifikationen beruhen, zum Teile den Einwendungen der österreichischen Delegation Rechnung tragen, soweit sie bisher von der Konferenz als berechtigt anerkannt wurden. Eine zweite Beilage des Vertrages fordert Österreich zu der Verpflichtung auf, Einfuhr, Ausfuhr und Transitverkehr aller Waren zwischen Österreich und Ungarn zu verhindern, bis der Vertrag zwischen Ungarn und den alliierten und assoziierten Regierungen abgeschlossen sein wird.



22. Juli 1919 Wien. Die wesentlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages besagen:

... Die territorialen Bedingungen. Die abgeänderten Bedingungen in Bezug auf die Territorialfragen sind folgende: ... Deutsche Gebiete Westungarns werden einbezogen: im Süden, im wesentlichen nach unseren Anträgen, dagegen schließt die Grenzlinie östlich des Neusiedler Sees von Kote 115 an nach Norden St. Johann, Straß-Sommerein, somit die ganze Bahnlinie Pressburg-Csorna aus und Halbturn, Nikelsdorf, Kittsee westlich ein und trifft die Donau beiläufig viereinhalb Kilometerstrom aufwärts der Pressburger Brücke; sie geht dann längs der Donaustrom aufwärts bis zur Mündung der March, ... Das Gesamtergebnis gegenüber den unannehmbaren Bedingungen vom 2. Juni ist folgende höchst unbedeutende Verbesserung: 1. In den wichtigsten Teilen Kärntens Volksabstimmung. 2. Einbeziehung Westungarns, jedoch einerseits ohne die von uns beantragte Volksabstimmung, andererseits ohne den östlichen Teil des Wieselburger Komitates.

**26.Juli 1919 Wien. 25.Sitzung
Bericht über die Friedensfrage
(mit Erklärungen des Vizekanzlers
Fink):**

Vizekanzler Fink: Hohes Haus! Bekanntlich hat die Entente unserer Friedensdelegation in St.Germain nun auch den zweiten Teil der Friedensbedingungen bekanntgegeben. ... Als teilweisen Ersatz für den Raub an deutschem Boden und deutschem Volkskörper bietet uns die Entente einen Teil Deutschwestungarn an. Aber auch mit Deutschwestungarn verfährt sie wie mit unseren anderen deutschen Gebieten, als wenn es sich nicht um lebendige Menschen handelte, sondern um Schafherden, die der Herr treiben läßt, wohin es ihm beliebt. Statt Deutschwestungarn in seiner Gänze selbst entscheiden zulassen, wohin es gehören will, teilt sie es, wie es ihr beliebt. So weist sie Preßburg den Tschechen, Ödenburg uns, Wieselburg, Deutsch-Altenburg und Güns den Ungarn zu. Gegen diese Methode, die nach Erobererart über Länder und Völker verfügt, halten wir fest an dem demokratischen Prinzip der Selbstbestimmung, dem unser junges Staatswesen seine Entstehung, sein Dasein verdankt, fest an dem Grundsatz, daß jedes Volk selbst das Recht hat, über seine staatliche Zugehörigkeit zu bestimmen. (Zustimmung.) Dieses Recht fordern wir für alle deutschen Länder, die fremde Eroberungsgier von uns losreißen will: für Deutschsüdtirol wie für Untersteiermark, für Deutschböhmen wie für das Sudetenland. Dieses Recht erkennen wir auch dort an, wo man uns ein Land geben will, ohne es zu fragen. Wir wünschen und hoffen, daß das deutsche Heinenland sich mit uns vereinigt. Aber es soll zu uns nur kommen, wenn das sein eigener, freier, in unbeeinflusster Volksabstimmung bekundeter Wille ist. (Lebhafter Beifall.)



Jodok Fink Vizekanzler in der Koalitionsregierung 1919

6.September 1919 Wien. Annahme des Friedensvertrages durch die deutschösterreichische Nationalversammlung.

... Mit Befriedigung nimmt die Nationalversammlung zur Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Mächte den ethnischen und ökonomischen Tatsachen in Deutschwestungarn Rechnung getragen und den Anspruch dieser Gebiete aus Vereinigung mit den deutschen Alpenländern anerkannt haben. Sie begrüßt die Volksgenossen Deutschwestungarn und beauftragt die Staatsregierung sofort alle Vorkehrungen zu treffen, um den Deutschen Westungarn die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu sichern, dem Lande durch allgemeine, gleiche Verhältniswahlen eine geordnete Vertretung zu schaffen, es mit allen Rechten der Selbstregierung zu bekleiden und ihm die Mitregierung in den gemeinsamen Angelegenheiten zu ermöglichen. ...

30.Juli 1919 St.Germain. Ansuchen um Fristerstreckung

Das Ersuchen des Staatskanzlers Dr.Renner, die zur Erstattung der Gesamtantwort auf die Friedensvorschläge der Entente erteilte Frist zu erstrecken, wurde von der Friedenskonferenz in günstigem Sinn erledigt. Der Aufschub beträgt sieben Tage. Die Frist erlischt somit am 6.August um 1 Uhr nachmittags

2.September 1919 St.Germain. Der Friedensvertrag mit Österreich. Die Änderungen an dem Entwurfe vom 20.Juli 1919.

Zum Inhalt des heute überreichten Friedensvertrages ist im wesentlichen gegenüber der Fassung des am 20.Juli übermittelten Entwurfes folgendes hervorzuheben: ... Westungarn bleibt ohne Volksabstimmung in der schon bekannten Abgrenzung Deutschösterreich zugesprochen, weil der Volkscharakter und das nationale Empfinden den Anschluß unzweideutig erheischen. ...



Umgebung des Schlosses in St-Germain-en-Laye



Ankunft Clémenceaus bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags in St-Germain-en-Laye



Der Vertrag wird für die Unterzeichnung des Friedensvertrags in St-Germain-en-Laye gebracht.



Umgebung des Schlosses in St-Germain-en-Laye bei Vertragsunterzeichnung

10. September 1919 St. Germain. Unterzeichnung des Friedensvertrages in St. Germain.

Im Steinzeit-Saal fand heute vormittags die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Republik Österreich und fast allen Staaten der Entente statt.



Renner verlässt nach der Unterzeichnung des Vertrages das Schloss.

Südtirol, Deutschböhmen, Deutschmähren sind verloren. Die Alliierten wollen keine Volksabstimmung. Dafür wird der sozialistischen Regierung in Ungarn Deutschwestungarn genommen und Österreich zugeteilt.

Ungarn im Konflikt mit der Tschechoslowakei und Rumänien

1. Jänner 1919 Budapest Neujahrsrede des Ministerpräsidenten Károly

Die Mitglieder der Károlyi-Partei versammelten sich heute im Klub der Partei, um ihren Präsidenten Hock und den Führer der Partei Ministerpräsidenten Károly zu begrüßen. Hock hielt an den Ministerpräsidenten Károly eine Ansprache, die Ministerpräsident Károly mit einer Rede beantwortete, in der er ausführte: Ich glaube nicht, daß das Ergebnis der ungarischen Wahlen einen Sieg der Reaktion bedeuten wird, denn ich kann nicht glauben, daß das ungarische Volk die Prinzipien Wilsons nicht verwirklichen will. Ist aber die Welt jetzt nicht empfänglich für die große Idee des Pazifismus, dann muß ich ausrufen: Finis Hungaria! Dann müssen wir andere Wege einschlagen und die Leitung des Landes anderen Männern anvertrauen. Doch erkläre ich auch weiterhin mit allen meinen Kräften für dieses Ideal kämpfen zu wollen, selbst im Exil. (Beifall.) Wir müssen das neue Ungarn schaffen. Ich stelle mir eine Gebietsintegrität unseres Landes in wirtschaftlichem Sinne vor. Auf wirtschaftlicher Grundlage müssen sich die Völker Ungarns vereinigen. Politische Freunde haben wir leider nur wenig. Ich bin überzeugt, daß es wahlverwandte Männer nicht nur in England und Frankreich, sondern auch in Böhmen und Rumänien gibt. Indessen, wie sehr wir auch wünschen, daß wir mit allen Völkern, die auf unserem Gebiete wohnen, in größter Eintracht leben, müssen wir uns doch an andere Völker wenden. Das sind die Polen. Zwischen uns und ihnen besteht kein Gegensatz. Zwischen den beiden hat stets die beste Freundschaft geherrscht. Große Traditionen verbinden uns auch mit den Italienern. Alte Beziehungen verknüpfen uns mit diesen beiden Völkern, und wir wollen diese Bande erneuern. Wir wollen jedoch damit keine neue Zwietracht säen, keinen Keil in die natürliche Entwicklungsfähigkeit der Slawen treiben und die natürliche Expansion der Nord- oder Südslawen nicht hemmen. Doch müssen wir gegen die Übertreibungen Stellung nehmen.



Source: gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France

Graf Károlyi Mihály 1919



Károlyi Mihály wendet sich an die Bevölkerung, als die ungarische Republik am 16. November 1918 proklamiert wird.

2. Februar 1919 Paris. Forderung Rumäniens

Bratianu, der am Freitag die Zuteilung des Banats an Rumänien verlangt hatte, gab gestern die anderen Gebiete bekannt, die Rumänien für sich fordert, nämlich die Bukowina, Beßarabien, Siebenbürgen und die Dobrudscha. In der Annahme, daß das Schicksal dieser Gebiete von der Konferenz geregelt werde, forderte Bratianu die Besetzung des Banats und Siebenbürgens durch alliierte Truppen, um die Fortschritte des Bolschewismus zu verhindern.



Note von Vix, der Chef der alliierten Militärmission in Ungarn, im Auftrag der Pariser Friedenskonferenz: herzustellende neutrale Zone in grau durch Ungarn gegenüber Rumänien.

14. Februar 1919 Budapest. Die Souveränitätsrechte der Tschecho-Slowaken über ungarisches Gebiet. Eine Verwahrung der ungarischen Regierung.

Der Chef der französischen Militär Mission hat der ungarischen Regierung folgende Depesche des kommandierenden Generals der verbündeten Armeen mitgeteilt: „Der von uns gefertigte Waffenstillstandsvertrag bezog sich ausschließlich auf die Front der Orientarmee und hat in nichts jenen Entscheidungen vorgegriffen, welche die Verbündeten nachträglich hinsichtlich an derer Fronten getroffen haben. Infolge dessen hat der Tschecho-slowakische Staat, den die Verbündeten anerkannt haben, volles Souveränitätsrecht auf jenen Gebieten, die er reokupiert hat, innerhalb der provisorischen Grenzen, die von ihm festgestellt worden sind.“

In seinem Antwortschreiben protestiert Ministerpräsident Dr. Berinkey gegen diese Entscheidung, verweist auf die tatsächlichen Vorgänge und sagt: Unter solchen Umständen erklärt die Regierung der Ungarischen Volksrepublik wiederholt, daß sie die Besetzung einzelner Gebietsteile des ungarischen Staates durch tschecho-slowakische bewaffnete Truppen als eine rechtswidrige und gewaltsame Handlung betrachtet, die sie, da sie die Waffen nieder gelegt hat, zu dulden gezwungen war. Doch legt sie dagegen aufs neue Verwahrung ein. Ferner erklärt die ungarische Regierung, daß sie die vom Tschechoslowakischen Staat in diesen besetzten Gebieten beanspruchte Souveränität niemals, weder stillschweigend noch ausdrücklich, anerkannt hat und auch künftig nicht anerkennen wird, daß sie vielmehr der Friedenskonferenz nach ihrer Anhörung die gerechte Entscheidung der Frage überläßt, bis wohin sich die Grenzen des Tschecho-slowakischen Staates erstrecken und innerhalb welcher Grenzen daher der Tschechoslowakische Staat die absolute Souveränität ausüben darf.

14. Februar Prag. Die tschecho-slowakischen Rechte auf Preßburg und das in Ungarn besetzte Gebiet.

Das Tschecho-slowakische Preßbureau meldet aus Preßburg: Die Entente hat am 18. Jänner der magyarischen Regierung eine Note übermittelt, worin die Souveränitätsrechte der Tschecho-slowakischen Republik über das militärisch besetzte Gebiet, also auch über Preßburg, anerkannt werden. Diese Note wurde in Preßburg zur Orientierung der Öffentlichkeit plakatiert und erregte großes Aufsehen.



Ministerpräsident Graf Károlyi Mihály mit seiner Frau an der Demarkationslinie zwischen Ungarn und Rumänien

Ungarns Regierung im Widerstand gegen Besetzung durch Entente

21.März 1919 Budapest Rücktritt der Regierung Berinkey und des Präsidenten der Volksrepublik Károly. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Gestern vormittag erschien der Chef der in Budapest weilenden Militärmission der Verbündeten Oberstleutnant Vix an der Spitze der Mission beim interimistischen Präsidenten der ungarischen Volksrepublik Michael Károly und überreichte ihm eine Note mit der Mitteilung, daß die in dieser Note bezeichnete neuere Demarkationslinie nicht als Waffenstillstand-Demarkationslinie sondern als politische Grenze betrachtet werde. ...

Der provisorische Präsident der Ungarischen Volksrepublik Károly berief nach Übernahme der Note für den 20.März 5 Uhr Abend seinen Ministerrat ein, in welchem er den Mitgliedern der Regierung den Inhalt der Note der Entente mitteilte. In diesem Ministerrat erörterten die Mitglieder des Kabinetts die entscheidende Änderung, die durch diese Note in der außenpolitischen Lage eingetreten ist, und die Katastrophen, die der Produktion und der wirtschaftlichen Ordnung Ungarns drohen würden, wenn auch die neuesten Forderungen der Entente erfüllt würden. Der Ministerrat beschloß hierauf zu demissionieren. ... Der provisorische Präsident der Republik nahm die Demission an. Die Note hatte die Antwort der ungarischen Regierung für die 18.Stunde des 21.März (6 Uhr-nachmittags) verlangt. Zu diesem Zeitpunkt überbrachte der Legationsrat Baron Tibor Podmaniczky dem Chef der alliierten Militärmission Oberstleutnant Vix folgende Antwort der Ungarischen Volksrepublik: „Ungarische Volksrepublik, 21.März 1919. Der provisorische Präsident der Ungarischen Volksrepublik Károly an den Chef der alliierten Militärmission Oberstleutnant Vix, Budapest Herr Oberstleutnant! Sie waren so freundlich, mir im Namen des Herrn Generals De Lobit eine Note zu überreichen, welche der ungarischen Regierung den am 23.Februar 1919 bezüglich einer neutralen Zone erbrachten Beschluß der Konferenz mitgeteilt hat. Ich habe die Ihre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß ich die erwähnte Note der Regierung der Ungarischen Volksrepublik übergeben habe und daß die Regierung nicht in der Lage ist, den Beschluß der Friedenskonferenz zur Kenntnis zu nehmen und an dessen Durchführung mitwirken zu können. Dieser Beschluß befindet sich im vollen Widerspruche mit der am 13.November abgeschlossenen Waffenstillstands- und Militärkonvention, und da er die Existenzinteressen des Landes nicht berücksichtigt, kann er die Entwicklung des Landes verhindern und eine Störung des Friedens verursachen. Da die ungarische Regierung nicht in der Lage ist, die Verantwortung für die Durchführung dieses Beschlusses zu übernehmen, da man sie zur Friedenskonferenz nicht eingeladen hat und da sie an der Erbringung des Beschlusses nicht mitwirken konnte, sieht sie sich genötigt, heute zu demissionieren. Indem ich Ihnen, Herr Oberstleutnant, das Obige zur Kenntnis bringe, bin ich so frei, Sie zu ersuchen, die notwendigen Anstalten treffen zu wollen, damit die Friedenskonferenz binnen kürzester Frist den Beschluß der ungarischen Regierung erfahre. Gez.: Károly.“

Der provisorische Präsident der Ungarischen Michael Károly hat folgende Proklamation erlassen: „An das Volk Ungarns! Die Regierung hat abgedankt. Jene, die auch bisher auf Grund des Volkswillens und mit Unterstützung des ungarischen Proletariats regiert haben, haben eingesehen, daß die zwingende Gewalt der Verhältnisse einen neuen Kurs fordert. Die Produktionsordnung kann nur dann gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht übernimmt. Nebst der drohenden Anarchie in der Produktion ist auch die außenpolitische Lage Ungarns eine kritische. Die Pariser Friedenskonferenz hat im Geheimen dahin entschieden, daß sie beinahe das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetzt. Die Ententemission erklärte, daß sie die Demarkationslinie fortan als politische Grenze betrachte. Die ferneren Besetzungen des Landes verfolgen offenbar den Zweck, daß man Ungarn zum Aufmarsch und Operationsgebiet gegenüber der an der rumänischen Grenze kämpfenden russischen Sowjetarmee mache. Das von uns geraubte Land aber würde der Sold jener rumänischen und tschechischen Truppen sein, durch welche man die russische Sowjetarmee niederringen lassen will. Ich als provisorischer Präsident der Ungarischen Volksrepublik wende mich gegenüber der Pariser Friedenskonferenz an das Proletariat der Welt um Gerechtigkeit und Unterstützung. Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns. Gez.: Michael Károly.“

22.März 1919 Budapest. Übernahme der öffentlichen Gewalten durch den Budapester Arbeiterrat. Bildung eines revolutionären Regierungsrates mit Garbai als Präsidenten.

Infolge der Demission der Regierung hat der Arbeiterrat von Budapest die Regierungsgewalt übernommen und einen interimistischen revolutionären Regierungsrat gebildet, der, wie folgt, zusammengesetzt ist: Präsidium: Garbai; Inneres: Dr.Landler, Stellvertreter Vago; Ackerbau: ein Kollegium, dessen Mitglieder sind: Csizmadya, Vantus, Dr.Hamburger und Hyisztor; Finanzen: Varga; Unterricht: Kunfy; Volkswohlfahrt und Volksarbeit: Desider Bokanyi; Äußeres: Béla Kun; Handel interimistisch: Doktor Landler; Krieg: Pogany; Justiz: Ronay; Sozialisierung: Böhm; Deutscher Volkskommissär: Kálmár; Ruthenischer Volksrat: Szabo; Volksernährung: Dr.Erdelyi. Die Bezeichnung der Ämter des Regierungsrates ist Volkskommissariat, jene, der Mitglieder desselben Volkskommissär.

Präsident Károly und Regierung Berinkey tritt zurück, da die Entente die Waffenstillstandsgrenzen als politische Grenzen Ungarns militärisch durchsetzen will. Die Regierung übernimmt der Budapester Arbeiterrat unter dem Präsidenten Garbai.

Räteregierung im Amt - sie sucht internationale Verbündete

22.März 1919 Budapest. Ein Aufruf der Sozialistenpartei und des Revolutionären Regierungsrates „An Alle“

Die ungarländische Sozialistenpartei und der Revolutionäre Regierungsrat veröffentlichen im „Nepszava“ folgenden Aufruf:

„An Alle!

Das Proletariat Ungarns hat mit dem heutigen Tage jede Macht in seine eigene Hand genommen. Der vollständige Zusammenbruch der bürgerlichen Welt und die Bankrotterklärung des Koalitionsregimes zwingen die Arbeiterschaft und die Bauernschaft Ungarns zu diesem entscheidenden Schritte. Die kapitalistische Produktion ist zusammengebrochen. Die Arbeiterschaft ist nicht geneigt, ihr Haupt auch ferner hin unter das Joch, der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer zu beugen. Das Land kann von der Anarchie des Zusammenbruches nur durch Schaffung des Sozialismus und Kommunismus gerettet werden. Zur selben Zeit steht die ungarische Revolution auch außenpolitisch vor der vollen Katastrophe. Die Pariser Friedenskonferenz hat dahin entschieden, daß nahezu das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetzt werden soll. Sie erachtet die Linien der Besetzung als endgültige politische Grenze und macht hiedurch die Approvisionierung und Kohlenversorgung des revolutionären Ungarn vollends unmöglich. In dieser Lage blieb der ungarischen Regierung zu ihrer eigenen Errettung als einziges Mittel die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiter und der Armen des Ackerbaues. Die Macht der Gesetzgebung, die Exekutive und die Richtergewalt werden von der Diktatur der Arbeiter-, Bauern-, und Soldatenräte ausgeübt. Ungarn konstituiert sich zu einer Räterepublik. Der Revolutionäre Regierungsrat beginnt unverzüglich eine ganze Reihe der großen Arbeiten zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus und Kommunismus. Er statuiert die Sozialisierung der Großgrundbesitze, der Bergwerke, der Großbetriebe, der Banken und der Verkehrsunternehmungen. Die Bodenreform führt er nicht durch eine Bodenaufteilung, die Rumpfgundbesitze schafft, sondern im Wege von sozialistischen Produktionsgenossenschaften durch. Die Preistreiber, die Lebensmittelwucherer, die spekulativen Nutznießer des Hungers und der Kleiderlosigkeit der Massen verfolgt er mit unnachsichtlicher Schonungslosigkeit. Erfordert eiserne Disziplin. Er ahndet mit Todesstrafe die Banditen der Gegenrevolution und die Briganten der Plünderung. Er organisiert eine mächtige Proletarierarmee, die die Diktatur der Arbeiterschaft und der Bauernschaft gegenüber dem ungarischen Kapitalisten und dem ungarischen Großgrundbesitzer ebenso zur Geltung bringt wie gegenüber dem rumänischen Bojaren und dem tschechischen Bourgeois. Er erklärt seine volle ideelle und seelische Solidarität mit der russischen Sowjetregierung und bietet den Proletariern Rußland sein Waffenbündnis an. Er entbietet der Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas seinen Gruß. ...

Was unser auch harren möge die Sache des Sozialismus muß siegen! Hoch die Proletarierdiktatur! Hoch die ungarische Räterepublik!

Die Ungarländische Sozialistenpartei.

Der Revolutionäre Regierungsrat.“

22.März 1919 Wien. Die deutschösterreichischen Arbeiterräte an Ungarn.

Der hier tagende Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutschösterreichs hat folgenden Aufruf erlassen:

„An das Proletariat Ungarns! Genossen und Genossinnen!

Zur Sitzung des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte Deutschösterreichs versammelt, erreicht uns euer Ausruf: An alle! Ihr habt die Staatsgewalt in eure Hand genommen, dem Imperialismus der Entente die Unerschrockenheit und Kampfbegeisterung des geeinigten ungarischen Proletariats entgegengestellt. Mit euch sind wir der Meinung, daß heute, nachdem Zusammenbruch des deutschen und österreichisch-ungarischen Imperialismus, der Hauptfeind der imperialistische Sieger ist. Die Konferenz der Sieger in Paris soll, wenn sie ganze Völker vergewaltigen und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen beugen will, auf den entschlossenen Widerstand der Arbeiter stoßen.

Ihr habt an uns den Ruf gerichtet, eurem Beispiel zu folgen. Wir täten es vom Herzen gern, aber zur Stunde können wir das leider nicht. In unserem Lande sind keine Lebensmitteln mehr. Selbst unsere karge Brotversorgung beruht nur auf den Lebensmittellügen, die die Entente uns schickt. Dadurch sind wir völlig Sklaven der Entente. Wenn wir heute eurem Rate folgen würden, dann würde uns der Ententekapitalismus mit grausamer Unerbittlichkeit die letzte Zufuhr abschneiden, unsrer Hungerkatastrophe preisgeben. Wir sind überzeugt davon, daß die russische Räterepublik nichts unversucht lassen würde, uns zu helfen. Aber ehe sie uns helfen könnte, wären wir verhungert. Wir sind daher in einer noch wesentlich schwierigeren Lage als ihr. Unsere Abhängigkeit von der Entente ist eine vollständige. Wohl aber ist es unsere heiligste Pflicht, für alle Fälle gerüstet zu sein. Darum hat die Reichskonferenz unserer Arbeiterräte vor drei Wochen den Ausbau der Räteorganisation beschlossen. Wir haben an das arbeitende Volk den Appell gerichtet, überall Arbeiterräte einzusetzen, die Gründung von Bauernräten zu fördern, sowie Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte mit den bestehen den bewährten Organisationen zusammen zu fassen. Um alles vorzubereiten, was die Stunde gebietet. Neuerdings ergeht der Ruf an die Arbeiter aller Orte, die Räteorganisation schleunigst auszubauen. Wir haben auch bereits gefordert, daß der in den Beschlüssen der Reichskonferenz vorgesehene Zentralrat in den nächsten Tagen zusammentrete. All unsere Wünsche sind bei euch. Mit heißem Herzen verfolgen wir die Ereignisse und hoffen, daß die Sache des Sozialismus siegen wird. Kampfbereit stehen auch wir, gewillt, zu erfüllen, was die geschichtliche Notwendigkeit fordern wird.

Es lebe die internationale Arbeitersolidarität! Es lebe der Sozialismus! Für den Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutschösterreichs:

Josef Benisch, Schriftführer

Friedrich Adler, Vorsitzender“



Der revolutionäre Regierungsrat mit seinen Regierungsmitgliedern



Sándor Garbai (1879-1947) sozialdemokratischer Vorsitzender des Revolutionsregierungsrates

A Forradalmi Kormányzótanács



Volksaufmarsch nach der Machtübernahme durch die Räteregierung am 23. April 1919

Proletarier der Welt vereinigt Euch!

Oedenburg

Politische Organisation und
Institutionenaufbau

Arbeiterrat

Ämtliches Organ der Sozialistischen Partei in Stadt und Komitat Oedenburg.

Zeitungspreise:

Für Kleros mit Zahlung ins Haus und Buchhändler mit Vorzahlung:
Monatlich 84— K, halbjährig 42— K, vierteljährig 21— K, monatlich 7— K.
Einzelblatt 30 Heller.

Schriftleitung und Verwaltung:

Oedenburg, Deák-Platz Nr. 56

Preis: Schriftleitung: 304, Verwaltung: 25.

1. Jahrgang

Dienstag, 1. April 1919.

Nr. 1.

Verordnungen des Volkskommissärs für Stadt und Komitat Oedenburg.

Proletariates. Und mit den letzten Hefeln
werfen wir auch den alten Namen unserer
Zeitung auf den Scheiterhaufen. Wir wollen
einsam und allein dem Interesse des Pro-

Oedenburger Arbeiterrat.

Mit neuem Namen treten wir auf die
Bühne! Die seit einundfünfzig Jahren
bestehende „Oedenburger Zeitung“ hat mit
heutigem Tage zu erscheinen aufgehört
und an ihre Stelle tritt ein frisches, freies
Proletariatsblatt: „Oedenburger Ar-
beiterat“. Die alte kapitalistische Welt-
ordnung wurde jung- und kluglos zu
Grabe getragen und auf ihrem Schutte
blühen neue Blumen. Die neue Welt hat
neue Lebensmöglichkeiten, neue Lebensbe-
dingungen geschaffen. Als Herold dieser

neuen Weltanschauung, als Verkünder der
besseren Ideen der Weltfreiheit meldet sich
der „Oedenburger Arbeiterat“ zu Wort.
Die Schriftleitung der „Oedenburger
Zeitung“ hat, seitdem die rote Fahne der
dritten Internationale über Ungarn weht,
die Politik der Zeitung unabhängig vom
Herausgeber, unabhängig vom Interessen-
kreis des kapitalistischen Verlages, selbst
bestimmt und den revolutionären Ideen
ihre Fäden gewöhnt. Nun haben wir die
letzten Fesseln abgestreift: mit heutigem
Tage wurde unser Blatt soziali-
siert und überging in das Eigentum des

Montag, 7. April 1919.

Vollständige Arbeitsruhe am Montag.

Der bevollmächtigte Beauftragte für Stadt
und Komitat Oedenburg verordnet Folgendes:

Ich ordne an, daß mit Rücksicht auf
die Wahlen morgen, Montag, die Ar-
beit in sämtlichen Betrieben zu ruhen
hat. Die Geldinstitute können bis
12 Uhr mittags geöffnet sein.

Kellner m. p.
Volksbeauftragter.

Liste der Kandidaten für den Oedenburger Erdarbeiter-, Soldaten- und Arbeiterrat.

- | | | |
|------------------------------|--------------------------|----------------------------|
| 1. Bella Johann | 28. Horváth Edmund, | 55. Pomper Michael |
| 2. Breiner Jren | 29. Homuthál Karl | 56. Racz Emmanuel |
| 3. Bummer Karl | 30. Horváth Koloman | 57. Ribarits Josefina |
| 4. Bothár Martha | 31. Jalucla J. | 58. Ritter Johann |
| 5. Bors Ladislaus | 32. Jóna Imre | 59. Rojer Anton |
| 6. Buchwald Ernst | 33. Kalmár Paul | 60. Starba Koloman |
| 7. Verejeller Adolf | 34. Kanitsér Josef | 61. Starba Ludwig |
| 8. Gibler Karl | 35. Kasiner Karl | 62. Stóla Katharina |
| 9. Gibler Ferdinand | 36. Knapp Gabriel | 63. Schaffer Anton |
| 10. Gutzbruder Desider | 37. Kirnbauer Franz | 64. Soós Josef |
| 11. Karas Julius | 38. Koniecz Stephan | 65. Szalay Peter |
| 12. Karas Eugen | 39. Kish Koloman | 66. Szekeres Martin |
| 13. Kéher Ludwig | 40. Ley Peter | 67. Szilvázy Julius, Dr. |
| 14. Jekler Rudolf | 41. Licht Heinrich | 68. Schambauer Ignaz |
| 15. Jekete Karl | 42. Mahe Franz | 69. Schlesinger Gustav |
| 16. Jereczi Johann | 43. Mayer Franz | 70. Schwarz Alexander, Dr. |
| 17. Jilác Paul | 44. Mészáros Adalbert | 71. Taschner Karl |
| 18. Jürész Julius | 45. Mészáros Julius | 72. Tesser Rudolf |
| 19. Jischl Ladislaus | 46. Missuray August | 73. Tóth Julius |
| 20. Jücsöl Matthias | 47. Nagy Anton | 74. Tóth Michael |
| 21. Garabics Ludwig | 48. Nagy Stefan | 75. Wellesz Eugen |
| 22. Gerencsér Martin | 49. Nitsinger Wilhelmine | 76. Winkler Josef |
| 23. Großmann Ignaz | 50. Rémeti Karl | 77. Winkler Wilhelmine |
| 24. Gerackel Anton | 51. Rájer Karl | 78. Wurditsch Anton |
| 25. Gösy Géza | 52. Pfandler Christian | 79. Rágn Teofil |
| 26. Hamar Johann | 53. Preumann Heinrich | 80. Zeigmond Ludwig |
| 27. Hoffmann W. Dr., Advokat | 54. Polan Josef | |

Die Wahl der
örtlichen Räte
findet vom 6.
bis 8. April statt.
Erstmals in
der Geschichte
Ungarns können
Frauen und
Männer ab dem
18. Lebensjahr an
freien und gehei-
men Wahlen
im unbesetzten
Gebiete Ungarns
teilnehmen. Kein
Wahlrecht besit-
zen aber Geist-
liche und Perso-
nen, die Gewinne
durch Lohnarbeit
erzielen.

Mattersdorf organisiert die Räte

Repräsentantensitzung am 3. November 1918

Bei der Repräsentanten Sitzung am 3. November 1918 meldet der Notär Schwertner, „das Militär strömt von der Front nach Hause und wird daher die Vermögenssicherheit sich immer verschlimmern...“. Es wird die Aufstellung einer Bürgerwache beschlossen. Jeder Mann der Gemeinde von 18-60 Jahren muss derselben beitreten und kann mit Geld nicht abgegolten werden.

Ludwig Schwertner Notär Mathias Wilfing Richter

Repräsentantensitzung am 10. November 1918

„Notär meldet laut Verordnung der Regierung in Nagymarton eine Nationalgarde gegründet wurde. Die Regierung hat die Gemeinde aufgefordert die Bezahlung der Gardisten vorzustrecken....“ Zur Vorfinanzierung des Gehalts der Garde wird ein Darlehen von 50.000 Kronen bei der Nagymartoner Sparcassa aufgenommen

Repräsentantensitzung am 14. Dezember 1918

„Notär liest die Verordnung des Kultusministeriums betreffend der Ausdehnung des deutschen Sprachunterrichtes in der Bürgerschule. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig beschlossen, dass in der hiesigen Bürgerschule mit Rücksicht darauf, dass sämtliche Kinder deutscher Muttersprache sind, deutsch und ungarisch im gleichen Maasse unterrichtet werden soll. Die Gemeinderepräsentanz hält sich das Recht vor, den entgeltigen Beschluss über die Sprache der Bürgerschule nach den grossen politischen Entscheidungen zu bringen.“

Von der Gemeinderepräsentanz zum Gemeinderat.



Oedenburger Arbeiterrat 23. April 1919.

Großversammlung in Mattersdorf.
Vor dem Hotel zur Post waren gestern über 3000 Menschen erschienen, um den Ausführungen der Genossen Kalmár, Kónai, Kellner und Lazarovits zu lauschen. Die in deutscher Sprache gehaltenen Reden wurden mit großem Beifalle aufgenommen und wirkten auf die strammen Mattersdorfer Genossen und Genossinnen beruhigend und klärend. Nach Schluß der Versammlung fand eine vertrauliche Besprechung mit den Mitgliedern des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates statt.

Gemeinderatssitzung am 27. April 1919

Konstituierung des Gemeindeverwaltungsrates

„Notär als Referent meldet, dass laut Verordnung der Räteregierung der gewählte Gemeinderat verpflichtet ist sich zu konstituieren. Laut dieser Verordnung ist in jeder Gemeinde eine Verwaltungskommission zu wählen, diese Verwaltungskommission kann bestehen aus 3-5 Mitglieder ... Nach Kenntnisnahme der Referate wurde einstimmig beschlossen, dass die Verwaltungskommission aus fünf Mitgliedern bestehen soll, dieselben sollen geheim gewählt werden. Nach diesem Beschluss ordnet der Präses die Geheimwahl an laut welcher einunddreißig Wahlzettel auf die folgenden Genossen abgegeben wurden: Auf Michael Wilfing 21, Josef Suchard 19, Anton Knoll 16, Franz Koller 15, Kornelius Jakubovich 15, Josef Pauer 14, Michael Sieber 14, Johann Karner 13, Franz Reisner 1,.... Josef Suchard und Michael Sieber danken, resp. nehmen die Wahl nicht an, da sie mit anderen Arbeiten schon überlastet sind. Diese Abdankung nimmt der Rat an, deshalb erklärt Mathias Sieber Alters-Präses Michael Wilfing, Anton Knoll, Franz Koller, Kornelius Jakubovich und Josef Pauer als Gewählte der Mattersdorfer Verwaltungskommission. In der Verwaltungskommission wurde mit geheimer Wahl Michael Wilfing als Präses und Josef Pauer als Vizepräses gewählt. Nach dieser Wahl nimmt Michael Wilfing die Präsesstelle über und in seiner Rede verspricht er, dass er mit seinem besten Wissen und Gewissen die Interessen der Gemeinde und des Proletariats vertreten wird.“

Weiters werden eine Baukommission (Mathias Aufner, Anton Knoll, Franz Koller, Mathias Rupp, Georg Friesenbiller), Ernährungskommission (Franz Reisner, Mathias Aufner, Franz Koller, Franz Piller, Georg Friesenbiller), Bodenreformkommission (Michael Wilfing, Josef Pauer, Stefan Piller) und eine Kulturkommission (Kornelius Jakubovich, Michael Postl, Anton Kräftner, Mathias Strodl, Josef Knopf) gewählt. Weiters werden in die Bezirks-Verwaltungskommission Josef Suchard, Viktor Kräftner und in die Bezirks-Ernährungskommission Franz Reisner, Anton Kräftner, Franz Leitgeb, Michael Sieber, Franz Koller und Mathias Rupp gewählt. Der Antrag von Josef Suchard, dass der Rat sich der Rothen Armee anschließt und felsenfest zur Räteregierung steht, wird einstimmig angenommen.

Ungarische Räteregierung führt nationalen, bewaffneten Kampf



Plakat der Räteregierung „Rote Soldaten Vorwärts“

2. Mai 1919 Budapest. Volkskommissär Kun für die Verteidigung Ungarns und gegen die Ermordung der Geiseln.

In der Sitzung des zentralen Arbeiter- und Soldatenrates erklärte Volkskommissär Haubrich: Ich habe für morgen 8 Uhr früh 18 Arbeiterbataillone mobilisiert. Mögen die anwesenden Mitglieder des Arbeiterrates in die Kasernen gehen, sich bewaffnen und in Trupps zu 50 Mann sich an die Spitze der Bataillone stellen, und dann gehen wir und kämpfen wir, statt hier zu sprechen. Béla Kun schloß sich der Aufforderung Haubrichs an. Er betonte die Notwendigkeit, den Kampf nicht nur gegen die eigene Bourgeoisie, sondern gegen den internationalen Kapitalismus zu führen, der noch gefährlicher sei, weil er Heere besitze, und fuhr fort: Die zweite Frage ist, ob wir jetzt unsere politischen Gefangenen ermorden sollen. Ich antwortete mit nein. (Lebhafte Zustimmung.)

Jeder militärisch ausgebildete Proletarier möge sich unverzüglich ohne Rücksicht auf sein Alter zur Roten Armee melden!



Béla Kun bei der Roten Armee

5. April 1919 Wien. Vierte Länderkonferenz.-

Heute vormittags begann in der Staatskanzlei die vierte Konferenz der Staatsregierung und der Landesregierungen, welche für mehrere Tage in Aussicht genommen ist. Den Vorsitz führten Staatskanzler Dr. Renner und Vizekanzler Fink.

Staatskanzler Dr. Renner:

Wir sind nicht in der Lage, noch viele gesamteuropäische Erschütterungen auszuhalten; wenn also das Räteregime in Deutschland oder in der Tschechoslowakischen Republik durchdränge, wäre es uns schon wesentlich schwerer standzuhalten. Daß es in Ungarn dazu gekommen ist, konnte uns nicht überraschen. Die Politik der Entente hat in Ungarn besonders unüberlegt und blind zugegriffen und dem Rest des ungarischen Staates Zumutungen gestellt, welche ein verzweifelter Volk kaum anders beantworten konnte. Man hat ausgesprochen magyarische Gebiete fremden Staaten zugesprochen, zwar zunächst in der Form der Besetzung, aber doch mit der Andeutung, daß dies die dauernden Grenzen seien, und hat den Rest des magyarischen Gebietes in eine Lage versetzt, in der er absolut nicht leben konnte. Die Verzweiflung über diesen Schritt, die Erkenntnis, daß man so zu leben nicht imstande sein werde, hat in Ungarn den Umsturz hervorgerufen. Die kurzsichtige Politik der Entente-insbesondere kurzsichtig wegen der maßlosen Forderungen der französischen Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Nachläufer kann ganz Europa in den Zustand der Auflösung stürzen. ...

Im allgemeinen ist die Politik der Staatsregierung dahin gerichtet, daß Deutschösterreich in keine einzige europäische Affäre mehr verwickelt werde, und insbesondere, daß es aus der früheren Gemeinschaft mit der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Polen möglichst bald herauskomme. Nicht zum mindesten infolge der ungarischen Umwälzung verschärft sich immer mehr der Eindruck, daß sich in diesen Gebieten allmählich ein größeres Mazedonien entwickelt, und gerade dieser Umstand muß uns in der Absicht bestärken, unser Land und unser Volk möglichst rasch aus dem brennenden Hause herauszuführen, um den Anschluß zu verwirklichen.



„Rote Soldaten Vorwärts“ - Plakat von Janos Tabor (1890-1956)
Budapest 1919



Inspektion eines Arbeiterregiments am 23. April 1919



Soldaten der Roten Armee 1919 (Quelle: Fortepan/Erky-Nagy Tibor)



Ungarischer Soldat der Roten Armee (Quelle: Fortepan/Körenczu Akos)



Volksrepublik und Räteregierung für Autonomie der ungarländischen Deutschen

28.Jänner 1919 Budapest. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Ungarn.

Der Ministerrat hat in seiner gestrigen Sitzung das Volksgesetz-Nr.6 vom Jahre 1919 über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des ungarländischen deutschen Volkes angenommen. Das Gesetz enthält folgende wesentliche Bestimmungen:

In den von Deutschen bewohnten Gegenden werden insoweit, als es sich um geschlossene Gebiete handelt, im Einvernehmen mit den dort ansässigen Nationen an derer Zunge autonome Rechtsgebiete (Gouvernements) gebildet.

Dem deutschen Volke gebührt im Rahmen des gegenwärtigen Gesetzes sowohl auf dem Gebiete der Gesetzgebung als auch auf dem der Verwaltung volle Autonomie betreffs der inneren Verwaltung, der Rechtspflege, des Unterrichtswesens, des öffentlichen Bildungswesens und der Kultusangelegenheiten dieser autonomen Rechtsgebiete.

4.Februar 1919 Budapest. Der Minister für die Deutschen Ungarns.

Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Richters an der königlichen Tafel Johann Junker zum deutschen Minister der ungarischen Volksrepublik.

Am 5.Februar 1919 Budapest.

Der deutsche Minister Dr.Johann Junker hat im gestrigen Nationalrate den Eid geleistet. Auf seinen Vorschlag wurden Heinrich Kalmar zum Staatssekretär und Geza Zsombor zum deutschen Gouverneur von West-Ungarn ernannt.

1. Jahrgang. Freitag, 25. April 1919. Nr. 22.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Deutsches Proletariat Westungarns!

Die revolutionäre Räteregierung hat dem deutschen Proletariat Westungarns im Rahmen eines deutschen Volksgesetzes alle Rechte auf Sprache und Kultur verliehen. Die revolutionäre Räteregierung, die keine Ausbeutung auf kapitalistischem Gebiete kennt, duldet auch keine auf nationalem Gebiete. Der sozialistische Staat gewährt der arbeitenden Bevölkerung auf allen Gebieten volle Rechte.

Einem Sturmwind gleich braust die neue Ordnung durch die Welt und rüttelt an die von zahllosen Schweißperlen und Tränen der Arbeiter durchwühlten morschen Fundamente des kapitalistischen Zeitalters.

Uns aber ruft diese Bindebraut zur Tätigkeit, zu neuer Arbeit, aber zur Arbeit „für uns“ und nicht für geldgierige Kapitalisten und Unternehmer!

Laßt diesen Ruf nicht ungehört verhallen, denn es gilt nicht nur unseren Staat durch unsere Arbeit zu erhalten, sondern es gilt hauptsächlich unsere eigene Existenzberechtigung darzutun, denn nur wer arbeitet, hat ein Recht zu leben.

Vom deutschen Volkskommissariate bis zur Durchführung der Wahlen zur Leitung des Gaues bestimmt, stellen wir uns Euch mit unserem besten Wissen und Können zur Seite und wird es stets unsere erste und heiligste Aufgabe sein, Euch in der Durchführung der Verordnungen der Räteregierung auf das Wirkende zu unterstützen.

Mit rückhaltlosem Vertrauen können und müssen wir uns zu demselben bekennen und vor Allem bestrebt sein, alles aufzubieten, daß die Wiederkehr des zusammengebrochenen Systems der kapitalistischen Klassenwirtschaft verhindert werde.

Durch beispielgebende Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe müssen wir unsere Reize für das vollkommenste aller Regierungssysteme zum Ausdruck bringen.

Es sei bei dieser Gelegenheit nochmals erwähnt, daß niemand in der Ausübung seiner Religion irgendwie eingeschränkt oder beeinflusst wird. Es kann nicht oft genug betont werden, daß dem kleinen Mann nichts weggenommen wird, weder sein Haus noch sein Geld. Die Einrichtung der Ehe ist im sozialistischen Staate der Grundstein der sittlichen Reife des Volkes und nie wird an dieser Einrichtung gerüttelt werden. Alle Ausstreunungen von Verleumdern sind unwahr, für die arbeitende Menschheit wollen wir nur Schönes schaffen, um endlich die Proletarier glücklich zu sehen.

Die sprachlichen Freiheiten gelten für die Deutschen ebenso wie für die anderssprachigen Bewohner unseres Gebietes. Die Beamten haben sich im Bereiche des deutschsprachigen Siedlungsgebietes der deutschen Sprache im persönlichen und schriftlichen Verkehr zu bedienen. Im Verkehr mit anderssprachigen Parteien ist die Sprache derselben im vollen Umfange und uneingeschränkt anzuwenden. Auch in den Schulen werden neben der deutschen Sprache die anderen weitgehendst berücksichtigt, ebenso in der Pflege aller Kulturangelegenheiten.

In diesem Sinne fordern wir Euch zur Mitarbeiterschaft auf und versichern Euch, daß unser leitendes Prinzip lautet wird:

mit Euch und für Euch zu arbeiten

Mit revolutionärem Gruß

Der Gaurat für den Gau Deutschwestungarn.

Die Gaukommissäre:

Adolf Herzeller m. p. Alexander Hellner m. p. Nikolaus Lazarowitsch m. p.

Das Direktorium:

Ludwig Isler m. p. Josef Breithofer m. p. Rudolf Tesser m. p. Georg Glend m. p.
Ferdinand Eidler m. p. Hans Sudhard m. p. Josef Reithofer m. p.

Ungarische Regierung versucht, statt Volksabstimmungen nationale Autonomien zu schaffen, um den Gebietserhalt rechtfertigen.

11. Juni 1919 Budapest. Landesversammlung der deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Ungarns. (Verspätet eingetroffen.)

Im ehemaligen Delegationssaale des ungarischen Parlaments trat heute die Landesversammlung der deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Volksbeauftragter Kalmar wies in seiner Begrüßungsansprache daraufhin, daß unter der kapitalistischen Herrschaftslegitimierenden und nationalen Gründe nun möglich gewesen sei. Er bezeichnete als Aufgabe des Landesrates die Abgrenzung der deutschen Gaue, die Übernahme und den Ausbau der Brachialgewalt sowie der Finanzen und die Errichtung deutscher Schulen. (Lebhafter Beifall.) Zum Präsidenten des Landesamtes wurde Kaller gewählt. Volksbeauftragter Kalmar legte sodann eine Adresse vor, welche dem Samstag in Budapest zusammen tretenden Landessowjet vorgelegt werden soll und worin die Einleitung der vorbereitenden Verhandlungen zum endgültigen Ausbau der ungarländischen Proletarierföderation beantragt wird. Bis zur Durchführung eines föderalistischen Bundesvertrages durch ein von den Räten aller ungarländischen Nationen beschlossenes Gesetz schreitet der deutsche Landessowjet zur Festlegung dieser endgültigen Verfassung des ungarländischen deutschen Volkes und zum gesetzlichen Ausbau der inneren wirtschaftlichen und kulturellen Verwaltung sowie der Gerichtsbarkeit jener Gebiete, wo er sich konstituiert hat. Die Adresse wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Hier auf wurde ein fünfziggliedriger Regierungsausschuß mit Kalmar als Präsidenten gewählt.

19. Juni 1919 Budapest. Kommunisten wollen keine nationalen Unterdrückungen

In der heutigen Sitzung des Rätekongresses wurde die auswärtige Politik auf die Tagesordnung gestellt. Volksbeauftragter Béla Kun gab einen ausführlichen Überblick über die Lage und verwies darauf, daß der Imperialismus der westlichen Demokratien, die ihre Proletarier mit antimilitaristischen Schlagworten in den Krieg geschickt haben, hungriger und gefräßiger sei als jeder andere. Die Entente plündere jetzt mit ihrem sogenannten annexions- und entschädigungslosen Frieden Deutschland und Deutschösterreich aus. Ich wünschte, sagte Kun, daß die Deutschen die Friedensbedingungen unterzeichnen, denn damit verlöre das Scheidemannsche System den Boden unter den Füßen. Kun kam sodann auf die Note Clémenceaus zu sprechen und erklärte: Wir können darauf heute nur antworten, daß wir bereit sind, über den Frieden zu beraten. Wir wollen nicht nur mit der Friedenskonferenz der Entente verhandeln, sondern auch mit den feindlichen Staaten um uns herum, damit wir, wenn die Entente ihrerseits uns auch diktiert, doch versuchen, mit jenen Staaten ein Übereinkommen zu treffen, die auf uns und auf die wir angewiesen sind, und damit wir auf den Trümmern der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Balkans ein neues Wirtschaftsleben schaffen. (Zustimmung.) Wir müssen den Proletariern dieser Länder verständlich machen, daß wir Kommunisten keine nationalen Unterdrückungen wollen. Eine Konferenz der Völker der gewesenen Monarchie war immer der Leitgedanke unseres Kampfes. Aber wenn wir auch den Frieden schließen, so wird seine Dauer nicht länger sein als die des Friedens von Brest-Litowsk und Bukarest.

1. Jahrgang. Samstag, 17. Mai 1919.

Die westungarische Frage.

Die österreichische Regierung lenkt ein.

Budapest, 16. Mai.

Der deutschösterreichische Staatssekretär des Innern, Dr. Bauer, erklärte auf die Note der ungarischen Räteregierung, daß er sich von einer schriftlichen Agitation und Propaganda fernhalte. Die Spitze von Abordnungen und Zeitungsartikeln richtete sich eben gegen die deutschösterreichische Regierung, der man vorwirft, daß sie im Interesse der Einberleibung westungarischer Komitate nichts unternehme. Die deutschösterreichische Regierung machte jedoch kein Geheimnis daraus — was sie seinerzeit auch der Rákolvi-Regierung zur Kenntnis brachte —, daß die Zugehörigkeit der westungarischen Komitate durch Volksabstimmung zu entscheiden sei. Was die Entsendung des Herrn Beer, als Vertreter Westungarns, an der Versailler Friedenskonferenz betrifft, erklärte Dr. Bauer, daß Herr Beer nur als Sachverständiger an der Konferenz teilnehme. Ähnliche Experten wurden in allen Fächern den Vertretern beigelegt.

Das ung. Telegr.-Korrespondenzbureau bemerkt hiezu: Die Antwort Dr. Bauers weist die unglaublichsten Widersprüche auf. Wenn die deutschösterreichische Regierung die Agitation verhorreisiere, wie konnte sie Abordnungen eines fremden Landes empfangen, und wenn sie keinen Anspruch auf Deutsch-Westungarn erheben, warum benötigen sie einen Sachexperten in westungarischen Fragen. Schließlich gestehen sie dennoch, daß sie Westungarn annektieren wollen; diese Absicht kleiden sie jedoch in die mildere Form der „Volksabstimmung“. In Wirklichkeit trachten sie jedoch darnach, unter dem Vorwande der nationalen Befreiung, die aus der Knechtschaft des Kapitalismus und Bürokratismus geretteten Arbeiter und arme Landwirte in die neue Knechtschaft des österreichischen Kapitalismus und Imperialismus zu treiben. Gegen diese Zumutung wird das deutsch-ungarische Proletariat bis zur Messerspitze kämpfen.

Gemeinderatssitzung am 15. Juni 1919

Die Verordnung des Komitates betreffend der Leitung der Gemeindeadministration wird abgelehnt, da die Gemeinde in den deutschen Gau eingeteilt ist. „Der Rat fordert die Verwaltungskommission auf, dass an den Gau eine Eingabe zu richten, ob diese durch das Komitee herausgegebene Verordnung gutheissen wird und ob die Gemeinde sich nach dem halten soll. Auf Antrag des Politischen Komissar Josef Suchard wünscht und verlangt der Rat, dass das Komitee aufgelöst und die Gemeinde in den Gau sofort einverleibt werden soll, den so unter den jetzigen verhältnis weist der Gemeinde nicht wer der Vorgesetzter ist, kann daher nicht in den Interessen des arbeitenden Volkes wirken.“

Die Kulturkommission stellt betreffend des Religionsunterrichts den Antrag: Da in der ganzen Gemeinde für den Religionsunterricht kein Zimmer oder Lokal vorhanden ist und in der Kirche aus Gesundheitsgründen für die Kinder kein Unterricht stattfinden kann, soll die Religion in der Schule außerhalb des Lehrplan unterrichtet werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen und der Beschluss wird dem Gau zur Kenntnisnahme vorgelegt.

18. Jhr
Kolar meldet, dass die Kultur-Kommission betreffs des Religionsunterrichtes folgenden Antrag stellte:
Da in ganzer Gemeinde für Religions Unterrichtes kein ordentliches Zimmer oder Lokal vorhanden ist, möge der Rat beschliessen, - dass mit Rücksicht auf die oben erwähnte Begründung und dass in der Kirche ohne Rücksicht der Gesundheit der Kinder die Religion nicht unterrichtet werden kann, - möge die Religion in der Schule ausser dem Lehrplan unterrichtet werden.

Beschluss

Der Antrag der Kultur-Kommission wird einstimmig angenommen, - doch ist dieser Beschluss dem Gau zur Kenntnisnahme vorzulegen.

20. Jhr

Kolar meldet, dass der Feldhüter abgedankt hat, deshalb sucht er möge der Rat einen Feldhüter wählen und gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, dass mit der Kulturstelle die bisherige Kulturen, welche jetzt herrschend weiter bekannt wurde.

Beschluss

Für den Feldhüter wurde einstimmig der Junwarte Michael Bokintzer gewählt und die Meldung über die Kulturstelle zur Kenntnis genommen.

21. Jhr

Kolar meldet, dass die Polizeistelle vakant ist und dieselbe wäre daher zu besetzen. Im Namen der Verwaltungskommission beantragte er, dass die Stelle jetzt und in der Gemeinde vakant ist, unbesetzt bleiben soll.

Beschluss

Die Meldung wurde einstimmig angenommen.

22. Jhr

Kolar beantragte im Namen der Verwaltungskommission, dass in Zukunft für von Gemeinde gepachteten Grundstücken nur so viel in das Steueramt abgeliefert werden soll, wieviel die Gemeinde unter diesem Titel

15. Mai 1919 Oedenburger Arbeiterrat

Volkerversammlungen in der Provinz.
Sonntag nachmittags hielt die sozialistische Partei in Mattersdorf eine Volkerverammlung ab, an welcher bei zweitausend Personen teilnahmen. Redner war der politische Beauftragte Genosse Hartinger. Seine Ausführungen, betreffend die jetzige Lage, wurden mit größtem Interesse angehört und löste sich die Versammlung vollkommen beruhigt auf. Genosse Hartinger hielt Ansprachen, und zwar Montag in Forchtenau, Dienstag in Neufeld und Walbersdorf. Heute begibt er sich nach Büttelsdorf und Sieglitz.

einleibt, resp. nach Abzuge der Ausgaben zum Bleib, - wahl die Gemeinde wegen dem Alkohol verbot, ohne eigene Schuld, monatlich auf die Konsumsteuer daraufzahlt.

Beschluss

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hier ist die Finanzdirektion in Odenburg zu verständigen.

23. Jhr

Präses bittet den Rat, er möge beschliessen, ob das für die Gemeinde ihre nötige Heer in der Bobat, oder mit Tagelöhner bearbeitet werden soll.

Beschluss

Einstimmung wurde beschlossen, dass das Heer für die Gemeinde ihre und Tagelöhner bearbeitet werden soll, dafür aber die Springtaxe von 1 Kr. auf 5 Kr. erhöht wird.

Nachdem kein anderer Antrag gestellt wurde, schloss Präses die Sitzung.

J. G. O.

Johann Werder
Kolar



Welfing
Präses

Antuntizial:

Michael Lüder

Frederik Reiss

Österreichs Überlegungen betreffend Deutschwestungarn

14. Mai 1919 Wien. Christlichsozialer Entwurf einer neuen Verfassung.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung haben die christlichsozialen Abgeordneten Dr. Michael Mayr und Genossen einen Antrag, betreffend die Grundzüge der deutschösterreichischen Verfassung, eingebracht. Der Antrag enthält einen Gesetzentwurf über die „Verfassung des deutschen Bundesfreistaates Österreich,“ deren Einleitung lautet: „Wir freien Völker der selbständigen Länder Österreich nördlich der Enns, Österreich ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Heidenland und der Freistaat Wien schließen uns aus eigenem Antrieb und aus freiem Entschluß zum deutschen Bundesfreistaat Österreich zusammen und geben uns im Vertrauen auf Gottes gnädigen Beistand nachstehende Verfassung.“ ...

27. Mai 1919 Graz. Eröffnungssitzung der neuen Landesversammlung.

Die neugewählte steiermärkische Landesversammlung ist heute nachmittags zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Unter den 70 Abgeordneten befinden sich zwei christlichsoziale und zwei sozialdemokratische Frauen. Der frühere Landeshauptmann Dr. Kaan eröffnete die Sitzung, worauf Alterspräsident Hagenhofer den Vorsitz übernahm. Namens der christlichsozialen Partei kennzeichnete Abg. Dr. Ahrer die politischen und wirtschaftlichen Richtlinien, von denen sich die Partei des Redners bei den Arbeiten in der Landesversammlung leiten lassen werde. Seine Partei wolle das Selbstbestimmungsrecht des Volkes auch auf die Deutschen in Steiermark angewendet wissen. Darum fordere sie, daß die 350.000 Deutschen Westungarns in aller kürzester Zeit mit den Deutschen in Steiermark vereinigt werden. (Lebhafter Beifall.)

3. September

Staatssekretär Zsombor über die Anschlußfrage. Wir hatten noch in den späten Abendstunden Gelegenheit, über den Anschluß, resp. über den diesbezüglichen Passus des deutschösterreichischen Friedensvertrages, mit Staatssekretär Geza Zsombor zu sprechen. Der Staatssekretär äußert sich dahin, daß die deutsch-ungarische Frage hiemit noch bei weitem nicht entschieden ist. Der Vertrag spricht zwar Deutschwestungarn dem Nachbarstaate zu. Das Zusprechen dieses Landes teiles macht den Anschluß von einer Abstimmung nicht abhängig; was aber, wie Staatssekretär Zsombor behauptet, sogar eine Volksabstimmung nicht ausschließt, ganz abgesehen davon, daß die Anschlußfrage noch in den weiteren Phasen der Geschicke eine entgegengesetzte Lösung nehmen kann. Auch kann diese Friedensnote Deutschösterreich zu keinem Eingreifen und gegenüber ermächtigen, und ist ein militärisches Eingreifen Deutschösterreichs sogar wie int, kaum zu gewärtigen.

Die christlich nationalen Regierung sieht Deutsch-Westungarn nicht als verloren an. Bericht der „Ödenburger Zeitung“ vom 3. September 1919

Westungarn ohne Volksabstimmung Deutschösterreich zugesprochen.

In später Nachtstunde ist folgendes wichtiges Telegramm an den stellvertretenden Vizegespan-Obernotär Ferták gekommen, die er sofort telegraphisch weitergab und auch den Tagesblättern mitteilte:

Steinamanger, 2. September. Der Regierungskommissär Graf Sigray hat an die Vizegespanschaft Oedenburg folgendes Telegramm gerichtet:

Die Pariser Friedenskonferenz hat die von Deutschen bewohnten Gebiete Westungarns Deutschösterreich ohne Volksabstimmung zugewiesen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Entente mit uns die Friedensverhandlungen noch nicht einmal begonnen und ohne uns zu fragen, entschieden hat, erkennen wir diese Entscheidung für uns nicht als bindend an. Die bisherige Lage hat sich nicht geändert, daher sind die etwaigen Annexionsgelüste Oesterreichs, und die mit solcher Absicht etwa verführte Ueberschreitung der Grenze mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Waffen zu verhindern. Die Wachen und alle Militärformationen haben die österreichische Grenze scharf zu überwachen, die Ueberschreitung der Gemarkungen Ungarns durch Bewaffnete zu verhindern.

Repräsentanten Sitzung am 26. Juni 1920 in der Gemeinde Mattersdorf

„Der Notär meldet, dass zur Durchführung der Verordnung der Nationalminderheiten Z. 4644/1919 ist unbedingt notwendig, dass die Amtsprache die Repräsentanz beschliesst.

Mit einstimmigen Beschluss wird als Amtsprache die deutsche Sprache festgestellt.“

Die Anschlußbewegung in Westungarn.

Seit gestern sind in Wiener politischen Kreisen Gerüchte verbreitet, daß die Entente das Ersuchen Deutschösterreichs, ihm die Befreiung Deutsch-Westungarns zu gestatten, erfüllt habe.

Eine amtliche Bestätigung dieses Gerüchtes ist jedoch bis Stunde nicht zu erlangen. An den Wiener maßgebenden Stellen ist noch keine solche Verständigung eingetroffen.

Einstweilen bleibt die deutsche Bevölkerung Westungarns den Drangsalierungen durch die kabinettistischen magyarischen Truppen ausgeliefert. Die Besprechungen, die der kaiserliche Landeshauptmann Dr. Hintelen gestern auf ungarischem Boden mit Oberst Lehar und Funktionären der ungarischen Regierung hatte, scheinen keinen praktischen Erfolg gezeitigt zu haben, wenigstens liegen heute Meldungen vor, daß die ungarischerseits gemachten Zusagen wegen Freilassung der Verhafteten und Einstellung der Verfolgungen wegen der Rundgebungen vom letzten Sonntag nicht eingehalten werden.

Die Szeller-Brigade in Westungarn.

Wiener-Neustadt, 23. August. In Oedenburg ist die gesamte Szeller-Brigade in der Stärke von mehr als 4000 Mann eingetroffen, welche bis vor kurzem im Kampf mit den Rumänen gestanden sind.

Fortwährend laufen hier Mitteilungen über die Drangsalierung der Anschlußfreunde ein. In Rattersdorf werden Leute, die bei der „Neuen Woche“ gedient haben, grausam be-

handelt. In Oedenburg herrscht ein wahres Schreckensregiment. Gestern abends kamen mehrere Offiziere der Szeller-Brigade nach Wiener-Neustadt, deren Erscheinen in der Stadt großes Aufsehen erregte. Sie trugen auf ihren Kappen weiße Federn und ungarische Kollarden. Das Publikum nahm gegen sie Stellung. Die Stadtpolizei hielt die Offiziere an und übergab sie der hiesigen Staatspolizei. Nach ihrer Verhaftung wurden die Offiziere über die Grenze abgeschoben.

Magyarische Gewalttaten.

Aus Güssing wird uns unter dem 20. d. berichtet: Gestern hielten hier die magyarischen Offiziere eine „Siegesfeier“ ab, in deren Verlauf sie sich sinnlos betranken. Nachher mißhandelten sie einen Güssinger Bewohner, einen Tapeziere, dessen anschlussfreundliche Gesinnung bekannt war, und verwundeten ihn u. a. durch einen Bajonettschlag in den Oberschenkel schwer, so daß er ins Krankenhaus nach Steinamanger abgeführt werden mußte.

Die Sozialdemokraten Westungarns an die Wiener Parteileitung.

Fürstenseid, 23. August. Namens der westungarischen Sozialdemokraten richtete der Genosse Tanezis aus Güssing an die Wiener sozialdemokratische Parteileitung die Bitte, mit den Budapest Sozialdemokraten in Verbindung zu treten und diese zu veranlassen, von der Budapest Regierung die Einstellung der Verfolgungen und die Freilassung aller wegen der Anschlußrundgebungen vom Sonntag Verhafteten zu fordern. Die Verhafteten, die in der Hujarenkaserne von Steinamanger untergebracht sind, haben furchtbare Mißhandlungen zu dulden.

Militärische Aufrüstung Ungarns gegenüber Westungarn. Bericht des Weltblatts vom 24. August 1919

Deutschösterreich schwankt zwischen einem unabhängigen neuen Bundesland oder Anschluss an bestehende Bundesländer. Ungarn glaubt nicht, dass Deutschwestungarn zu Deutschösterreich kommt. Insbesondere wird Deutschösterreich keine militärische Aktionen durchführen.

13. Oktober Wien. Erklärungen des Staatskanzlers Dr. Renner und des Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß.

... Was Deutschwestungarn betrifft, so ist zwischen den Parteien Einstimmigkeit in der Richtung erzielt, daß dieses Land als gleichberechtigtes, selbständiges Land neben die übrigen Länder tritt. Die Gründe dafür sind - abgesehen davon, daß eine Rechtsangleichung nur allmählich erfolgen kann - das Vorhandensein slawischer und magyarischer Minderheiten in Westungarn, die, wenn dieses Land an Niederösterreich, beziehungsweise Steiermark angeschlossen würde, diese beiden Länder belasten würden. Die Vertrauensmänner Westungarns selbst haben den Wunsch ausgesprochen, daß dieses Land der gleichen Selbstregierung teilhaft werde wie die übrigen Länder Österreichs.



“Nur Wilsons Frieden“ Plakat der nationalen Propagandakommission

Ungarische Regierung unter Károly begründet die Integrität Ungarns auf die vorhandene wirtschaftliche und historische Einheit. Die Gebietsansprüche sollen nach Wilsons 14 Punkten durch Volksabstimmungen entschieden werden. Dagegen besetzen die Tschecho-Slowakei und Rumänien mit Unterstützung der Alliierten ihre geforderten bzw. zugeordneten Gebiete militärisch und schaffen damit politische Tatsachen.

Die „Vierzehn Punkte“

- Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt betrieben werden.
- Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen jene Meere, die ganz oder teilweise durch internationales Vorgehen zur Durchführung internationaler Verträge gesperrt werden.
- Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verbinden.
- Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß.
- Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, auf der genauen Beachtung des Grundsatzes beruhend, dass beim Entscheid in solchen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerungen ebenso ins Gewicht fallen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel zu entscheiden ist.
- Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, das das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Völker sichert, um für Russland eine ungehemmte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik herbeizuführen und ihm eine herzliche Aufnahme in der Gesellschaft der freien Nationen unter selbst gewählten Staatseinrichtungen, ja noch mehr, Hilfe jeder Art, deren es bedürftig sein und von sich aus wünschen mag, gewährleistet. Die Russland von seinen Schwesternationen in den nächsten Monaten gewährte Behandlung wird der Prüfstein ihres guten Willens, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse im Unterschied zu ihren eigenen Interessen und ihres verständigen und selbstlosen Mitgefühls sein.
- Belgien muss, die ganze Welt wird dem beipflichten, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich wie alle anderen freien Völker erfreut, zu beschränken. Kein anderer einzelner Schritt wird so wie dieser dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze wiederherzustellen, die sie selbst geschaffen haben und als maßgebend für ihre Beziehungen zueinander festgesetzt haben. Ohne diesen heilsamen Schritt bleibt die gesamte Struktur und die Gültigkeit des Völkerrechts für immer geschädigt.
- Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 in Beziehung auf Elsass-Lothringen durch Preußen angetan worden ist und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren erschüttert hat, muss wiedergutmacht werden, damit der Friede im Interesse Aller wiederhergestellt werden kann.
- Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit.
- Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden.
- Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. Serbien sollte ein freier und sicherer Zugang zur See gewährt werden, und die Beziehungen unter den verschiedenen Balkanstaaten zueinander sollten durch freundschaftliche Übereinkunft nach den bestehenden geschichtlichen Richtlinien der Zugehörigkeit und der Nationalität geregelt werden. Internationale Bürgschaften für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie die Unverletzlichkeit des Gebiets der verschiedenen Balkanstaaten sollten geschaffen werden.
- Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. Die Dardanellen sollten unter internationalen Bürgschaften als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen dauernd geöffnet werden.
- Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden.
- Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten.

Entente akzeptiert die Räteregierung als Verhandlungspartner nicht



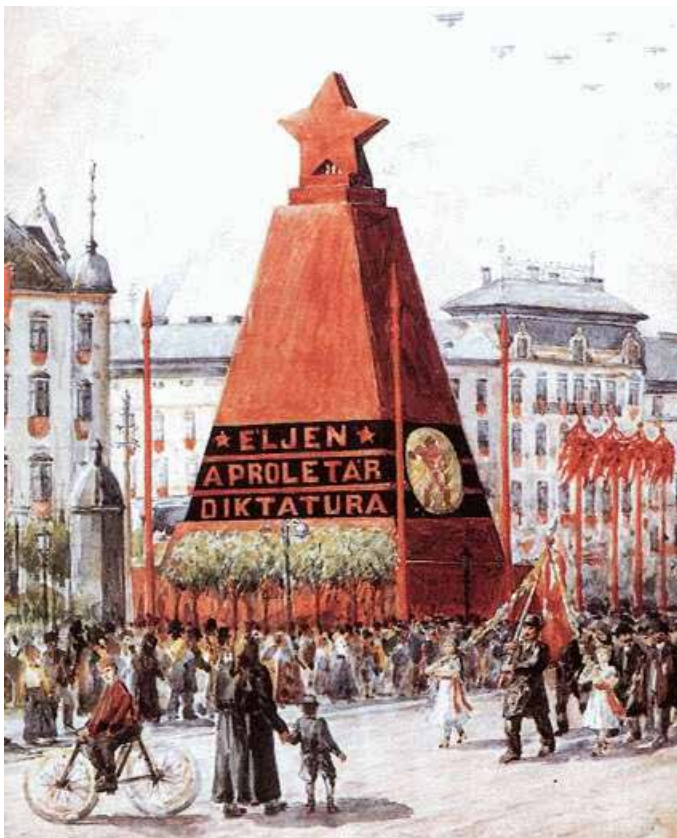
Bolschewistisches Gespenst am Verhandlungstisch



Béla Kun auf einer Versammlung in Ungarn.

27. Juli 1919 Paris. Pariser Erklärung über die Regierung Kuns. (Funkspruch.)

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben nachstehende Erklärung veröffentlicht: Den alliierten und assoziierten Regierungen wäre es sehr erwünscht, mit dem ungarischen Volke Frieden zu schließen und dadurch einen Zustand zu beenden, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas unmöglich macht und der Verpflegung der Bevölkerung unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Jedoch ist es unmöglich, das Verpflegungswerk zu beginnen, bevor nicht in Ungarn eine Regierung besteht, die den Volkswillen darstellt und die mit den alliierten und assoziierten Regierungen eingegangenen Verpflichtungen dem Buchstaben und dem Geiste nach ausführt. Die Regierung Béla Kuns entspricht diesen Bedingungen in keiner Weise. Nicht nur, daß sie nicht das ungarische Volk darstellt, greift sie gegenwärtig auch eine befreundete Macht an. Die alliierten und assoziierten Regierungen werden unter eigener Verantwortung jene Maßregeln ergreifen, die diese besondere Frage notwendig macht. Wenn Lebensmittel geliefert werden sollen, die Blockade aufgehoben, der wirtschaftliche Wiederaufbau begonnen werden und Frieden sein soll, muß das ungarische Volk durch eine tatsächlich repräsentierende Regierung und nicht durch eine solche, deren Autorität auf dem Schrecken beruht, vertreten sein. ...



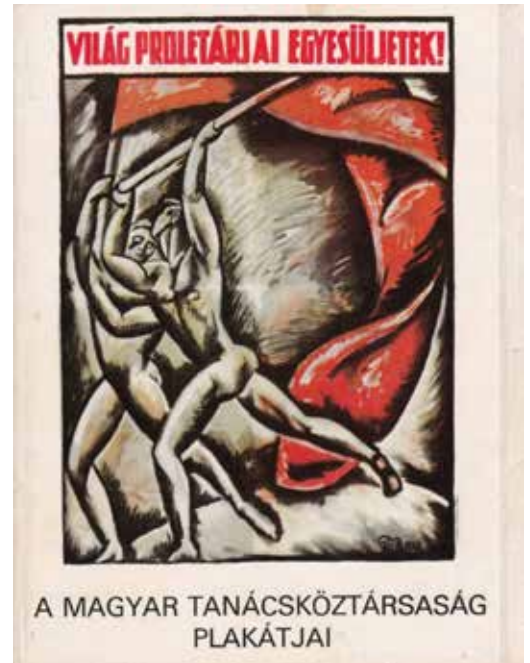
„Hoch der Proletariat Diktatur“. Zur Feier des 1. Mai errichtete Pyramide über die Baross Statue. Aquarell von Baky Albert.



Béla Kun mit Akten und Tibor Számuey mit Lederjacke am 1. Mai 1919 in Budapest.



Plakat der Räteregierung „Proletarier-Macht“



„Proletarier der Welt vereinigt Euch - Plakate des ungarischen Rates“: Plakat von Por Bertalan (1880-1964) Budapest 1919

**Die Alliierten
werden keinen Frieden
mit der ungarischen
Räteregierung schließen
und halten die
wirtschaftliche Blockade
weiter aufrecht.**

29. Juli 1919 Budapest. Aufrufe Sowjetungarns an das Weltproletariat.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet: Als Antwort auf die Erklärung der Entente, mit der ungarischen Räteregierung nicht zu verhandeln, hat die Räteregierung an das Proletariat der Welt einen Aufruf gerichtet, worin es unter anderem heißt: „Die Bourgeoisregierungen der Ententemächte wollen mit den Waffen der Aushungerung uns das abgeschüttelte Joch des Kapitalismus neuerdings aufzwingen. Die Ententeregierungen erklären, mit dem Räteungarn nicht verhandeln zu können, weil die Macht des Proletarierstaates nicht auf dem Volkswillen beruhe. Das sagen diejenigen, die entgegen dem Volkswillen einen Krieg eingeleitet und Jahre hindurchgeführt haben, die Bandenhäuptlinge aus exotischen Ländern zu ihren Verbündeten gemacht und Kolonien unterjocht haben. Von Terror sprechen jene, die die Völkermillionen in den diesen aufgezwungenen Krieg mit der Gewalt der Waffen gezwungen haben, die den Kampf der Arbeiterschaft für eine bessere Existenz mit Waffen ersticken und jedes bißchen lauterer Willensäußerung der Arbeiterschaft verstummen lassen. Man wirft uns Terror vor, während man unsere Kinder durch die Blockade ausrotten will. ...“

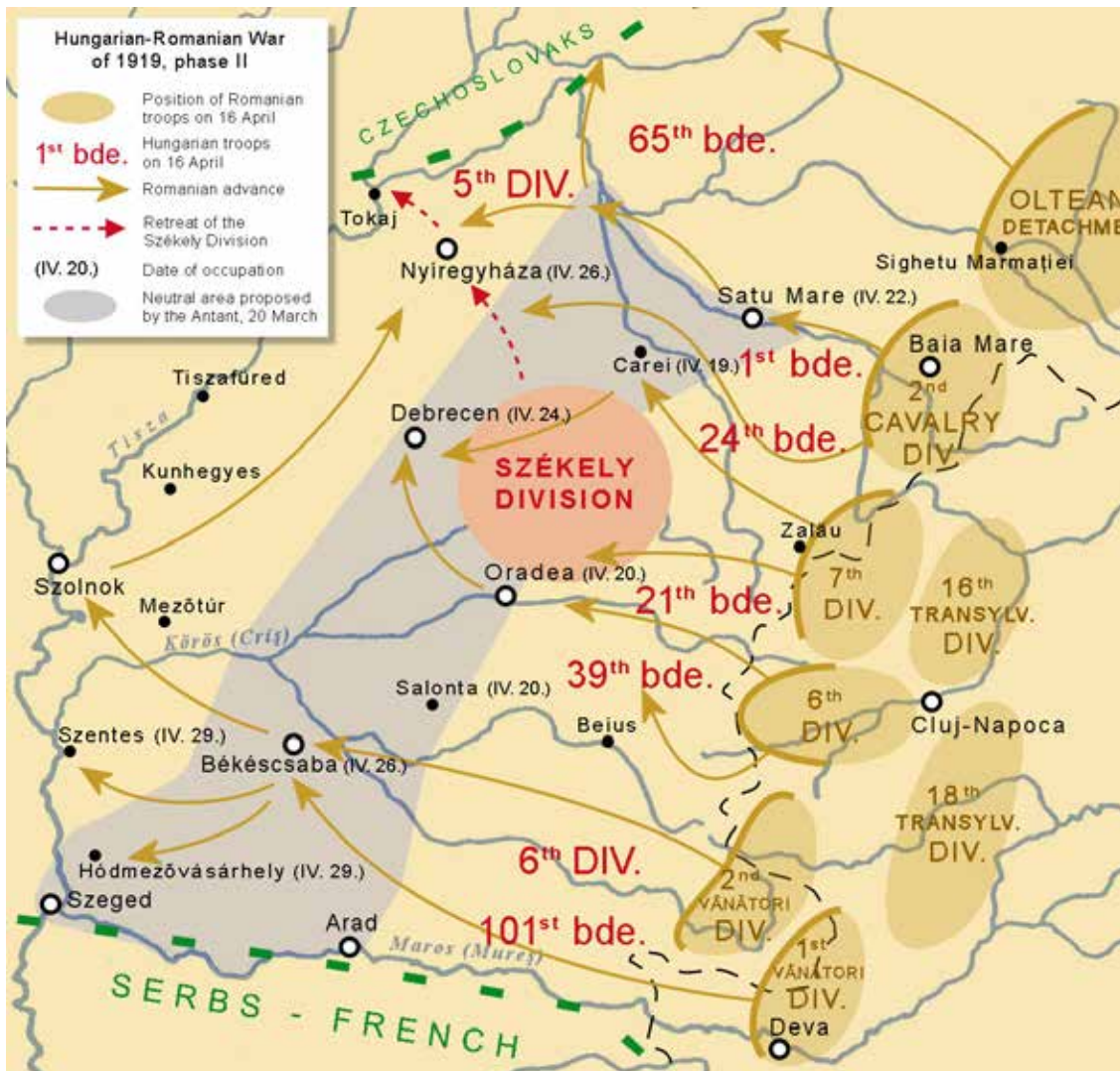


Propagandaplakate der Räteregierung in Budapest 1919
(Quelle: Fortepan/Péchy László)



„Proletarier! Vorwärts! Ihr seid die Erlöser der Welt!“ Plakat von Lajos Szántó 1919 (aus Széchény-Nationalbibliothek)

Rumänisch-Ungarischer Krieg



Militärisches Vorrücken des rumänischen Heeres in die demilitarisierte Zone. Diese ist in grau eingezeichnet und wird am 28. Februar 1919 von den Alliierten festgelegt. (Quelle es.wikipedia.org).



Die rumänische Division Székely in Szatmárnémeti/Satu Mare 2. März 1919. (Quelle Wikimedia)

Militärische Operationen des rumänischen und ungarischen Heeres um den Fluß Theiss im Juli 1919. In der Folge erfolgt der Durchbruch der rumänischen Armee in Richtung Budapest. (Quelle es.wikipedia.org).



Rumänische Truppen in Budapest August 1919 (Quelle: Wikimedia)



Rumänische Kavallerie in Budapest 1919



Rumänische Infanteriepatrolle in Budapest 1919 (Quelle: Wikimedia)

Räteregierung tritt zurück und Gewerkschaft-Regierung übernimmt die Macht

1. August 1919 Budapest. Abdankung der Räteregierung Garbai-Béla Kun und Übertragung der Gewalt an das sozialistische Ministerium Peidl.

In der heute nachmittags abgehaltenen Sitzung des Budapester Zentralarbeiterrates hat der revolutionäre regierende Rat der Räterepublik seine Demission gegeben. Die Regierungsgewalt wurde von einer aus den Vertretern der Gewerkschaften gebildeten rein sozialistischen Regierung unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten Julius Peidl übernommen. Die Regierung setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Ministerpräsident Julius Peidl, Minister des Innern Karl Payer, Kriegsminister Josef Haubrich, Minister des Äußern Peter Agoston, Unterrichtsminister Alexander Garbai, Justizminister Ernst Garami, Landwirtschaftsminister Josef Takacs, Finanzminister Josef Miakits, Minister für Handel und Gewerbe Anton Dovcsak, Ernährungsminister Franz Knittelhofer, Minister für Arbeit und Volkswohlfahrt Emmerich Szabo und Nationalitätenminister Viktor Knaller.

Die neue Regierung hat folgende Proklamation erlassen: An das ungarische Volk! Die Ententemächte haben ein Ultimatum an uns gerichtet. Sie forderten, daß die auf dem Boden des Rätesystems stehende Regierung durch eine andere Regierung abgelöst werde. An diese Bedingung knüpften sie den Beginn der Friedensverhandlungen. Die Regierung der ungarischen sozialistischen Räterepublik war der Meinung, daß gegenwärtige in zäher Widerstand den Ententemächten gegenüber nur zu nutzlosem Blutvergießen führen würde. Deshalb legte sie ihre Betrauung zurück. die vorläufige Verwaltung des Landes wurde über Betrauen seitens des Landes-Zentralarbeiterrates durch eine neue Regierung übernommen, die sich aus den früheren Führern der disziplinierten und bewaffneten ungarländischen Gewerkschaften konstituierte. Die neue Regierung stützt sich auf die Kräfte der selbstbewußten organisierten Arbeiterschaft. Ihr Ziel ist die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Beginn der Verhandlungen mit den Ententemächten. ...“

4. August 1919 Budapest. Einmarsch der Rumänen in Budapest.

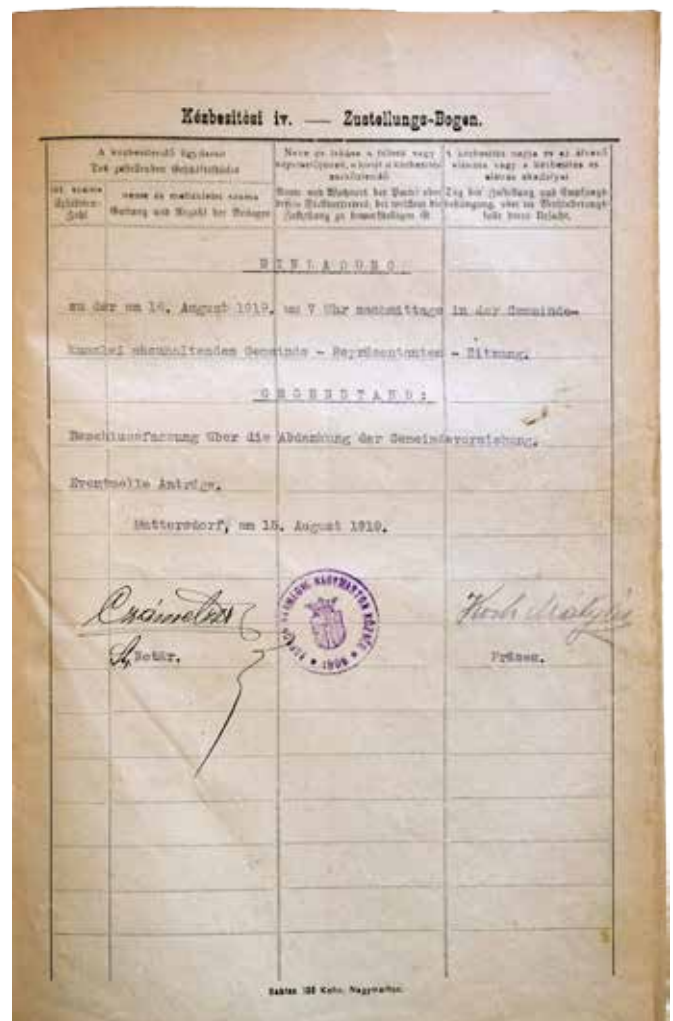
Heute sind die rumänischen Truppen in Budapest eingezogen.



Rumänische Truppen besetzen Budapest.

3. August 1919 Budapest. Die Pariser Friedenskonferenz über die neue Regierung in Ungarn.

Der Leiter der Budapester italienischen Mission Oberstleutnant Romanelli teilte der ungarischen Regierung folgende Telegramm mit, welches der Präsident der Pariser Friedenskonferenz Clémenceau unterm 2. d.M. an ihn gerichtet hat: Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Funkspruches vom 1. August dieses Jahres zu bestätigen, worin Sie die Abdankung der Regierung der Räterepublik, die Konstituierung einer neuen ungarischen Regierung und die Erklärungen dieser Regierung mitteilen, die wir dem Obersten Rat bekanntgaben. Der Rat der Alliierten ist der Ansicht, daß er sich nicht in die innere Politik der Ungarischen Republik einmengen und sich daher nicht mit den von zwei Mitgliedern der Wiener alliierten Missionen unterbreiteten Vorschlägen beschäftigen könne.



In Mattersburg tritt die bisherige Gemeindevorsteherung zurück

Die ungarische Rote Armee wird durch rumänisches Militär geschlagen. Rumänen besetzen Budapest. Die neue Regierung versucht mit den Alliierten in Verhandlung zu treten.

II-1919

Sitzungs-Protokoll.

Aufgenommen in der Gemeinde Mittersdorf am 16. August 1919 Nachmittags, Uhr abgehaltenen außerordentlichen Repräsentanten Sitzung.

Gegenwärtig:

Mathias Wölfling Richter als Präses, Josef Schukowski, Josef Bauer, Franz Döhl, Ludwig Schwerdtner, und Josef Crämetscher, Michael Krutz, Johann Mörs, Michael Löstl, Anton Bauer, Karl Köppl, Leopold Köppl, Bernath Sprinzeles, Andreas Feidler, Mathias Raucher, Nikolaus Steiger, Johann Wallner, Antonheimmarmann, Josef Seilgeb, Josef Zimmermann, Johann Döfner.

Der Präses eröffnet die Sitzung begrüßt die erschienenen Mitglieder und konstatiert, daß die Einladung ordnungsgemäß zu gestellt wurde.

Für Authentisierung dieses Protokolles wurden die Herren Nikolaus Steiger und Johann Wallner betraut.

Offiz.

Der Notar bringt zur Kenntnis, daß die frühere Gemeinde Vorsteherung demissioniert hat.

Offiz.

Ludwig Schwerdtner Notar stellt den Antrag da die Landesregierung gestützt ist, möge die

Die Gemeinde Repräsentanten nimmt die Demission einstimmig zur Kenntnis und ersucht dies dringend an den H. Oberstuhlrichter weiter zu leiten, da die Gemeinde ohne Vorsteherung nicht sein kann.

Umsturz und Installation einer Habsburger Regierung in Ungarn

6. August 1919 Budapest. Rücktritt des Ministeriums Peidl und Übernahme der höchsten Macht durch Erzherzog Josef. Berufung einer provisorischen Regierung Friedrich.

Heute um 7 Uhr abends erschienen im Minister-Präsidium General Franz Schnetzer, Polizeioberinspektor Julius Wolkeberg, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Johann Fritz und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Franz Csillery. Sie forderten, die eben zu einer Beratung versammelten Minister auf, abzudanken, mit der Begründung, daß sie nicht die Gesamtheit der Nation vertreten und, wie dies auch die Unruhen in Transdanubien beweisen, nicht imstande seien, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ministerpräsident Julius Peidl bat die Erschienenen, zu gestatten, daß die Regierung über diese Aufforderung kurze Zeit berate. Die wurde zugestanden. Die Regierung beschloß nach einer Beratung von 10 Minuten, zu demissionieren. Es wurde sofort das Demissionsprotokoll abgefaßt und von sämtlichen Ministern unterfertigt.

8. August. 1919 Budapest. Erzherzog Josef an Clémenceau.

Wie das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet, hat Erzherzog Josef an Clémenceau folgende Depesche gerichtet: Das teilweise aus Mitgliedern der ehemaligen Regierung Kun rekrutierte Ministerium haben wir getreu der Auffassung der Bevölkerung des Landes zur Abdankung aufgefordert, worauf dieses Ministerium gestern abends demissionierte und ein neues Übergangsministerium sich bildete. Ich als durch das neue ungarische Übergangsministerium ersuchter Verweser habe die Macht übernommen und die Regierung ernannt und betraut. Die Bevölkerung der Hauptstadt Budapest hat die Niederwerfung des Regimes des bolschewikischen Terrors mit großer Begeisterung zur Kenntnis genommen, und ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung des ganzen Landes hievon mit derselben Begeisterung Kenntnis nehmen wird.



István Friedrich übernimmt am 7. August die Regierung und wird ungarischer Ministerpräsident mit dem Erzherzog Josef als Regent.

23. August 1919 Budapest. Rücktritt des Gouverneurs Erzherzog Josef und Regierung Friedrich.

Infolge des heute aus Paris eingelangten Telegrammes, wonach die Entente mit der gegenwärtigen ungarischen Regierung und dem Erzherzog Josef nicht verhandeln könne, hat Erzherzog Josef heute seine Stelle als Gouverneur von Ungarn zurückgelegt. Im Zusammenhange damit hat auch die Regierung Friedrich demissioniert.

23. August 1919 St. Germain. Die Pariser Konferenz gegen den Erzherzog Josef.

Die Pariser Blätter veröffentlichen den Wortlaut der Note, die auf Initiative der amerikanischen Delegation und angesichts der Proteste der Tschecho-Slowaken, Jugoslawen und Italiener an die Budapester interalliierte Mission gerichtet worden ist. Sie lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Informationen der Mission sowie aus anderen Quellen stammende Mitteilungen (gemeint sind offenbar die Berichte Hoovers) über die letzten Ereignisse in Budapest neuerlich geprüft und sind zu folgenden Schlüssen gelangt: Sie haben den stärksten Wunsch, mit dem ungarischen Volk einen dauernden Frieden zu schließen, glauben aber nicht, daß dies geschehen könne, solange die gegenwärtige ungarische Regierung an der Macht bleibt. Diese Regierung ist nicht durch den Willen des Volkes errichtet worden, sondern durch einen von einer kleinen Polizeigruppe unter dem Schutze einer fremden Armee ausgeführten Staatsstreich. Ihr Chef ist ein Mitglied der Familie Habsburg, die sich durch ihre Politik und ihren Ehrgeiz zum großen Teil für das Unglück verantwortlich gemacht hat, an dem die Welt leidet und noch lange leiden wird. Der Friede, über den mit einer derartigen Regierung verhandelt würde, könnte nicht von Dauer sein, und andererseits können die alliierten und assoziierten Regierungen dieser Regierung nicht die wirtschaftliche Hilfe angedeihen lassen, deren Ungarn so notwendig bedarf.

Wenn Erzherzog Josef einwendet, daß er bereit sei, vor Eintritt in Verhandlungen mit den alliierten und assoziierten Regierungen sich über Probe einer Befragung des Volkes zu unterwerfen, so antworten wir ihm, daß uns dies nicht zufriedenstellen kann, weil die Wahlen unter der Leitung einer Verwaltung stattfinden würden, an deren Spitze sich der Erzherzog selbst befindet. In der gegenwärtigen unglücklichen Lage Ungarns ist es sehr schwer, durch Wahlen einen wirklichen Ausdruck des Volkswillens zu erhalten. Die Schwierigkeiten wären unübersteiglich, wenn die Wahlen unter der Kontrolle eines Habsburgers stattfänden. Selbst wenn die auf diese Weise gewählte Versammlung das Land wirklich repräsentierte, würde niemand daran glauben.

26. August 1919 Budapest. Verbleiben des Ministerpräsidenten Friedrich im Amte und Umbildung seines Kabinetts.

Im Laufe des gestrigen Tages erschienen zahlreiche Abordnungen beim Ministerpräsidenten Friedrich, um der Forderung ihrer Auftraggeber nach dem weiteren Verbleiben Friedrichs im Ministerpräsidium Ausdruck zu geben. Friedrich erklärte, Ungarn muß das christliche Land bleiben, das es war. Sozialisten und Nichtchristen dürfen keinen größeren Wirkungskreis für sich fordern, als ihnen infolge des Zahlenverhältnisses zukommt. Ich will nicht mit den alten Politikern arbeiten, sondern mit der arbeitenden Gesellschaft. ... In den späten Nachmittagsstunden erschienen neue Abordnungen beim Ministerpräsidenten, Vertreter der Bauernschaft aus dem Komitat Gran, Vertreter der Gewerkschaften der christlichsozialen Lehrer, Vertreter der Postangestellten, der Eisenbahnangestellten und vieler anderer christlichsozialer Vereinigungen.

Für die Richterstelle sind Andreas Jeidler, Mathias Koch, Michael Wilfing, für den Vizerichter Michael Koch Garten-
gasse, Josef Friesenbiller Bachgasse, Josef Sinawatz Forch-
tenauerstrasse vorgesehen. Der Vorschlag des Notärs auf
Grund des allgemeinen Friedens die Kandidatenliste dieser
Vereinigung zu akzeptieren, wird einstimmig angenommen.
Darüber wird der Oberstuhlrichter verständigt.

Dr. Alois Oetzer	✓	
Böckler János		Hajós János
Klein Mátys	✓	
Wilfing András	✓	
Schall János	✓	Hajós János
Gschotzer János	✓	Bannister
Wilfing Mátys	✓	Wilfing
		János Lindgr. -
		János Kopp. -

Für Kassenleiter-Stelle: Michael
Reich, Gailingang, Josef, Probst
Keller, Gailingang, Josef, Lina-
wehl, Fortschmann, Hans-
Für Geschworen-Stelle:



53

Festigung der christlichen und nationalen Regierung in Ungarn

7. Oktober 1919 Budapest. Ministerpräsident Friedrich für eine christlich und nationale Politik. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

... Der Ministerpräsident erklärte sodann: Vom ersten Tag an nahm ich den Standpunkt ein, mit den Vertretern der Sozialdemokraten, welche so leichter Dinge Kommunistenführer wurden und erst dann wieder Sozialdemokraten wurden, nachdem die große politische Wendung eingetreten war, mich nicht zusammen an einen Tisch zu setzen. (Lebhafter Beifall und Eljen rufe.) Nicht eine Regierung will ich mit ihnen bilden, sondern abrechnen will ich mit ihnen. Hier gibt es kein Verhandeln mehr. (Stürmischer Beifall.) Man sagt, daß in Transdanubien der weiße Terror herrscht, daß die „Friedrich-Buben“ die armen unschuldigen Juden hängen. Nun, ich übernehme die Verantwortung für das, was geschieht. In Transdanubien gibt es keine Judenverfolgung, sondern eine Kommunistenverfolgung. Daß aber fast jeder Kommunist ein Jude war, dafür kann ich nicht. Ich will dieses Land reinigen, aber ich will selbst dieses Werk verrichten und gehe nicht in die Nachbarschaft um einen Besen. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen den Mist hinausfegen. (Stürmischer Beifall und Rufe: Die Juden!) Es ist wahr, daß die Kommunisten zum großen Teile Juden waren. Diese werden auch die gerechte Strafe erhalten, aber das Gericht wird entscheiden, wer schuldig ist.

18. Oktober 1919 Budapest. Die Haltung des Episkopates.

Das christlichnationale Blatt „Uj Nemzedek“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Kardinal Fürstprimas Csernoch, der sich bezüglich der neu gegründeten Nationalpartei dahin äußerte, daß deren Programm sich in nichts von demjenigen der christlichsozialen Partei unterscheide. Er begreife nicht, weshalb man vor dem Worte „christlich“ zurückschrecke. In Zukunft sei nicht nur keine 48-er- und 67-er-Politik am Platze, sondern auch eine solche nicht, welche mit den abgenützten und kompromittierten liberalen Phrasen arbeiten will. Man brauche auch nicht zu fürchten, daß die christliche Politik sich gegen das Judentum richten werde, denn der Weg zu dem anständigen Judentum werde gefunden werden.

14. November 1919 Budapest. Abmarsch der rumänischen Truppen aus Budapest.

Die rumänischen Besetzungstruppen haben heute nachts Budapest verlassen. Der Sicherheitsdienst der Hauptstadt wird nunmehr außer von der Polizei und Gendarmerie von der unter dem Kommando des amerikanischen Obersten Rates stehenden Budapester Brachialgewalt aufrechterhalten. Diese hat die Bewachung der Bahnhöfe, Brückenköpfe und der wichtigsten öffentlichen Gebäude übernommen.

16. November 1919 Budapest. Festlicher Einzug des ungarischen Heeres in die Hauptstadt. Ansprache des Oberkommandanten Horthy an die Budapester Bürgerschaft.

Ans Anlaß des für heute angesetzten feierlichen Einzuges der nationalen Armee hatte ganz Budapest Flaggenschmuck angelegt. Trotz des regnerischen Wetters strömte schon in den frühen Morgenstunden eine ungeheure Menschenmenge nach dem Gellert- und dem Parlamentsplatz, wo die feierliche Begrüßung des Heeres durch die Behörden stattfinden sollte, sowie nach den Straßenzügen, durch welche die Truppen ihren Einzug halten. ... Auf die wiederholt durch stürmische Eljenrufe unterbrochene Rede des Bürgermeisters antwortete Oberkommandant Horthy, indem er zunächst für die freundlichen Begrüßungsworte dankte, um fortzufahren: Hier, am Ufer der Donau, rufe ich die ungarische Hauptstadt vor den Richterstuhl. Diese Stadt hat ihre Vergangenheit verleugnet, ihre Krone und die nationalen Farben in den Staub getreten und sich in rote Fetzen gekleidet. Diese Stadt warf ihre Besten in den Kerker oder jagte sie aus dem Land und verpraßte in einem Jahr alle unsere Güter. Wir verzeihen, wenn diese irregeleitete Stadt wieder zu ihrem Vaterlande zurückkehrt, wenn sie wieder von ganzem Herzen und aus ganzer Seele die Scholle liebt, in welcher die Gebeine unserer Vorfahren modern, wieder liebt diese Scholle, welche unsere Brüder auf den Dörfern im Schweiß ihres Angesichts bebauen, wieder liebt die Krone und das Doppelkreuz (Lang- anhaltende Eljenrufe und Rufe: Es lebe das christliche Ungarn!), wieder liebt die drei Hügel und die vier Flüsse, mit einem Wort, das ungarische Vaterland und die ungarische Rasse. (Stürmische Eljenrufe.)



Truppeninspektion durch Ministerpräsident Friedrich - im Hintergrund Oberkommandant Horthy

42/jkr.

Notar liest den Bericht über die Kommunisten-Zeit vor und beantragt im Namen der Vorstehung denselben anzunehmen und zu bewilligen, dass die Vorstehung an Sowjet Geld Verlust in der Gemeinsamen Gemeinde 3700 Kr., in der Kristengemeinde 15.220 Kr., in der Ernährungscassa 29.820 Kr., in der Gewerbeschulcassa 500 Kr. abschreiben kann. Weiter ersucht er im Namen der Vorstehung über den Verlust des H. Mathias Strodl und Josef Bauer zu beschliessen.

gen und danach den Comitat für Gutheissung vorzulegen.

Repräsentanten Sitzung am 9. November 1919 in Mattersdorf

„Der Notar liest den Bericht über die Kommunisten Zeit vor und beantragt im Namen der Vorstehung denselben anzunehmen und zu bewilligen, dass die Vorstehung an Sowjet Geld Verlust in der Gemeinsamen Gemeinde 3700 Kronen in der Kristengemeinde 15.220 Kr., in der Ernährungscassa 29.820 Kr., in der Gewerbeschulcassa 500 Kr. abschreiben kann. Weiter ersucht er im Namen der Vorstehung über den Verlust des H. Mathias Strodl und Josef Bauer zu beschliessen.“

„Der vorgelesene Bericht wird einstimmig angenommen, die Abschreibung der einzelnen Verluste bewilligt und nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, dass der Verlust des H. Mathias Strodl mit 2264 Kr. 54 H. laut Begründung des Berichtes vergütet wird, - und derselbe ist im Nachkassenvoranschlag einzustellen. Der Verlust des H. Josef Bauer wird, - weil bei ihm Requirierung so vorgenommen wurde wie bei den übrigen Besitzern, - nicht vergütet. Dieser Beschluss ist zur allgemeine Kenntnisnahme aufzulegen.“

Beschluss.

Der vorgelesene Bericht wird einstimmig angenommen, die Abschreibung der einzelnen Verluste bewilligt und nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, dass der Verlust des H. Mathias Strodl mit 2264 Kr. 54 H. laut Begründung des Berichtes vergütet wird, - und derselbe ist im Nachkassenvoranschlag einzustellen. Der Verlust des H. Josef Bauer wird, - weil bei ihm die Requirierung so vorgenommen wurde wie bei den übrigen Be-



25 Kronen Banknote, die während der Räte-regierung gedruckt wird. Die Rückseite bleibt unbedruckt

DER ANSCHLUß AN ÖSTERREICH- WIE ICH IHN IN MATTERDORF ERLEBTE

(Erzählung von Anton Steiger)

Die Österreichisch-Ungarische Monarchie lag also im Jahr 1918 in Trümmern da, und es dauerte nicht lange, da wurden Parolen laut: „Los von Ungarn, wir gehören zu Deutsch-Österreich“, hieß es bei uns in Mattersdorf. ...

Ein Ereignis war es, als der Budapester Universitätsprofessor und Vertreter der Deutschen im Parlament Dr. Jakob Bleyer nach Mattersburg kam und im großen Steigersaal eine Versammlung abhielt. Der Saal war voll von Menschen, ich selbst war auch dabei. Dr. Bleyer sprach ein schönes Deutsch mit etwas schwäbischem Akzent. Er vertrat einen eigenen Standpunkt, der später zu vielen Angriffen auf seine Person Anlaß gab. Wie in anderen seiner Reden und Artikel beschwor er auch in Mattersdorf die Versammelten, den Anschluß an Österreich nicht zu betreiben, sondern man möge Rücksicht auf jene Deutschen, denen es infolge der Lage ihrer Siedlungen nicht möglich sei, von Ungarn loszukommen, da sie doch mitten im ungarischen Sprachgebiet leben. Ihre Zahl sei weit größer als jene der Deutschen in Westungarn, eine Zersplitterung müsse um jeden Preis vermieden werden.

„Wenn ihr bei Ungarn bleibt“, sagte er, so sind wir stark genug, um von der ungarischen Regierung volle Freiheit und Selbstverwaltung für alle Deutschen zu verlangen. Wir fordern von der ungarischen Regierung ein eigenes Ministerium mit autonomen Rechten.“

Zum Schluß sagte er, die Hände erhebend: „Und sollte man uns das nicht gewähren, dann bin ich der Erste, der da kommt und sagen wird: Los von Ungarn!“

Dies war das einzige Mal, daß Dr. Jakob Bleyer in Mattersdorf gesprochen hat. Man hat ihn nicht mehr bei uns gesehen.

Es war alles in Frage gestellt und verunsichert. Doch unter Führung des Baupoliars Hans Suchard bildete sich ein Komitee, das unter der Parole „Heinzenland“ die Selbständigkeit für den Stamm der Heanzen erreichen wollte. Es sollte eine eigene Republik „Heinzenland“ entstehen. Die Bevölkerung war begeistert von diesen Bestrebungen, und es sah ganz so aus, als wäre das „Heanzenland“ im Kommen. Suchard selbst fuhr mit einigen Mitarbeitern nach Budapest, sprach dort bei der Regierung vor und versuchte, sein Anliegen durchzusetzen. Es wurde ihm viel versprochen, doch nichts gehalten.

Ich habe damals, als junger Bursche, einmal zugehört, wie einer dieser Männer zu meinem Vater sagte: „Eine Autonomie, wie es die Regierung in Budapest versteht, können wir auf keinen Fall akzeptieren. Wir müssen abwarten.“

Es kam dann alles anders. Der damalige ungarische Regierungschef Graf Michael Károlyi war mit seinen ehrgeizigen Plänen am Ende, die man nur als „Schnapsideen“ bezeichnen kann. Béla Kún hatte die Macht ergriffen, sein scharfes Regiment ist bekannt, da gab es auch für uns nichts mehr zu plaudern, die Parolen verstummten.

Eine Kompanie „Rote Garde“ kam nach Mattersdorf, sie wurde im Steiger-Saal einquartiert, und von dort aus wurde nun alles weitere Geschehen gelenkt. Es war jedoch ein Glücksfall für die Mattersdorfer, daß der Kommandant dieser Abteilung der „Roten Garde“ ein sehr humaner Mensch war, ein junger Offizier. Ein Ungar namens Caizmadia, vielleicht 25 Jahre alt. Dieser Offizier kam öfters zu einem Vater, und ich konnte ihren Gesprächen zuhören. Er war immer darauf bedacht, ja niemandem ein Unrecht zuzufügen oder auch nur ein Haar zu krümen.

Das stand sehr im Gegensatz zu anderen Bezirken des Komitats Ödenburg, in Kapuvár und Csorna hatte man so manche Leute aufgeknüpft.

Doch auch die Räteregierung hat bald ihren Geist aufgegeben. Nach ihr kam Admiral Horthy an die Macht. Horthy sandte zwar kein Militär nach Mattersdorf, doch er ließ die Grenze gegen Österreich besetzen. Diese Maßnahme war hauptsächlich gegen den Schmuggel gerichtet, denn der blühte damals ganz groß. Ganze Ochsenherden wurden über die Grenze getrieben, als Gegenleistung brachte man Salz, Leder und Textilien. Geschmuggelt wurde nach Strich und Faden, so mancher Schmuggler, der es richtig verstand, wurde in kurzer Zeit reich, manche hatten so viel Geld, daß sie unsern ganzen Hauptplatz hätten aufkaufen können. Doch es dauerte nicht lange, und das Geld war wertlos.

Die Grenzwaiche war im Übrigen gar nicht sehr daran interessiert gewesen, den Schmuggel zu unterbinden, denn die konfiszierten Waren konnten gut verkauft werden, und das war ein einträgliches Geschäft.

Das war damals die Zeit des „weißen Geldes“, denn die Banknoten waren nur auf einer Seite bedruckt.

Inzwischen ging die ungarische Regierung daran, für das Parlament Wahlen auszuschreiben, und die verschiedenen Parteien schickten auch nach Mattersdorf ihre Vertreter, um ihre Anhänger zu organisieren. Doch das gelang ihnen nicht, keine der Parteien fand Anklang.

Von der Behörde wurde eine Sitzung in das Extrazimmer des Platzwirthshauses einberufen und den Leuten nahegelegt, man möge doch Kandidaten namhaft machen. Aber man kam auf keinen grünen Zweig.

Als den Leuten vorgestellt wurde, man müsse doch einen Abgeordneten nach Budapest schicken, stand ein alter Bauer, Mathias Koch, auf und sagte: „Ja, wir sind bereit, einen Deutsch-Nationalen zu schicken.“

Damit war aber die Sitzung aufgehoben, denn ein solches Ansinnen konnten sich die Vertreter der ungarischen Behörde nicht gefallen lassen. Die Regierungspartei stellte dann den Agendorfer evangelischen Pfarrer namens Schulcz als Kandidaten auf, ohne die Bevölkerung viel zu fragen. Da es keinen Gegenkandidaten gab, galt er ohne Wahl als gewählt.

Schulcz war der letzte Abgeordnete des Bezirkes im ungarischen Parlament. Der Wahlbezirk deckte sich ja nicht mit dem politischen Bezirk, er war viel größer. Wie Agendorf gehörten auch Siegendorf, Neufeld und mehrere andere Gemeinde dazu. Der Abgeordnete Schulcz aber war bei uns völlig unbekannt.

Das Königtum Ungarn wird wiederhergestellt

12. Jänner 1920 Budapest. Huszar für die Wiederherstellung des Königtums.

Ministerpräsident Huszar weilte gestern unter seinen Wählern im Sarvarer Wahlbezirke, wo er in mehreren Volksversammlungen sprach. Er führte hiebei aus, die echt christliche Politik bestehe nicht darin, daß man den Nichtchristen hasse und beschimpfe. Die Feinde des Christentums müsse man mit konstitutionellen Mitteln innerhalb der gesetzlichen Formen aus dem öffentlichen Leben verdrängen. ...

12. Februar 1920 Budapest Die Ergebnisse der Parlamentswahlen. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Die Mitglieder der Nationalversammlung der Partei der christlichnationalen Vereinigung hielten heute eine Sitzung ab. Minister des Innern Benitzki erstattete hiebei über die bisherigen Wahlergebnisse einen Bericht, wonach 68 Kandidaten der christlichnationalen Partei, 5 Christlichsoziale, 4 Kandidaten der christlichsozialen Wirtschaftspartei, 3 Kandidaten der vereinigten christlichnationalen Partei der kleinen Landwirte und Bauern, 4 Kandidaten der christlichen Partei der kleinen Landwirte und Bauern, 71 Kandidaten der Landespartei der kleinen Landwirte und Bauern, 6 Nationaldemokraten und 3 Parteilose gewählt sind.



Restaurations der Monarchie durch Horthy

16. Februar 1920 Budapest. Feierliche Eröffnung der neugewählten Nationalversammlung. Begrüßung des Parlaments durch den Ministerpräsidenten Huszar.

Heute wurde die Nationalversammlung eröffnet. Die Mitglieder derselben hatten sich schon in den frühen Morgenstunden im Hause eingefunden. Das äußere Bild war von den sonstigen Eröffnungssitzungen verschieden, da die Abgeordneten diesmal nicht in ungarischer Gala, sondern in bürgerlicher und bauerlicher Kleidung erschienen waren. ...

Ministerpräsident Huszar begrüßt die Nationalversammlung, die im Namen Gottes ihre Arbeit beginne. Die Nation habe in der jüngsten Zeit vieles mitgemacht. Jetzt werde der Versuch unternommen, sie vom offenen Grabe wegzubringen. Jahrzehnte hindurch habe eine systematisch vorbereitete innere Zersetzung, eine von außen kommende Propaganda und eine falsche Demagogie die staatliche Ordnung zerstört, die Autorität untergraben und eine leichtfertige Wirtschaft die materielle Lage des Landes zu Grunde gerichtet. Infolge der Schwäche der bürgerlichen Elemente sei immer mehr und mehr eine Verschiebung nach links erfolgt und im letzten Augenblick die Nation infolge bewußten Verrates an den Rand des Unterganges geraten. (Schmach und Schande!) Der Ministerpräsident kommt sodann auf die Bolschewikenherrschaft zu sprechen und sagt: Die Millionen der ungarischen Arbeiter sind ihr vollständig fern gestanden. Der Präsident der Räteregierung Garbai hat in einer Rede gesagt, daß alles, was hier geschehen ist, eine Folge der in den Gewerkschaften verbreiteten Lehren gewesen sei. Die Nationalversammlung muß die Konsequenzen dieser Äußerung ableiten (Stürmischer Beifall.) Die Räteregierung hat auch eine Diktatur proklamiert. Wir dagegen vertreten jeder Diktatur gegenüber eine auf gesunder moralischer Grundlage fußende Demokratie. (Lebhafter Beifall.) Das größte Verbrechen, das gegen die Nation begangen wurde, ist jedoch gewesen, daß in einem Augenblick die Macht Sträflingen übergeben wurde. Der Abschaum einer degenerierten Rasse hatte die Macht an sich gerissen. (Händeklatschen und Rufe: Der Abschaum der Juden!) Es waren nicht nur Juden. Eine kleine Minorität wollte das ganze Land unter ihr Joch beugen. ...

Auf Antrag des Alterspräsidenten wurde sodann der Beschluß gefaßt, vier Sektionen zur Verifizierung der Mandate zu wählen. Nach einer Pause erfolgte die Überreichung der Mandate. Der Alterspräsident teilte mit, daß mehrere Mandate angefochten worden sind, darunter das Raab-St. Martoner Mandat des Ministers Stephan Szabo von Szokoropatka, das Mandat des Abg. Edmund Scholtz (Mattersdorf) und jenes des Abg. Paul Szandor (7. Budapester Bezirk).

2. Februar 1920 Paris. Die Pariser Botschafterkonferenz gegen die Wiederkehr der Habsburger nach Ungarn. (Meldung der Agence Havas.)

Die Botschafterkonferenz hat eine Entschließung angenommen, worin die alliierten Hauptmächte formell bestreiten, daß sie bereit wären, die Wiedereinsetzung der Habsburger in Ungarn anzuerkennen oder zu begünstigen, und erklären, daß sie im Widerspruch zu den Grundlagen des Friedensvertrages stünde und von den Alliierten weder anerkannt noch geduldet werden würde.

1. März 1920 Budapest. Admiral Nikolaus von Horthy erwählter Verweser von Ungarn. Festliche Wahlsitzung der Nationalversammlung.

Aus Anlaß der Wahl des Reichsverwesers sind die Hauptstraßen der Stadt mit Fahnen in den nationalen und städtischen Farben reichgeschmückt. Die Abgeordneten haben sich zur Festsitzung der Nationalversammlung fast vollzählig eingefunden. Die Galerien sind dicht besetzt. In der Diplomatenloge wohnten zahlreiche Vertreter der Ententemissionen, ferner der österreichische Gesandte Cnobloch und der österreichische Konsul Hornbostel der Sitzung bei.

Um 1/2 11 Uhr eröffnete Präsident Rakovszky die Sitzung. Er teilte mit, daß Gegenstand der Tagesordnung die Wahl des Reichsverwesers sei. (Lebhafte Rufe: Eljen Horthy!)

Da das Gesetz die Vornahme einer geheimen namentlichen Abstimmung vorschreibt, geben die Abgeordneten über Namensaufruf ihre Stimmzettel ab. Es wurden 141 Stimmzettel abgegeben, wovon 131 auf Horthy entfielen. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen und applaudierten minutenlang. Auf den Grafen Julius Apponyi entfielen 9 Stimmen. Ein Stimmzettel war leer.



Horthys Ankunft im Parlament am 1. März 1920 gefolgt von Premierminister Huszár Károly

2. März 1920 Budapest. Präsident Rakovszky eröffnet um 11 Uhr die Sitzung der Nationalversammlung.

Abg. Bela Tury unterbreitet im Namen des staatsrechtlichen Ausschusses einen Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Wahl des Reichsverwesers. Präsident Rakovszky macht hierauf folgende Mitteilung: Als wir gestern dem Verweser von Ungarn den Eid abnahmen, ereignete es sich, daß das Parlamentsgebäude ohne Zustimmung des Präsidenten von einem Militärkordon gesperrt und den Abgeordneten die Möglichkeit des freien Ein- und Austrittes entzogen wurde. Das ist eine so schwere Verletzung der Immunität, daß sie nie und nimmer, besonders aber nicht in solchen Zeiten, von der Nationalversammlung geduldet werden darf. Es hat sich ereignet, daß ein Mitglied der Nationalversammlung, Finanzminister Koranyi, nicht ins Haus gelassen wurde und daher nicht in der Lage war, als Abgeordneter seine Stimme bei der Wahl abzugeben. (Rufe: Unerhört!) Hier hat das sogenannte Osztburger-Detachement auf eigene Faust Verfügungen getroffen, welche die Unabhängigkeit des Parlaments, die Immunität der Abgeordneten und die Freiheit der öffentlichen Verhandlungen verletzen. ...Quästor Lukovich (Partei der kleinen Landwirte) erklärt, daß ohne seine Zustimmung das Haus von einem Militärkordon umgeben worden sei; 160 Offiziere hätten die Korridore und verschiedene Räumlichkeiten besetzt. ...

21. März 1920 Budapest. Ungarns gesetzliche Staatsform das Königtum.

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung, worin darauf hingewiesen wird, daß das Gesetz über die Wiederherstellung der Verfassung und die vorläufige Regelung der Ausübung der staatlichen Obergewalt zwar festgestellt habe, daß die Ausübung der königlichen Macht seit dem 13. November 1918 aufgehört habe, doch sei die tausendjährige Staatsform Ungarns nicht abgeändert worden. Weder die Königswürde noch die königliche Macht als Rechtsinstitut sei abgeschafft worden. ...



“Sie waschen sich“ Plakat aus 1921

Die Wahl der Mitglieder der Nationalversammlung ohne Teilnahme von sozialistischen Parteien bringt die Mehrheit für die christlich nationalen Parteien. Die ungarische Regierung greift auf die nationalen Symbole zurück, Horthy wird Reichsverweser des Königreichs Ungarn

Ödenburger Zeitung 28.August 1919

Die das Komitat bereisenden Minister weilten vorgestern, den 26.d.M., in Mattersdorf. Es ist daselbst eine Bewegung im Zuge, welche eine Änderung der derzeitigen Wahlordnung, sowie die Herabsetzung der Preise für Tabak und Rauchsor-ten anstrebt. - Die zum Empfange der Minister versammel-ten Ortsvorstehungen, Abordnungen der Gemeinden und der zum Bezirk Groß-Mattersdorf gehörigen Ortschaften haben an den Ministerpräsidenten, die amerikanische, englische, französische und italienische Mission in Budapest das nach-stehende Telegramm gerichtet:

„Ueber ausgesprochenen Wunsch der Entente ist Erzher-zog Josef und die Regierung zurückgetreten. Die Bildung des neuen Kabinetts ist im Zuge. Der prinzipielle Wunsch der Entente ist, daß Ungarn ein Ministerium besitze, in welchem die sämtlichen Gesell-schaftsschichten des Landes vertreten sind. Wir erlauben uns der sehr geehrten Mission vorzu-bringen, daß wir ausschließlich nur solch eine Regierung anzuerkennen und zu unterstützen geneigt sind, welche christliche Ziele und Ideale und das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Wes-tungarns vertritt.“



Ungarische Stephanskrone



Ungarisches Wappen wird vom 6.November 1915 bis 29.November 1918 und von August 1919 bis 1946 verwendet

Internationaler Boykott gegen Ungarn

4. Juni 1920 Budapest. Das Standrecht gegen Ordnungsstörungen. (Ung. Tel. Korr.-Bur.)

Eine heute plakatierte, mit der Unterschrift des Ministerpräsidenten Simonyi-Semadam versehene Kundmachung besagt: Die Zukunft der Nation verlangt in den jetzigen schwierigen Zeiten von allem die Aufrechterhaltung der Gesetzmäßigkeit, der Rechtsordnung und der öffentlichen Sicherheit. Es ist eine gebieterische Pflicht jedes wahren Patrioten, mit voller Hingebung die Regierung in diesem ihrem Bestreben zu unterstützen. Es gibt noch immer unpatriotische Elemente, welche aus Böswilligkeit oder Verblendung die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu untergraben suchen. Es gibt sogar Leute, die unter Mißbrauch der Uniform der Nationalarmee aus dem unbefleckten Ruf dieser Institution einen Schatten zu werfen trachten. Gegenüber diesen bedauernden Erscheinungen ist die Regierung fest entschlossen, im Sinne des seinerzeit publizierten Standrechtes (Statutum) mit rücksichtslosester Strenge vorzugehen. Unter das Standrecht fallen: Aufruhr, Mord, Raub und Brandstiftung.

...

8. Juni 1920 Paris. Boykott gegen Ungarn. Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsverbandes zu Amsterdam.- (Funkspruch.)

Der Internationale Gewerkschaftsverband hat kürzlich beschlossen, über Ungarn den Boykott zu verhängen und von Sonntag, den 20. Juni, an jede Verbindung mit diesem Land abzubrechen. Nach Begründung dieser Maßregel mit den in Ungarn verübten Grausamkeiten, die bei weitem die Grausamkeiten des in Rußland gestürzten Zarismus überträfen, wendet sich der Verband an die Arbeiter aller Länder mit der Aufforderung, jede Arbeit zu verweigern, aus der direkt oder indirekt Ungarn Nutzen ziehen könnte.

30. Juni 1920 Wien. Boykott

Der Boykott hat in Österreich in der Nacht vom 19. auf den 20. d. M. begonnen. Im Laufe der nächsten Tage ist der Bahn-, Schiffs-, Post- und Drahtverkehr mit Ungarn nahezu vollständig eingestellt worden. Der Boykott dauert an.

31. Juli 1920 Wien.

Der Boykott gegen Ungarn ist in Österreich während des ganzen Juli aufrechterhalten worden.

25. August 1920 Budapest. Einführung der Prügelstrafe. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Die Nationalversammlung hat heute den Gesetzentwurf über den nachdrücklicheren Schutz des Vermögens, der Moral und der Person in Verhandlung gezogen. Der Gesetzentwurf sieht die Einführung der Stockstrafe vor.



Der Arbeiterboykott gegen Ungarn: Ein austrangierter Güterzug, dessen erster Waggon die Aufschrift trägt: „Naghar, nicht expedieren“ am Wiener Nordbahnhof.

Photogr. J. Versheid, Wien.



21. Juli 1920 Budapest. Ministerpräsident Graf Teleki über das Programm der neuen Regierung. Erklärungen im Klub der Regierungspartei und in der Nationalversammlung. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Das neue Kabinett stellte sich gestern abends der Regierungspartei vor. Ministerpräsident Graf Teleki gab in kurzen Umrissen das Programm seiner Regierung bekannt. ... Heute sind wir ebenso die Vorposten Europas wie damals die Gegenrevolutionäre die Vorposten jenes Ungartums waren, das heute Ungarn lenkt, heute find uns die gleichen Pflichten übertragen worden, die seinerzeit die Gegenrevolutionäre auf sich genommen hatten, nicht nur uns gegenüber, sondern ganz Europa. In diesem Kampfe müssen wir uns behaupten, denn wenn wir dies nicht tun, treten für ganz Europa schwere Folgen ein. Ich hoffe, daß es die ganze Welt wahrnimmt, daß wir jetzt Vorpostendienste versehen, daß wir dazu auserkoren sind, denn wir waren es, die es zuerst in Europa wagten, die christliche und nationale Richtung einzuschlagen. Ich hoffe, daß uns dafür das ganze christliche Europa seine Anerkennung zollen wird, und daß wir in Europa einen Kampfgenossen finden, mit dessen Bei stand wir den Kampf, der gleichzeitig auch der Kampf Europas ist, siegreich werden beenden können. ...

Ein Kampf ist hier im Gange, in ganz Europa, ein Kampf zwischen zwei Richtungen, dem Internationalismus und dem Nationalismus, zwischen christlicher und antichristlicher Richtung. Diesen Kampf müssen wir, indem wir die Aufgabe des Bannerträgers übernommen haben, ausfechten. ...



Ministerpräsident Teleki Pál

Standrecht und Verfolgung der Juden und Anhänger der Räteregierung

7. August 1920 Budapest. Die Judenfrage.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Vorlage über die Erweiterung des Rechtskreises des Reichsverwesers in dritter Lesung angenommen.

Abg. Budaveny begründet hierauf seinen Antrag, betreffend die institutive Lösung der Judenfrage in Ungarn. Die Lösung dieser Frage, führt er aus, hätten 90 Prozent der Abgeordneten bei den Wahlen versprochen. Es sei nicht zu leugnen, daß es in Ungarn eine Judenfrage gebe. Die Schuld an dem traurigen Schicksal Ungarns trügen die Juden. Redner beantragt, den Juden in Ungarn Grundbesitz und Grundpacht zu entziehen. Juden dürften nicht mehr als ein Haus besitzen, überflüssige Wohnräume müßten ihnen abgenommen werden. Juden dürfen ferner keine Niederlassungsbewilligung und kein Bürgerrecht verliehen werden. Die seit dem 1. Jänner 1914 eingewanderten Juden müßten aus Ungarn abgeschoben werden. Ihr seit dem Kriege erworbenes Vermögen sei zu konfiszieren. Juden dürfen weder Lehrer noch Professoren werden. Private jüdische Lehranstalten seien einzustellen. In jüdischen Händen befindliche Theater- und Lustbarkeitsunternehmungen seien strengstens zu kontrollieren. Juden dürfen keine Theaterdirektoren werden. Es dürfen ihnen keine staatlichen Bauten und Lieferungen übertragen werden. Sechzig Prozent der Fabriksunternehmungen sind den Arbeitern zu übergeben. Rohstoffe dürfen nur Christen erhalten. Juden dürfen keine christlichen Dienstboten halten. Juden dürfen ferner keine Zeitungsunternehmungen leiten. Die Journalisten haben einen Eid hinsichtlich ihrer patriotischen Haltung zu leisten. Juden dürfen nicht Minister, Staatssekretäre, führende Staatsbeamte oder Beamte der Auslandsvertretungen, ferner keine Soldaten und keine Polizeiangestellten sein. Alle Teilnehmer an der bolschewistischen Bewegung und diejenigen, die mit dem Feinde zum Schaden der ungarischen Nation ein Einvernehmen gepflogen haben und für den Bolschewismus agitieren, sind standrechtlich zum Tode zu verurteilen. Das Haus beschließt hierauf, den Antrag in Verhandlung zu ziehen. Der Antrag wird seinerzeit vom Präsidenten auf die Tagesordnung gestellt werden.

8. September 1920 Budapest. Die Hinrichtungen unter der Räterediktatur. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Wie „Pesti Naplo“ meldet, hat das Budapester Strafgericht eine Liste der während der Proletarierdiktatur in Budapest und in der Provinz Hingerichteten, beziehungsweise ermordeten Personen zusammengestellt. Danach wurden nach den bisher vorliegenden Daten in Budapest durch die Revolutionsgerichte 6, durch vom Regierenden Rat Beauftragte 5, von Terroristen 18, von Roten Soldaten 8 Personen, zusammen 37, ermordet. In der Provinz wurden durch Revolutionsgerichte 32, durch vom Regierenden Rat Beauftragte 163, durch Terroristen 60 und von Roten Soldaten 37, zusammen 292 Personen, ermordet.

3. Dezember 1920 Budapest. Die Parteien und das nationale Königtum. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Dem Beschlüsse der Regierungspartei, wo nach die Partei auf dem Standpunkte des unabhängigen nationalen Königtums stehe und die Pragmatische Sanktion als erloschen betrachte, ging eine längere Debatte voraus, in der sich fast alle Redner einmütig für den Beschlußantrag aussprachen. ...

Ministerpräsident Graf Teleki erklärte schließlich, daß auch die äußeren Umstände die Rückkehr König Karls verhindern, da dieser ohne Zustimmung der Entente die Schweiz nicht verlassen dürfe. Nachdem sich auch der Ministerpräsident für das nationale Königtum ausgesprochen hatte, wurde ein Ausschuß zur Textierung der mit der Verfassungsrevision zusammenhängenden prinzipiellen Fragen eingesetzt.

Die ungarische Regierung verfolgt Andersdenkende und verspricht die Judenfrage zu lösen.



18. November 1919 Budapest.

In einer heute abends stattgehabten interparteilichen Konferenz wurde den Parteiführern zur Kenntnis gebracht, daß der Vertreter der Entente keine Einwendung dagegen erhebe, wenn Karl Huszar an die Spitze der Regierung gelange.

22. November 1919 Budapest. Eine Konferenz der Parteien für die Ministerpräsidentenschaft Huszars und für eine christliche und nationale Politik.

Gestern nachmittags fand die vom designierten Ministerpräsidenten H u s z a r einberufene Konferenz der Vertreter der Parteien statt. Huszar eröffnete die Konferenz mit einer Ansprache, in der er auf die Notwendigkeit verwies, daß in kürzester Frist, womöglich noch in diesem Jahre, eine Volksvertretung gewählt werde, und betonte, daß in der Frage der Staatsform am besten eine Volksabstimmung entscheide, die nur während der Dauer der Nationalversammlung stattfinden könne, sobald der Friede definitiv geschlossen sein wird. ... Der Oberkommandierende der Nationalarmee von H o r t h y erklärte, er glaube, feststellen zu können, daß das Koalitionskabinetts schon gebildet sei und daß die noch obwaltenden kleinen Meinungsverschiedenheiten dem Ergebnis nicht mehr im Wege stehen können. Er betonte ferner die Notwendigkeit der strengen Aufrechterhaltung der Preßzensur vom militärischen Gesichtspunkt aus. ... Hierauf wurde folgender Beschlusantrag einstimmig mit Begeisterung angenommen: Die Volksversammlung der Partei der christlichnationalen Vereinigung faßt den Beschluß, daß nur eine christlich und national gerichtete Regierungspolitik dem Willen des Landes und den Lebensinteressen des ungarischen Volkes entspricht. ... Im Zusammenhänge damit fordert sie, daß die seit dem Juli 1914 aus Galizien eingewanderten, für die ungarische Nation Verderben bringenden und vom Kettenhandel lebenden fremden Elemente innerhalb einer angemessenen Frist des Landes verwiesen werden. Die Organisation der Arbeiterschaft darf in Zukunft nur auf christlicher und nationaler Grundlage erfolgen. ...

12. Dezember 1919 Budapest. Hinrichtung von Terroristen.

Heute um 10 Uhr vormittags wurden die Urteile im Terroristenprozeß gefällt. Der Gerichtshof verurteilte vierzehn Angeklagte zum Tode durch den Strang,

23. Dezember 1919 Budapest. Steckbrief gegen Alexander Garbai.

Die Budapester Staatsanwaltschaft hat gegen den gewesenen Präsidenten der Räteregierung Alexander G a r b a i wegen Aufreizung zum Morde in 204 Fällen einen Steckbrief erlassen. Garbai soll sich in Klausenburg befinden.

21. Dezember 1919 Budapest. Wahlrede des Ministerpräsidenten Huszar. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Ministerpräsident Huszar hielt heute in Csongrad eine Wahlrede, in der er u. a. erklärte, daß es in Ungarn nur ein christliches Regime geben könne. Wer dagegen hetze und einen neuen Umsturz hervorrufen wolle, werde, sich der starken Hand der Regierung und der ungarischen Nationalarmee gegenüber



Ministerpräsident Huszar
Károly

befinden. Die ganze Nation müsse sich um die Trikolore scharen, um das Land durch Arbeit und Achtung der Gesetze wieder aufzurichten. Bezüglich der Judenfrage erklärte der Ministerpräsident, daß er keinen Antisemitismus im Laude machen wolle, sondern einen Christianismus. Er wolle keine Feindseligkeiten, aber es dürfe darüber kein Zweifel bestehen, daß das ungarische Volk ein Recht habe, seine Nasse in Ehren zu halten und sie zu unterstützen. Ich schätze meine fleißigen und ehrlichen jüdischen Mitbürger, schloß der Ministerpräsident, die produktive Arbeit leisten, aber es hat unter ihnen viele gegeben, die bestrebt waren, die tausendjährigen Fundamente dieses Landes zu untergraben. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden mit großem Beifall ausgenommen.



„Rotes Parlament! Die Stimme für die Sozialdemokraten.“ Propagandaplatkat der Sozialdemokraten für die Wahlen

Die Alliierten akzeptieren eine christliche und nationale Regierung unter Ausschluss der Sozialisten für den Friedensvertrag.

Pariser Friedensverhandlung mit ungarischer Regierung

2. Dezember 1919 Budapest. Einladung des Pariser Obersten Rates an Ungarn zu Friedensverhandlungen in Neuilly. Annahme durch Ungarn.

Im Namen der interalliierten Militär Mission hat General Bantholtz heute ein Schreiben an Ministerpräsidenten Huszar gerichtet, in dem ihm auftragsgemäß folgende Botschaft Clémenceaus, Präsidenten der Friedenskonferenz, mitgeteilt wird: Der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte hat nach Anhörung des Budapester Abgesandten Sir George Clark beschlossen, die ungarische Regierung zu ersuchen, nach Neuilly, Chateau de Madrid Vertreter zu entsenden, die mit den nötigen Vollmachten versehen sind, um den Frieden mit den alliierten und assoziierten Mächten abzuschließen. Wir ersuchen deshalb die ungarische Regierung, ihre Beauftragten in kürzester Zeit nach Neuilly, Chateau de Madrid, zu entsenden. Ministerpräsident Huszar hat in seinem Antwortschreiben den Empfang dieser Botschaft bestätigt und mitgeteilt, daß er für heute nach mittags den Ministerrat einberufen habe, dem er die Botschaft Clémenceaus unterbreiten werde.

20. Dezember 1919 Budapest. Die ungarische Friedensabordnung. Graf Albert Apponyi mit der Führung betraut.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau veröffentlicht die Liste der bisher als Mitglieder der Friedensdelegation nominierten Personen. Als Präsident wird, wie bereits gemeldet, Graf Apponyi, als Hauptdelegierte werden Graf Paul Teleki, Graf Stephan Bethlen, Dr. Alexander Popovics, Baron Wilhelm Lerch, Dr. Bela Zoltan und Graf Ladislaus Somssich fungieren.

5. Jänner 1920 Budapest. Abreise der ungarischen Friedensabordnung mit ihrem Führer Grafen Apponyi nach Paris.

Die erste Gruppe der ungarischen Friedensdelegation ist heute vormittags nach Paris abgereist. Ministerpräsident Huszar hielt im Bahnhof an den Führer der Delegation Grafen Apponyi eine Ansprache, worin er u. a. ausführte, daß die ungarische Friedensdelegation vom großen Rat der Völker Gerechtigkeit und Billigkeit für eine tausendjährige Märtyrernation erbitte. Was unser harret, sagte der Ministerpräsident, wird nicht nur das Schicksal des Ungartums entscheiden, sondern auch die Dauerhaftigkeit des Friedens.

Graf Apponyi erwiderte u. a.: Die Delegation geht mit unerschütterlichem Vertrauen auf Gott und die gerechte Sache der ungarischen Nation der Lösung ihrer schweren Aufgabe entgegen. Was immer auch die Zukunft bringen mag, eines kann ich jetzt schon sagen: das Schicksal der Nation wird sich nicht bei diesem Friedensschluß entscheiden. Was immer sein Ergebnis sein wird, eines kann man den Ungarn nicht rauben: den durch ein Jahrtausend erprobten unverwundlichen Willen zum Leben. (Lebhafte Zustimmung.) ...

15. Jänner 1920 Paris. Überreichung des Friedensentwurfes an die Abordnung. Ansprache Clémenceaus. (Funkspruch.)

Der ungarischen Friedensdelegation wurde heute im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten unter Beisein Clémenceaus, Lloyd-Georges, Nittis und Matsuis der Friedensvertrag mit Ungarn übergeben. ... Clémenceau hielt dabei folgende Ansprache: „Herr Präsident! Meine Herren ungarischen Delegierten! Die für Ungarn in Vorschlag gebrachten Friedensbedingungen wird Ihnen der Generalsekretär der Friedenskonferenz überreichen. (Gleichzeitig übergab Generalsekretär

Hermette ein Exemplar der Friedensbedingungen dem Grafen Apponyi). Der Oberste Rat hat Ihren Wunsch entgegengenommen, wonach Sie über die Lage Ungarns ein Exposé geben wollen. Der Oberste Rat hat einstimmig beschlossen, Ihrem Wunsche stattzugeben. Der Zeitpunkt der Abgabe Ihrer Erklärung wurde auf morgen nachmittags verschoben.“



Graf Albert Apponyi kommt am 15. Jänner am Quai D'Orsay an, um den Entwurf des Friedensvertrages für Ungarn zu erhalten.

17. Jänner 1920 Budapest. Exposé des Grafen Apponyi vor dem Obersten Rat.

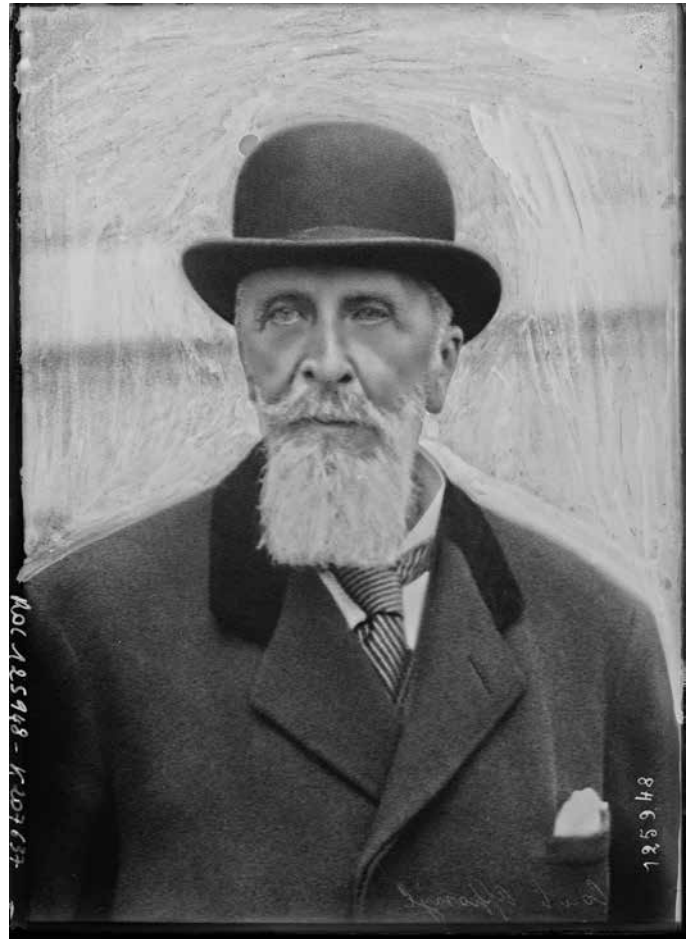
Ein Funkspruch des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus aus Paris meldet: Der Führer der ungarischen Friedensdelegation Graf Apponyi führte in seinem vor dem Fünfferrat gehaltenen Exposé aus, es sei nicht angebracht, von der Fiktion Gebrauch zu machen, daß die in Ungarn lebende Bevölkerung nichtungarischer Zunge sich von diesem Lande losreißen wolle, wo doch die Wahrheit so leicht durch eine Volksabstimmung festgestellt werden könne. Ungarn wünsche eine solche unter unparteiischer Kontrolle und werde sich mit deren Ergebnis, wie immer es auch ausfalle, zufriedengeben. Die Zerstückelung Ungarns sei unvereinbar mit dem Wiederaufbau Europas und der Konsolidierung der europäischen Verhältnisse. Graf Apponyi verwies sodann auf die geographische und wirtschaftliche Einheit Ungarns und erklärte, die politische Organisation Ungarns sei durch eine tausendjährige Geschichte sanktioniert worden. ...

18. Jänner 1920 Budapest. Trauer Budapests wegen der Friedensbedingungen. Eine Prozession mit den Überresten des Königs Stephan des Heiligen.

Nach dem Bekanntwerden der Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes hat Budapest Trauer angelegt. Nicht nur auf den öffentlichen, sondern auch auf den privaten Gebäuden wurden Trauerfahnen oder mit Trauerflor überzogene Nationalflaggen gehißt. Die meisten Blätter find mit Trauer-
rand erschienen und bringen dem Ernste der Lage angemessene würdevolle Artikel.

20. Jänner 1920 Budapest. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Die ungarische Friedensdelegation hat in Neuilly eine Note über verschiedene zwischen Ungarn und Rumänien wegen Siebenbürgens schwebende Fragen überreicht. In der Note wird daraus hingewiesen, daß, wenn Siebenbürgen unter rumänische Oberhoheit gelangte, an Stelle der ungarländisch-rumänischen Irredenta sofort eine ungarische Irredenta in Rumänien treten würde. Eine objektive Lösung sei nur durch Schaffung eines unabhängigen Siebenbürgen möglich, in welchem keine einzige Rasse das Übergewicht erhält. ...



Graf Albert Apponyi



Einladung in das Château de Madrid à Neuilly 1919

13. Februar 1920 Budapest. Die Gegenvorschläge zum Friedensentwurf. Ungarn für seine alten geschichtlichen Grenzen. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Wie der Sonderberichterstatte des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus aus Neuilly meldet, überreichte die ungarische Friedensdelegation am 12. d. M. die auf den ungarische» Friedensvertrag bezüglichen Gegenvorschläge. In der Note, betreffend die Feststellung der Grenzen, wird n. a. ausgeführt: Die Idee des wahrhaften und billigen Friedens, die von den Staatsmännern der alliierten und assoziierten Mächte so oft betont wurde, kann nur unter Aufrechterhaltung der tausendjährigen und natürlichen Grenzen Ungarns verwirklicht werden. Dafür spricht auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker; denn wir wissen, daß die in Ungarn lebenden nationalen Minderheiten von Ungarn nicht losgetrennt werden wollen. Dafür spricht auch das Nationalitätenprinzip, weil die Nationalitäten bei uns viel mehr Rechte genießen, als ihnen in den verschiedenen jetzigen Friedensverträgen zugesichert werden. Die Friedenskonferenz ist in ihren Beschlüssen sehr oft auch durch die Anerkennung der historischen Rechte geleitet worden. Von diesem Gesichtspunkte aus kann niemand auf das Gebiet Ungarns einen Anspruch erheben, da das ungarische Volk dieses geographisch und hydrographisch einheitliche Gebiet seit mehr als tausend Jahren bewohnt und so das älteste historische Recht auf dasselbe erworben hat. ...

Eine besondere Note befaßt sich mit Westungarn. Hier wird darauf hingewiesen, daß in dieses uralte magyarische Gebiet die Deutschen erst später eingewandert seien. Der Beitrag zur Ernährung Österreichs, heißt es in der Note weiter, ist eine Illusion. Was bisher von hier aus nach dem Westen exportiert wurde, hat dieses Gebiet zum größten Teile selbst aus dem Osten erhalten. Zwei Drittel der Rübenfelder der Zuckerfabriken entfallen auf ungarisches Gebiet. Da die übrigen industriellen Unternehmungen Filialen österreichischer Fabriken sind, werden diejenigen von den Unternehmungen, die selber weder über Kohle noch über Rohmaterialien verfügen, stillgelegt werden, wodurch die industrielle Arbeiterschaft dieses Gebietes ihr Brot verlieren wird. Bezüglich dieser Gebiete haben die Österreicher selbst die Volksabstimmung verlangt. Ungarn tut dasselbe.

Der ungarische Staat kann niemals freiwillig in die Aufteilung seines Gebietes einwilligen. Es wird daher die Wiederherstellung der tausendjährigen natürlichen Grenzen Ungarns verlangt. Sollte die Friedenskonferenz an dem diesbezüglichen Willen der Bevölkerung zweifeln, so möge sie in den fraglichen Gebieten Volksabstimmungen anordnen.

22. Februar 1920 Bern. Einheitliches Vorgehen der Tschechoslowakei, Rumänen und Südslawen gegenüber Ungarn.

Nach einer Meldung der Times“ haben die Regierungen von Prag, Bukarest und Belgrad beschlossen, angesichts der Propaganda ungarischer Agenten in allen Ungarn betreffenden Fragen einverständlich vorzugehen. Als erste Folge dieses Beschlusses sei die Tatsache anzusehen, daß diese Mächte in einer gemeinsamen Note den Empfang der Mitteilung bestätigten, daß die Entente keinen Habsburger auf dem ungarischen Throne dulden werde. Sie werden auch in Zukunft bei der Behandlung der ungarischen Frage so Vorgehen, daß sie auch Angelegenheiten, die nur einen Staat von ihnen betreffen, als alle berührend behandeln. Die Note der ungarischen Friedensdelegation an den Obersten Rat in Paris wird von diesen Staaten in einem gemeinschaftlichen Memorandum ihre Erwiderung erfahren.

28. Februar 1920 Budapest. Ein rumänisch-südslawisches Memorandum.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Neuilly: Die rumänische und jugoslawische Friedensdelegation haben als Antwort auf die erste allgemeine Denkschrift der ungarischen Friedensdelegation gemeinsam ein Memorandum an die Botschafterkonferenz übermittelt; dieses erklärt die Behauptung der ungarischen Denkschrift, daß die ungarländischen Nationalitäten, deren Interessen Ungarn stets mit Wohlwollen wahrgenommen habe, auf einer niedrigeren Kulturstufe stünden als die Ungarn, als beleidigend und verwahrt sich gegen die Anordnung einer Volksabstimmung. ...

1. April 1920 Budapest. Rückkehr der ungarischen Friedensabordnung von Neuilly nach Budapest. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Die Mitglieder der ungarischen Friedensdelegation unter Führung des Grafen Apponyi sind heute abends in Budapest eingetroffen.



Friedenskonferenz im Trianon Palast

Ungarn beruft sich auf seine Tausendjährige Geschichte und auf seine historische und wirtschaftliche Einheit. Die Mitglieder der kleinen Entente beschließen ein einheitliches Vorgehen gegenüber Ungarn.



Neues Quartier für die ungarische Delegation im „Hotel de Reservoirs“ in Versailles.

**9. April 1920 Budapest.
Übersiedlung der ungarischen Friedensabordnung
nach Versailles.**

Wie der Sonderberichterstatter des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus ans Neuilly meldet, hat die ungarische Friedensdelegation die Erlaubnis erhalten, nach Versailles, in das „Hotel des Reservoirs“, zu übersiedeln. Die Übersiedlung erfolgte, weil der Aufenthalt im Schloß de Madrid für die nunmehr aus wenigen Personen bestehende ungarische Friedensdelegation allzu große Kosten bedeutet.



Konferenzsaal im Trianon Palast

5. Mai 1920 Versailles. Die Antwort des Obersten Rates an Ungarn. Übergabe der Antwort auf die ungarischen Gegenvorschläge. (Havas.)

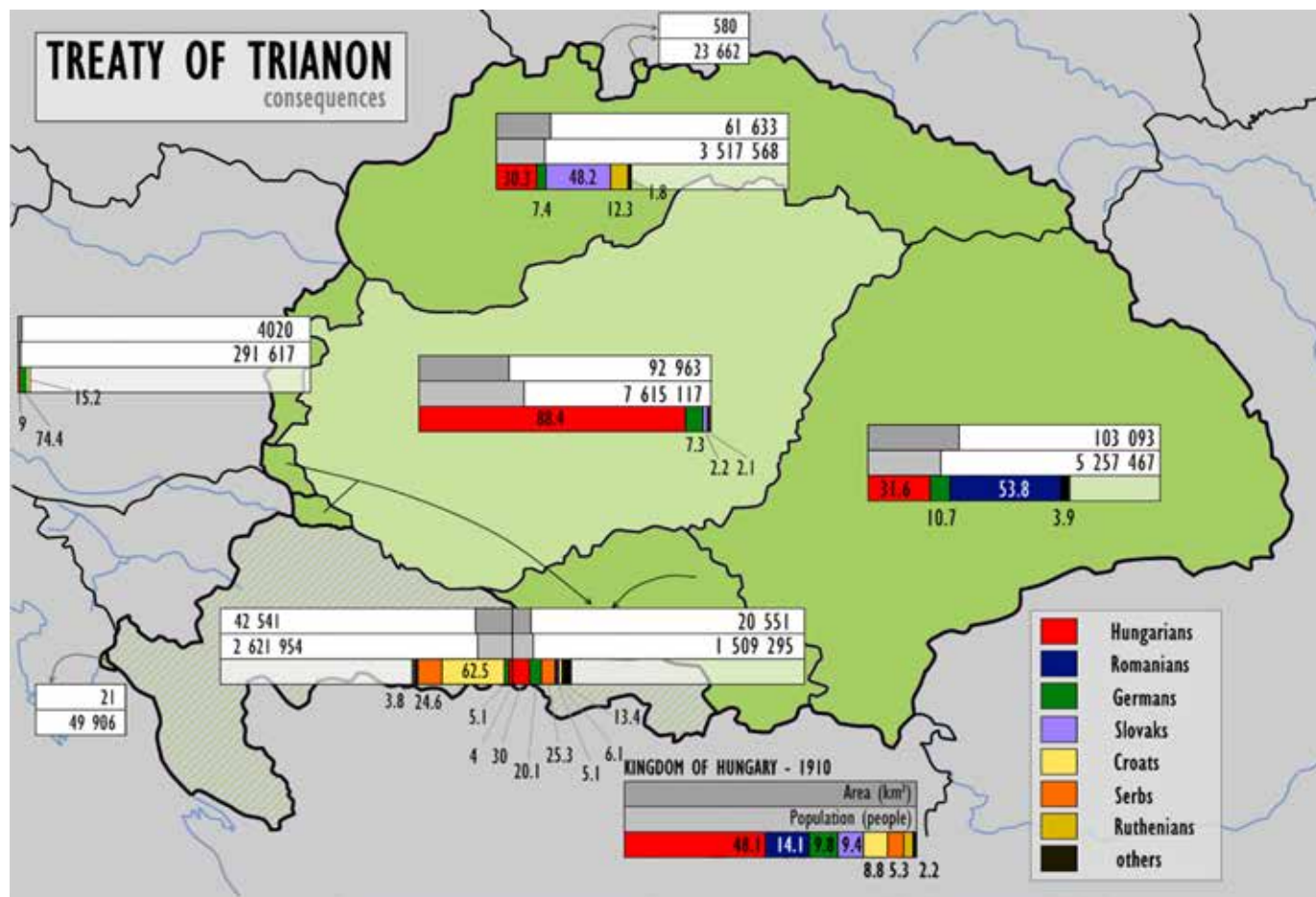
Oberst Henry hat heute die Antwort des Obersten Rates auf die (im Februar erstatteten) ungarischen Gegenvorschläge dem Chef der ungarischen Delegation überreicht.

6. Mai 1920 Paris. Antwortnote

Die Antwortnote des Obersten Rates an die ungarische Friedensabordnung setzt sich aus dem Geleitbrief, aus der Erwiderung auf die ungarischen Gegenvorschläge und aus dem endgültigen Verträge zusammen, den die ungarischen Bevollmächtigten zu unterschreiben haben. Der Geleitbrief ist viel kürzer gehalten als der seinerzeit der österreichischen Friedensabordnung übergebene Geleitbrief. Es fehlt die ausführliche Darstellung der Schuldfrage und zum Schlusse die Androhung der Aufkündigung des Waffenstillstandes, falls die Unterzeichnung unterbliebe. Es wird bloß erklärt, daß die heute überreichten Friedensbedingungen endgültig seien. Die zehntägige Frist zur Annahme beginnt vom heutigen Tage. Alle Dokumente sind von diesem Tage datiert. In dem Begleitbrief wird gesagt, es sei nicht möglich, in Zentraleuropa die Grenze ausschließlich nach ethnographischen Gesichtspunkten zu ziehen. Die Alliierten haben sich zu ihrem Bedauern damit abfinden müssen, gewisse von der magyarischen Bevölkerung bewohnte Gebiete anderen Staaten zuzuweisen, aber gleichwohl seien diese Grenzen gerechter als die früheren. Auch ein tausendjähriger Zustand dürfe nicht bestehen bleiben, wenn, er der Gerechtigkeit widerspreche. Ein Plebiszit werde abgelehnt. ...

12. Mai 1920 Budapest. Graf Apponyi über die Tätigkeit der ungarischen Friedensabordnung. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hielt gestern nachmittags eine Sitzung ,ab, die sich mit der Antwort der Entente aus. die Bemerkungen der ungarischen Friedensdelegation und mit der Mantelnote des ungarischen Friedensvertrages beschäftigte. Auch auf die schriftlichen Eingaben habe sie nur in zwei Fällen Antwort erhalten. Das erste Mal in der Frage der Kriegsgefangenen, ... ein zweites Mal, als gestattet wurde, daß sich der Ententemission nach Westungarn neben den Vertretern der österreichischen auch solche, der ungarischen Regierung anschließen können. Im Laufe des Gedankenaustausches erhob sich auch der in Westungarn gewählte Abg. Johannes Huber zum Wort, der darauf hinwies, daß das Volk Westungarns sich nie damit abfinden werde, daß ohne Befragen über sein Schicksal entschieden, werde, auch in dem Falle nicht, wenn die ungarische Regierung und die Nationalversammlung unter dem Druck der Notwendigkeit mit der Abtrennung dieses Gebietes sich abfinden würden. Die Bevölkerung Westungarns. werde daran festhalten, daß es über sein Schicksal selbst entscheidet, und wird jeder Zwangsmaßnahme Widerstand leisten.



Die ethnische Verteilung der Bevölkerung nach der Friedenskonferenz



Ungarisches Plakat gegen den Friedensvertrag von Trianon in prekmurisch. Es ist gegen die Abtrennung von Prekmurje (Übermurgebiet) in Slowenien und Medjimurje (Murinsel) in Kroatien.

Nach dem vorgelegten Friedensvertrag werden rund zwei Drittel des ehemaligen Königsreichs Ungarn an die Tschechoslowakei, Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, Österreich, Polen und Rumänien übertragen.



Die Orte der Friedensverhandlungen im Umland von Paris

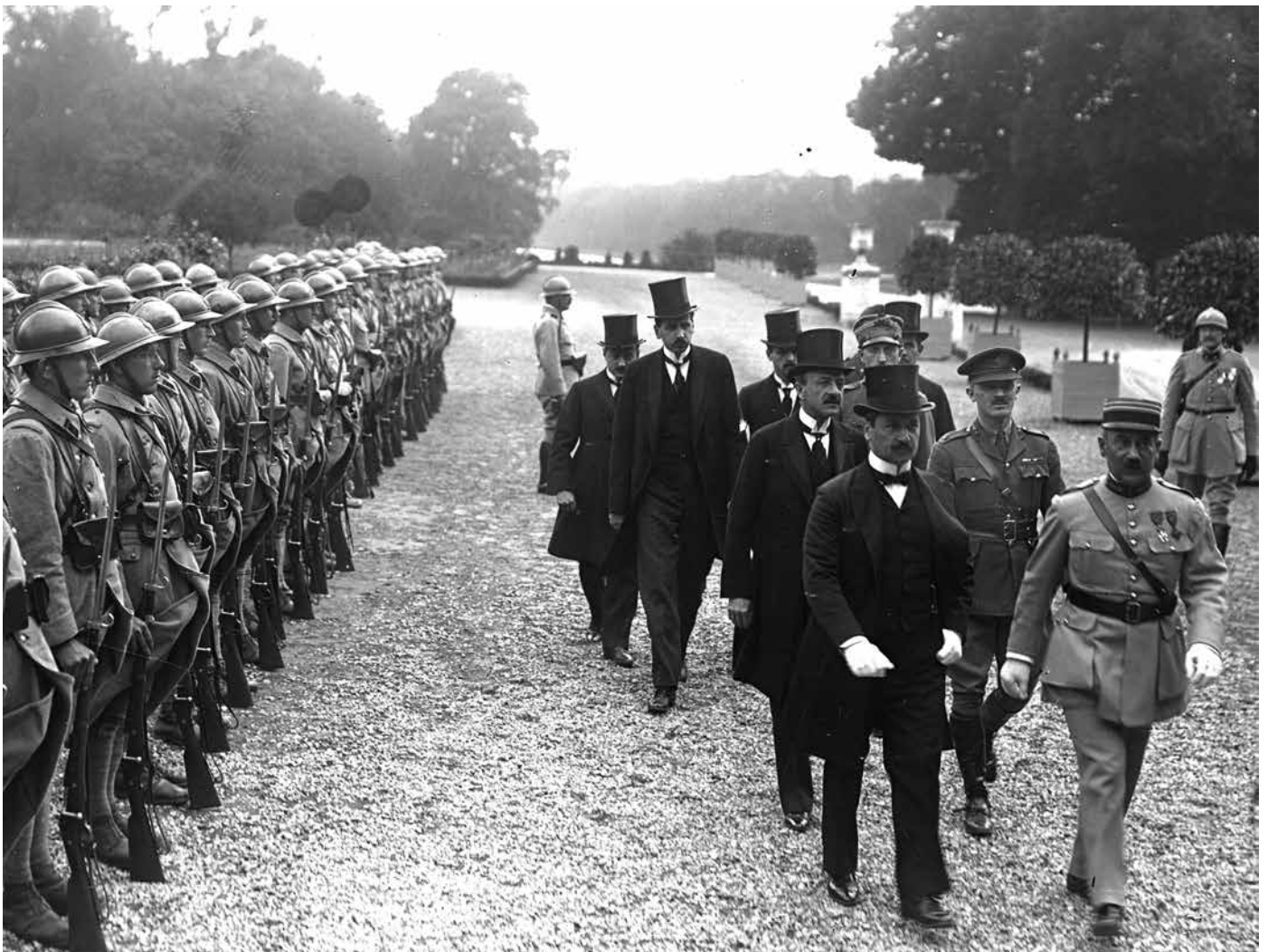
**4. Juni 1920 Paris.
Unterzeichnung des
Friedensvertrages mit
Ungarn. (Havas.)**

Heute wurde in Versailles im Grand Trianon der ungarische Friedensvertrag unterzeichnet. Rings um den üblichen hufeisenförmigen Tisch nahmen die Bevollmächtigten der Alliierten Platz. Um 4 Uhr 30 Min. nach mittags wurden die ungarischen Delegierten in den Saal geleitet, wo sie am äußersten rechten Ende des Tisches neben den tschechoslowakischen Delegierten ihre Plätze einnahmen. Hierauf erklärte Ministerpräsident Millerand, daß der Friedensvertrag mit dem am 6. Mai den ungarischen Delegierten überreichten identisch ist.

Der Ministerpräsident forderte die ungarischen Bevollmächtigten auf, ihre Unterschrift unter den Vertrag zu setzen. Die ungarischen Delegierten Ágost Benard und Drasche-Lazar, denen der Protokollführer voranschritt, begaben sich zu dem Tische, auf welchem der Vertrag lag, und unterschrieben ihn. Hierauf Unterzeichneten auch die Bevollmächtigten der Alliierten den Friedensvertrag und um 4 Uhr 40 Minuten war die ganze Zeremonie zu Ende.



Friedenskonferenz im Palais Trianon



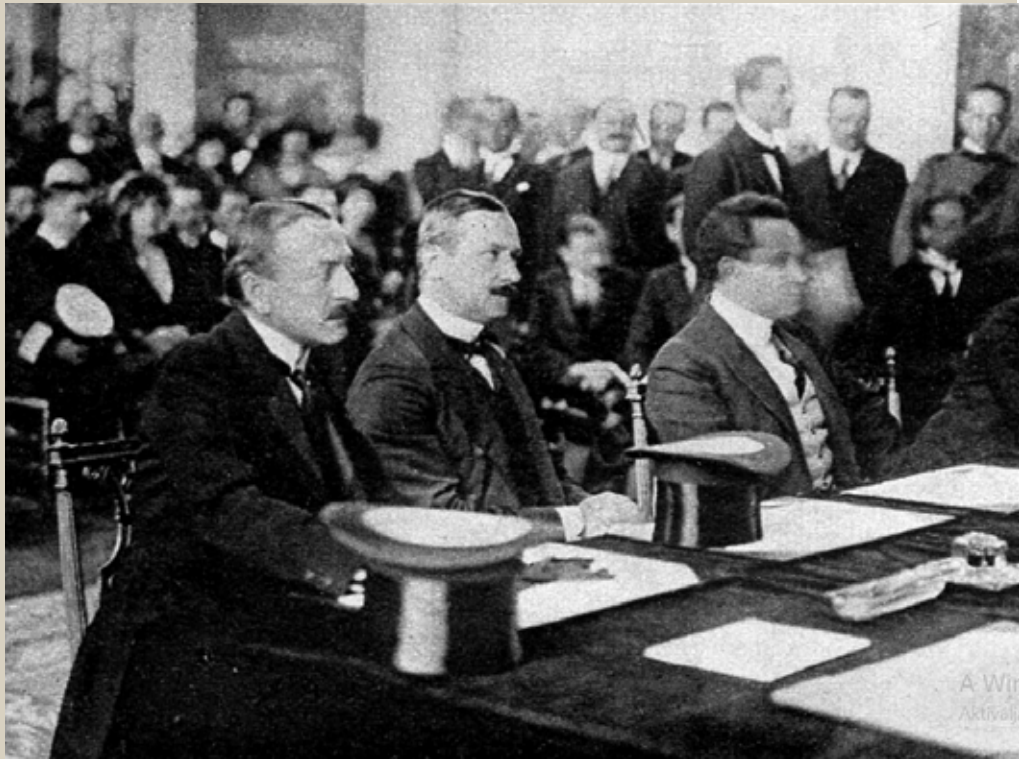
Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon durch die ungarische Delegation. Delegationsleiter ist Ágost Benárd.

13. November. 1920 Budapest Ratifizierung des Friedens von Trianon.

... Der Referent des Auswärtigen Ausschusses Karl Huszar verliest folgende Deklaration: Indem die Nationalversammlung die Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon beschließt und ihre Zustimmung zu seiner Ratifikation erteilt, erklärt sie im Angesicht der göttlichen Gerechtigkeit und indem sie sich an das Gewissen der Menschheit wendet, daß sie dieses Friedensdokument als auf unwahrer Daten fußend für ungerecht und gegen die gemeinsamen Interessen der Menschheit verstoßend erachtet. Das Friedensdokument ist nicht das Ergebnis der beiderseitigen Erörterung der Tatsache und Interessen, noch einer daraus sich ergebender Vereinbarung, sondern die Oktroierung eines einseitigen Friedens willens. Die Nationalversammlung stimmt nur, dem unwiderstehlichen Zwange nachgebend, der Ratifizierung zu und will mit dieser Tatsache jenen Gebieten, die in der Nationalversammlung nicht vertreten sind, keine Verpflichtung auferlegen. Die Nationalversammlung spricht die Zuversicht aus, daß die nach Beruhigung der heute herrschenden Leidenschaften eintretende bessere Einsicht den Weg zur Wiedergutmachung der unter dem Namen eines Friedensvertrages begangenen himmelschreienden Ungerechtigkeit öffnen wird.

Nach Verlesung dieser Deklaration erklärt der Referent, er könne kein einziges Argument für die Annahme des Friedensvertrages vorbringen. Unter dem Drucke der Zwangslage empfehle er jedoch, die Ratifikation vorzunehmen. Er schließt seine Erklärung, indem er das ungarische Glaubensbekenntnis ablegt, das von der Nationalversammlung stehend angehört wird: „Ich glaube an einen Gott, ich glaube an ein Vaterland, ich glaube an eine göttliche Gerechtigkeit, ich glaube an eine Auferstehung Ungarns.“...

Ministerpräsident Graf Teleki: Die Ehre des Landes erheischt, daß ich in diesem traurigen Augenblicke von diesem Sitz auch noch zum letzten Male das Wort ergreife. Das ungarische Volk erwartete Gerechtigkeit und erhielt einen Friedensvertrag, zu dessen Charakterisierung die Bemerkung am besten genügt, daß er der am wenigsten aufrichtige von allen Friedensverträgen ist. Die Aufrichtigkeit ist jedoch die erste Grundlage der Gerechtigkeit. Die Nation, die mit so viel Edelmut während des Krieges gegen die auf seinem Gebiete wohnenden feindlichen Untertanen vorgegangen ist, erhielt den unbarmherzigsten aller Friedensverträge.



Bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages Benárd Ágost, Minister für Wohlfahrt, und Drasche-Lázár Alfréd, Botschafter.



Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages: Benárd Ágost und Drasche-Lázár Alfréd

Ungarische Denkmäler über den Vertrag in Trianon vom 4. Juni 1920



Denkmal in Visegrad von 2017



Denkmal in Somogyudvarhelyen aus 2008.



Denkmaltafel in Szolnok aus 2011



Tafel im Rathaus von Jászapáti von 2011.



Trianon-Denkmal mit dem fragmentierten Großungarn und dem Engelswappen im Rathaus von Kecskemét.



Trianon Denkmal von Sándor Udvardi aus 2016 in Csorna.



Das Trianon-Denkmal in Óstör von 2011

Der 4.Juni ist der ungarische Ehrentag von Trianon. Die Flaggen werden bis zum 2.Weltkrieg auf Halbmast gesetzt. In den 1930er Jahren wird in den Schulen ein Schulgebet gesprochen, das die Wiederherstellung eines Großungarn fordert: „Ich glaube an einen Gott, ich glaube an eine Heimat, ich glaube an eine unendliche göttliche Wahrheit, ich glaube an die Auferstehung Ungarns !“

HISZEK EGY ISTENBEN, HISZEK EGY HAZÁBAN, HISZEK EGY ISTENI ÖRÖK IGAZSÁGBAN, HISZEK MAGYARORSZÁG FELTÁMADÁSÁBAN.



Nationales Versöhnungsdenkmal zum 85.Jahrestag des Friedensvertrages von Trianon von 2005 in Csátalja

Kampf der Republik Österreich um das Burgenland beginnt

28. Jänner 1920 Wien. Das deutsche Westungarn und der Zusammenschluß mit Österreich. Eine westungarische Abordnung beim Staatskanzler.

Heute erschien unter Führung der Herren Dr. Beer, Professors Dr. Walheim und Meidlinger eine Massenabordnung von Frauen und Männern aus West-Ungarn beim Staatskanzler Dr. Renner. Dr. Beer stellte die Führer der Abordnung vor, worauf Professor Dr. Walheim eine Ansprache an den Staatskanzler hielt, in der er ausführte, daß die deutsche Bevölkerung Westungarns ohne Unterschied der Parteistellung die baldigste Durchführung des Anschlusses an Österreich ersehne. Westungarn lebe heute unter dem „weißen Terror“, der dem roten kaum in etwas nachstehe. In den ungarischen Kerkern schmachten Männer und Jünglinge, die nichts weiter getan haben, als daß sie den Anschluß an Deutschösterreich mit zustimmenden Worten begrüßten. Wir haben, sagte Redner, die Aufmerksamkeit Ihrer Regierung schon zu wiederholten Malen auf die Opfer der magyarischen Justiz gelenkt, und auch heute gilt unsere erste Bitte diesen Unglücklichen. Auch darauf wurde Ihre Regierung schon mehrfach von uns aufmerksam gemacht, daß die Ausräumung des Heinzenlandes für den Fall des Anschlusses planmäßig vorbereitet und bereits in Angriff genommen wurde. Es droht der Verlust von Millionen an öffentlichem und privatem Gut, wenn nicht auf das rascheste dagegen eingeschritten wird. Den Schmerz des echten Magyaren über den Zusammenbruch seines Staates können wir verstehen, und trotz allem, was uns von ihm angetan wurde, wollen wir ihm unser Mitgefühl nicht versagen. Am liebsten schieden wir von ihm ohne Groll. Der Lärm, der jetzt besonders in Ödenburg gemacht wird, geht aber gar nicht von Magyaren aus, sondern von Renegaten. In drei bis vier Wochen, wenn nicht früher, schloß Professor Walheim seine Ansprache, werden die Magyaren ihren Vertrag unterzeichnen. Von diesem Tag an gehört das Heinzenland in aller Form Rechtens zu Österreich, und wir bitten Sie, dem Obersten Rat den Wunsch der Bevölkerung vorzutragen, daß Ungarn angewiesen werde, sofort nach der Unterzeichnung des Vertrages auf die neue Grenzlinie zurückzugehen. Das Volk des Heinzenlandes hat die magyarische Herrschaft übersatt. Wir wollen nicht bis zur Ratifizierung des ungarischen Friedens warten und verlangen die Durchführung des Anschlusses sofort nach dessen Unterzeichnung.

Staatskanzler Dr. Renner:

Männer und Frauen aus dem Burgenlande! Die Worte Ihres Sprechers sind nicht ohne tiefen Eindruck auf mich geblieben. Ich weiß genau, welch schwere Tage das Volk des Burgenlandes gegenwärtig durchlebt, ich weiß, welche furchtbaren Gewissensqualen ihm auferlegt werden durch einen Druck, der von den früheren Machthabern des Landes, von der magyarischen Bureaukratie und dem magyarischen Militarismus auf das arme Volk ausgeübt wird. Ich habe gehört, daß dort Wahlen durchgeführt werden: ich kenne magyarische Wahlen aus der früheren Zeit, und ich habe von vornherein wenig Hoffnung gehabt, daß diese Wahlen sich von den früheren unterscheiden werden. Meine Erwartungen sind bestätigt. Der ganze übermächtige Behördenapparat ist aufgewendet worden, um auf die Entschließungen eines jeden einzelnen Wählers zu wirken. Deshalb ist die Wahl

für uns und, ich kann Sie versichern, auch für die ganze Welt nicht beweiskräftig. Die ganze Welt kennt die Technik des ungarischen Wählens, und wenn auch diesmal der Schein einer geheimen Wahl vorgeschützt wurde, so täuscht sich doch niemand darüber, daß diese Wahlen bloß den Druck der Behörden und nicht den Volkswillen wiedergeben. Es wurde im Wahlkampf auch ins Treffen geführt, mit Hilfe der Renner-Regierung werde das Burgenland durch tschechische Truppen besetzt werden. Von vornherein war für jeden Denkenden ausgeschlossen gewesen, daß etwas Derartiges zwischen Wien und Prag vereinbart werde. Wenn wir die gute Sache Westungarns auf die Waffen stellen wollten, hätten wir schon früher hiezu Gelegenheit gehabt. Allein wir haben unsere Sache stets auf das gute Recht der Deutschen des Burgenlandes und auf die Gerechtigkeit der hohen Mächte gestellt; wir haben uns von vornherein gesagt: Genug des Waffenlärms, nun soll einmal Vernunft, Gerechtigkeit, völkische Zusammengehörigkeit und wirtschaftliche Gemeinsamkeit entscheiden! Unsere Politik ist die des Friedens und des Einvernehmens der Völker und nicht die Politik der Waffen und des Krieges.

Als wir unser Staatswesen aufrichteten, haben wir erkannt, Deutschösterreich müsse verzichten ans jedes fremdnationale Dorf, verzichten auf den unmöglich gewordenen Gedanken, fremde Völker sich einzuverleiben; aber es müsse das eine fordern, daß alle Deutschen des geschlossenen Siedlungsgebietes zu uns kommen. Darin sehen, wir unsere Kraft in der Gegenwart und für alle Zukunft! Diese Beschränkung macht stärker als ungerechtfertigte Expansion. Das magyarische Volk, das so großes Unglück erfahren und als Volk selbst so schweres Unrecht erlitten hat wie wir, härte nach meiner Schätzung die besten Aussichten, sein Recht wiederherzustellen, wenn es sich auf den gleichen Standpunkt stellte, nicht zu herrschen über andere Völker, sondern jedes magyarische Dorf bei sich zu behalten. Leider streiten in der Seele der Magyaren noch dieser wahrhaft nationale. Gedanke mit dem imperialistischen, der aus einem historischen Rechtstitel heraus andere Nationen beherrschen will. Das ist der wahre Unterschied, der uns voneinander trennt. Ich glaube, kommt Zeit, kommt auch Rat, und es wird auch das magyarische Volk uns begreifen. Ich bin der festen Überzeugung, daß es nicht einer militärischen Besatzung bedürfen wird, damit Westungarn an uns gelange. Ich glaube, Ungarn wird sich dem Spruche der hohen Mächte fügen und diesen Spruch durchführen im Wege der Verständigung; ich hoffe, daß Ungarn, wenn einmal der Friede unterzeichnet ist, sofort an die Durchführung des Friedens schreitet im Zeichen der augenblicklichen Verständigung und der künftigen Zusammenarbeit. Wir wollen uns daran gewöhnen, daß in unserem Staat alle gleiche Bürger sind, alle Gleiche in einem freien Gemeinwesen. So wird auch das Burgenvolk ein Land konstituieren und als Land mit seiner eigenen Verfassung und Selbstregierung mit den anderen Ländern zusammen die Bundesrepublik Österreich aufbauen, und so wird auch die Vorstellung ein Ende finden, daß im Verhältnisse der Nationen und Länder einer Knecht und einer Herr sein müsse. Sie, Männer und Frauen, werden eintreten als freie Bürger in eine freie staatliche Gemeinschaft. Die Ausführungen des Staatskanzlers wurden mit wiederholtem stürmischem Beifall ausgenommen.

14. Februar 1920 Wien. Westungarn und der Anschluß an Österreich. Note des ungarischen Gesandten in Wien Dr. Gratz.

Der ungarische Gesandte in Wien Dr. Gratz hat heute dem Staatsamte für Äußeres folgende Note überreicht:

„Sehr geehrter Herr Staatskanzler!

Die im Friedensvertrage von St. Germain ausgesprochene und auch in dem Entwurfe des ungarischen Friedensvertrages übernommene Bestimmung, welche ausspricht, daß ein Streifen Westungarns an die österreichische Republik angegliedert werden soll, würde, wie zu befürchten ist, im Fall ihrer Durchführung ein ständiges Element der Zwietracht zwischen Österreich und Ungarn bilden.

Die ungarische Regierung, die von dem aufrichtig empfundenen Wunsche durchdrungen ist, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn, an denen die Völker beider Staaten in hohem Maß interessiert sind, bei voller Wahrung der Unabhängigkeit beider Staaten nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern noch zu vertiefen, würde es mit tiefem Bedauern sehen, wenn diese Frage zu einer Trübung des gegenseitigen Verhältnisses führte, und hat mich daher beauftragt, der österreichischen Regierung offiziell den Vorschlag zu machen, daß die Frage der künftigen staatlichen Zugehörigkeit des erwähnten Teiles Westungarns auf neuer Basis im gegenseitigen freundschaftlichen Einvernehmen entschieden werde.

Die ungarische Regierung ist bereit, auf die Geltendmachung jener historischen Rechte, welche eine mehr als tausendjährige Vergangenheit dem ungarischen Staat auf dieses Gebiet gegeben hat, zu verzichten und die Entscheidung der Frage, ob dieses Gebiet in Zukunft zu Österreich oder zu Ungarn gehören soll, der freien Entschließung seiner Bevölkerung zu über lassen, und sie ist auch damit einverstanden, daß zur Ermöglichung einer von jedem äußeren Zwange freien Willensäußerung der Bevölkerung dieses Gebietes die weitestgehenden Sicherheiten geschaffen werden. Die ungarische Regierung verpflichtet sich, daß sie das Ergebnis der anzuordnenden Volksabstimmung - vorausgesetzt, daß die österreichische Regierung eine gleiche Erklärung abgibt - als bindend für sich ansehen werde.

Die ungarische Regierung gibt sich der sicheren Hoffnung hin, daß ihr von dem Wunsche nach dauernden freundlichen Beziehungen zum österreichischen Nachbarstaat eingegebener Vorschlag bei der österreichischen Regierung, welche in St. Germain so entschieden dafür eingetreten ist, daß Gebietsfragen bloß in Zustimmung des auf dem betreffenden Gebiete lebenden Volkes und nicht durch bloße Annexionen entschieden werden können, ein williges Ohr finden wird. Sie erlaubt sich daher, die österreichische Regierung höflichst einzuladen, in Verhandlungen auf dieser ganz neuen Basis zur Klarstellung der für das künftige Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn entscheidenden Fragen einzutreten, und behält es sich vor, im Laufe dieser Verhandlungen über ihre Vorschläge weitere eingehende Aufklärungen zu geben. Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Hochachtung verbleibe ich, hochverehrter Herr Staatskanzler, Dr. Gustav Gratz m. p.“

18. Februar 1920 Wien. Der Ausschuß für Äußeres der österreichischen Nationalversammlung über die Note des Gesandten Dr. Gratz.

Der Ausschuß für Äußeres trat heute vor mittags in Anwesenheit des Präsidenten Seitz zu einer Sitzung zusammen.

Staatskanzler Dr. Renner erstattete Bericht über die ungarische Note und gab eine ausführliche Darstellung der Zustände in Westungarn, die eine freie Äußerung des Volkswillens unter magyarischer Okkupation dort ausschließen. Eine solche wäre erst bei voller Selbstverwaltung der westungarischen Bevölkerung denkbar. Die westungarische Angelegenheit sei aber nicht nur eine zwischen Österreich und Ungarn schwebende, sondern durch die völkerrechtliche Ordnung Europas, wie sie der Friedensvertrag bestimmt hat und die Ententemächte hernach als unverrückbar bezeichnet haben, entschieden. Der Kanzler sprach sodann über das Angebot des freien Handelsverkehres, losgelöst von der territorialen Frage.

Sektionschef Dr. Schüller ergänzte seine Ausführungen in diesem Punkte, wobei er auf den in der ungarischen Statistik festgestellten Einfuhrbedarf Ungarns an Lebensmitteln hinwies, der dem österreichischen gleichkomme.

Abg. Dr. Mataja erklärte sich mit den Ausführungen des Kanzlers über die Rechtlosigkeit der Deutschen Westungarns vollkommen einverstanden und pflichtete ihm darin bei, daß der Druck, der von Justiz, Verwaltung und Gesellschaft dort ausgeübt werde, das Anbot einer Verminderung der militärischen Machtmittel im Fall einer Volksabstimmung entwerte. Dem Versprechen der Autonomie sei keine Glaubwürdigkeit eigen. Auch den handelspolitischen Versprechungen Ungarns sei nach den alten Erfahrungen kein Vertrauen zu schenken. ... Die Diskussion wurde hierauf vertagt.

5. Februar 1920 Paris. Eine interalliierte Militärkommission für Westungarn.

Der österreichische Bevollmächtigte in Paris Eichhoff erhielt eine von Millerand als Präsident der Friedenskonferenz gezeichnete Note, in der mit geteilt wird, daß die Botschafterkonferenz, bewegt von den schwerwiegenden Nachrichten aus den west ungarischen, im Friedensvertrage Österreich zugesprochenen Komitaten die sofortige Entsendung einer interalliierten Militärkommission in diese Gebiete beschlossen habe. Die alliierten Offiziere, sagt die Note, deren Gegenwart dem Willen der Entente Ausdruck geben wird, die durch einen Vertrag sanktionierten Entscheidungen der Konferenz nicht wieder in Frage ziehen zu lassen, sollen die Bevölkerung gegen Mißbräuche der Beamten und magyarischen Elemente schützen. Die Mächte vertrauen darauf, daß die Entsendung dieser Kommission genügen wird, um den Ausschreitungen, die ihnen bekannt geworden sind, ein Ende zu machen.

20. Februar 1920 Wien. Die österreichische Antwort auf die ungarische Note. (auch 62.Sitzung der Nationalversammlung vom 19.Februar 1920)

Die Antwort des österreichischen Staatsamtes für Äußeres auf die Note der ungarischen Regierung vom 14. Februar wurde heute vormittags den ungarischen Gesandten Dr. Gratz übergeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Gesandter! Die Republik Österreich teilt den in dem sehr geschätzten Schreiben Eurer Exzellenz vom 14. Februar 1920, Nr. 227/P, ausgesprochenen Wunsch nach Herstellung und Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den beiden von dem gleichen Schicksal heimgesuchten Staaten. Von dem Wunsche beseelt, alle Mißverständnisse zwischen den beiden Völkern selbst ans der Welt zu schassen, möchte die österreichische Regierung zunächst die politischen und rechtlichen Auffassungen klarlegen, von denen das ganze Volk Österreichs seit der Begründung des Freistaates sich in der inneren und äußeren Politik leiten läßt. Die vordem von den Lenkern der gemeinsamen und zisleithanischen Angelegenheiten verfolgte Politik, den polyglotten Komplex der österreichisch-ungarischen Monarchie mit den überlieferten Herrschaftsmitteln aufrechtzuerhalten, ist im Kriege gescheitert, und niemand denkt hierzulande daran, sie wieder aufzunehmen. Das deutsche Volk der ehemaligen im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder hat sich mit seltener Einmütigkeit zum reinen Nationalstaat bekannt. Es hat damit alle aus irgend welchen historischen, territorialen oder politischen Titeln abgeleiteten Ansprüche auf die Beherrschung eines fremden Volkes abgelehnt, und zwar so gar jene mildeste Form der Beherrschung, wo geschlossen siedelnde nationale Minderheiten vermöge einer nationalen Autonomie eine gewisse Schonung in der inneren Verwaltung genießen, jedoch, den politischen Zielen einer anderen Nation dienstbar werden. Dieses Auskunftsmittel der nationalen Autonomie kann nach unserer Auffassung bloß für die eingeschlossenen oder versprengten Minderheiten in Betracht kommen. Das Recht der in geschlossenen Siedlungsgebieten zusammenwohnenden Völker auf ihre eigene Staatlichkeit gilt uns als das unveräußerliche Grundrecht jeder Nation, als das Prinzip, dem die Zukunft gehört. Und darum hat die Republik Österreich vom ersten Tag ihres Bestandes an jede Annexion fremdnationaler Gebiete verworfen, einerlei, ob es sich um fremde oder um eigene Volksteile handelt.

Der Friedensvertrag von St. Germain hat, wie bekannt, dieser Rechtsauffassung leider in vielen und wichtigen Punkten nicht Rechnung getragen, wohl aber in einen Punkt, in Bezug auf die uralten deutschen Siedlungen der Heidbauern und Heanzen im Osten unseres Staates, welche mit den Deutschen von Niederösterreich und Steiermark und damit mit den gesamten deutschen Alpenländern eine geschlossene, ununterbrochene Siedlungseinheit bilden. Auch Euer Exzellenz Note kann nicht umhin, den deutschen Charakter dieses Gebietes anzuerkennen. ...

Im Denken unseres Volkes handelt es sich bei der Rückkehr Deutschwestungarns zu Österreich um die Befreiung eines durch den Machtpruch eines Habsburgers zu Unrecht annektierten Gebietes, also um die Rückgängigmachung einer willkürlichen Einverleibung. Die Republik Österreich hat in keiner Phase des Streites um dieses Gebiet an gewaltsame Besetzung, an kriegerische Eroberung oder Unterwerfung gedacht, sie hat einzig und allein an den Schiedsspruch der großen Mächte

appelliert und mit äußerster Zurückhaltung auf den Vollzug des einmal gefällten Spruches durch die Mächte selbst gewartet, indem es ans die Denkweise der Ungarn, mit denen es in Zukunft in dauernder Freundschaft zusammenzuleben wünscht, sorgfältige Rücksicht nahm und heute noch nimmt. Die österreichische Regierung gibt auch heute die Hoffnung nicht auf, daß das ungarische Volk von der Gerechtigkeit und Notwendigkeit unserer Haltung sich selbst überzeugen wird.

...

Der Friedensvertrag von St. Germain ist für uns die völkerrechtliche Grundlage unseres Staates, er ist von allen Mächten und von uns gezeichnet, und so gehört Deutschwestungarn heute de Jure schon uns, wenn auch dieses Recht noch nicht vollzogen ist. Über ein Land, das nach dem Völkerrechte uns gehört, können wir nicht verhandeln, wir können vor allem nicht gegen Wirtschaftszugeständnisse von vorübergehender Dauer und von diskutablen Werte aus einen Teil unseres Volkes verzichten. Wir schreiben uns durchaus nicht das Recht zu, inter partes über ein Land zu verfügen, dessen Zugehörigkeit durch einen solemn völkerrechtlichen Akt der Großmächte und fast der ganzen Welt bestimmt ist. Es ist, wie die alle Zweifel ausschließende Note des Obersten Rates vom 16. Dezember 1919 dartut, diese Regelung nicht nur unser, sondern der Wille aller Mächte, den ein einseitiger Willensakt von uns gar nicht aus der Welt schaffen könnte. ...

Selbstverständlich kann das Schicksal der deutschen Heidebauern und Heanzen kein handelspolitisches Kompensationsobjekt bilden. Die ungarische Regierung ist laut der Note Eurer Exzellenz geneigt, das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn auf der Grundlage des völlig freien gegenseitigen Handelsverkehrs einzurichten. Ebenso ist auch die österreichische Regierung hiezu bereit. ... Selbstverständlich legt dabei die Republik Österreich Wert darauf, die größte erreichbare Verkehrsfreiheit und die innigsten wirtschaftlichen Beziehungen an allen ihren Grenzen und allen Nachbarstaaten gegenüber wiederherzustellen. Mit dem Ausdrucke meiner auf richtigen Hochachtung verbleibe ich Eurer Exzellenz

Renner m. p.

24. April 1920 Budapest. Dr. Renner über die Beziehungen zu Ungarn.

Staatskanzler Dr. Renner erklärte dem Wiener Mitarbeiter des „Az Est“ über die Ursachen seines bisherigen Fernbleibens von Budapest, er habe keine Kenntnis davon, daß Ungarn den westungarischen Konflikt in einer Weise lösen würde, die ein freundliches und intimes Verhältnis ergeben könnte. Das beste und verlässlichste Verhältnis zwischen beiden Staaten hänge davon ab, ob Ungarn die Forderung Österreichs erfülle. Das Fernbleiben von Budapest soll der Ausfluß des Umstandes sein, daß die gegenwärtigen Verhältnisse ein intimeres Verhältnis zwischen beiden Staaten nicht zulassen. Wirtschaftsverhandlungen wie in Prag und Rom würden mit Ungarn nur dann möglich sein, wenn die Grenzen der betreffenden Wirtschaftsgebiete endgültig geregelt sein werden.

20. Juli 1920 Wien. Aufnahme des Burgenlandes.

Präsident Seitz eröffnet, die Sitzung um 3 Uhr 30 Min. nachmittags. Die Staatsregierung unterbreitet einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme des Burgenlandes in das Gebiet der Republik Österreich, ...

31. Mai 1920 Wien. Bildung einer Offiziersformation in Ungarn zum Einfall in Österreich. Österreichische Beschwerde.

Staatskanzler Dr. Renner hat in seiner Eigenschaft als Staatssekretär für Äußeres heute nachmittags den ungarischen Gesandten Dr. Gratz zu sich gebeten und ihm folgendes eröffnet:

„Der Staatsregierung der Republik Österreich liegen verlässliche Nachrichten darüber vor, daß in Zala Egerszeg, also in der Nähe unserer Ostgrenze, eine Formation von ungefähr tausend Offizieren österreichischer Staatsbürgerschaft organisiert wird mit dem kaum geleugneten Zweck, gegebenenfalls mit bewaffneter Hand in Österreich einzubrechen. Dieser Vorgang vollzieht sich in einer Weise, die es ausschließt, daß er der ungarischen Regierung verborgen bleiben könne. Die österreichische Regierung ist auch darüber informiert, daß für diese Formation von der Regierung des Königreiches Ungarn ein Betrag von 10 Millionen Kronen ausgeworfen worden ist. Ein Zwischenfall, der sich in den letzten Tagen in Wien abgespielt und zur Verhaftung einer Reihe von früheren Offizieren geführt hat, tut dar, daß für diese in Ungarn gehaltene Formation auf österreichischem Boden Mannschaften angeworben werden. Die Geldmittel, mit welchen Staatsbürger der Republik Österreich zu hoch verräterischen Umtrieben verleitet werden sollen, stammen offenbar auch aus Ungarn. Charakteristisch für das in dieser Sache beobachtete Verhalten der ungarischen Behörden ist endlich der Umstand, daß die Grenzorgane in Sauerbrunn (Savanykut) Formulare, durch die der Grenzübergang ermöglicht, beziehungsweise befördert werden soll, den Anwerbern in Wien zur Verfügung gestellt haben. Die österreichische Regierung erwartet eingehende Aufschlüsse über diese Vorgänge und spricht die Überzeugung aus, daß die ungarische Regierung diese um so rascher und lückenloser geben wird, als die Existenz des in Rede stehenden Truppenkaders in Zala Egerszeg nicht bloß eine ständige Gefährdung des inneren Friedens der Republik bedeutet, sondern auch ein Moment darstellt, das geeignet erscheint, eine höchst bedauerliche Trübung der Beziehungen der beiden Nachbarstaaten herbeizuführen.“

Zu gleicher Zeit hat der österreichische Gesandte in Budapest Cnobloch den Auftrag erhalten, beim ungarischen Minister des Äußeren vorzusprechen, um dieselbe Beschwerde zu erheben. Die österreichische Regierung sieht einer raschen Erledigung dieses Zwischenfalles entgegen.

19. August 1920 Wien. Staatssekretär Dr. Renner über die auswärtigen Beziehungen Österreichs. Darlegungen im Ausschuß für Äußeres der Nationalversammlung.

Der Ausschuß für Äußeres hielt heute nachmittags unter Vorsitz des Obmannstellvertreters Abg. Dr. Bauer eine Sitzung ab, in der nach Eröffnung Staatssekretär für Äußeres Dr. Renner das Wort zu folgenden Ausführungen ergriff:

.... Das aber, was uns in Radkersburg recht war, das mußte uns in Feldsberg als billig gelten. Und darauf berufen wir uns auch in Bezug auf Deutschwestungarn, das seit dem Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages von Saint Germain rechtlich schon uns gehört. Haben sich die Beziehungen zu allen Nachbarvölkern ruhig und vertrauensvoll gestaltet, so trifft das leider auf Ungarn nicht zu. Ich habe

mich wiederholt bemüht, in Unterredungen mit dem ungarischen Gesandten klarzustellen, daß zwischen den zwei souveränen und getrennten Staaten Österreich und Ungarn eine weitgehende Interessengemeinschaft bestehe und Österreich den größten Wert auf eine gute Nachbarschaft und intensive wirtschaftliche Beziehungen lege, wobei die österreichische Regierung selbstverständlich daran, welche innere Ordnung sich Ungarn gibt, uninteressiert ist. Zwischen den beiden Ländern schwebt vorläufig noch die Frage der Übergabe von Deutschwestungarn. In dieser Angelegenheit hat sich Österreich niemals feindselig oder auch nur ungeduldig benommen. Es hat niemals an eine gewaltsame Besetzung gedacht, sondern die Frage in der loyalsten Weise der Friedenskonferenz anheimgestellt. Obschon dieser größte Areopag der Völker das Land, das uns früher gehört hat und nur durch einen absolutistischen Akt auf Ungarn übertragen worden war, uns zuerkannt hat, haben wir uns nicht mit Gewalt in den Besitz gesetzt. Die Staatsregierung hat im Gegenteil eine Ermächtigungsvorlage im Parlament eingebracht, welche die endgültige Entscheidung über die Zukunft des Landes seinem frei gewählten Landtage vorbehält. Österreich ist soweit immer loyal vorgegangen und hat auf die magyarische Mentalität, soweit nur möglich, Rücksicht genommen. Trotzdem hat Ungarn mit Herausforderungen geantwortet, gibt das Land nicht heraus, auch nachdem es den Friedensvertrag von Neuilly unterschrieben hat. ... Im Gegenteil ist von ungarischer Seite mit dem Überfalle von Fürstenfeld geantwortet worden, und das Lager von Zala-Egerszeg wird noch heute aus ungarischen Staatsmitteln erhalten, es wird weiter für dasselbe auf unserem Boden geworben, und in den letzten Wochen hat Ungarn verstärkte Besatzungen an unsere Grenzen gelegt. Die Noten, die die ungarische Regierung zur Bemäntelung dieser Vorgänge an uns gerichtet hat, sehen von den Tatsachen ab. Ich habe es, um die Verstimmung nicht noch zu vermehren, bisher unter lassen, sie polemisch zu beantworten, möchte aber bei diesem Anlasse die ungarische Regierung darauf aufmerksam machen, daß zwischen Wien und Budapest nicht mehr das Rechtsverhältnis des 67er Ausgleiches besteht, das uns ein halbes Jahrhundert lang genötigt hat, jede Budapester Behauptung schon dieses Ursprunges wegen für wahr hinzunehmen. ... Es ist selbstverständlich, daß die Republik Österreich auf der Herausgabe des unversehrten westungarischen Grenzgebietes in naher Frist unter allen Umständen besteht, und ich meine, daß auch dieses unvermeidliche Opfer für Ungarn nicht leichter, sondern schwerer und ernster wird, je später es gebracht wird. ...

10. Oktober 1920 Budapest. Wahlrede des Ministerpräsidenten Grafen Teleki. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Ministerpräsident Graf Teleki hielt heute vor feinen Wählern in Szegedin seinen Rechenschaftsbericht, worin er u. a. sagte:

... Der Ministerpräsident kam sodann auf die von Dr. Renner gehaltenen Reden zu sprechen und meinte, Dr. Renner und seine Gesinnungsgenossen scheinen nicht zu wissen, welches Geschenk sie mit Westungarn bekommen haben. Sie verdanken es den Nachbarn, denen daran gelegen war, zwischen Österreich und Ungarn einen Keil zu treiben. Ich hoffe und glaube, daß diese Frage in die notwendige freundschaftliche Berührung beider Länder keinen Keil treiben werde und daß Österreich und Ungarn einen Weg finden werden, der zur Lösung dieser Frage führt und die Freundschaft nicht auf immerwährende Zeiten unmöglich macht.

23. September 1920 Graz. Wahlreden des Staatssekretärs des Äußern Dr. Renner.

In einer Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei in der Industriehalle, die von mehr als 6000 Personen besucht war, sprach heute Staatssekretär des Äußern Dr. Renner über die zu künftige Politik der sozialdemokratischen Partei. Hierbei kam der Staatssekretär, anknüpfend an die jüngsten Enthüllungen der Arbeiter-Zeitung (über ungarische Umtriebe in Österreich), auch auf das Verhältnis Österreichs zu Ungarn und zu den übrigen Sukzessionsstaaten zu sprechen und sagte: Mit Ausnahme der Offizierskaste und der hohen Beamten sowie von Geschäftsleuten, die hüben und drüben Geschäfte machen, ist in Österreich niemand der Lust hätte, noch einmal in eine dauernde Gemeinschaft mit den Magyaren zu kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Zu schlimm sind die Erfahrungen, die wir gemacht haben, als der Kaiser von Österreich tun mußte, was dem König von Ungarn von seinem Parlament vorgeschrieben wurde, zu einer Zeit, da das deutschösterreichische Volk dem magyarischen Imperialismus Vorspanndienste leisten mußte. Ich schätze das magyarische Volk sehr hoch, es ist ein begabtes und tüchtiges Volk, aber unter dem Einflusse seiner bisherigen politischen Führung in hohem Maße überspannt und eigenliebend. Die ungarische Politik hatte immer eine Neigung zu Extremen und Abenteuern. Wir haben das in der Zeit des Kommunismus wahrgenommen, und es bestätigt sich auch jetzt wieder. Eine Politik aber, die sich in Extremen bewegt, ist für den Nachbar immer höchst unbequem, ja selbst gefährlich. ...

Wir haben an ungarischen Angelegenheiten kein Interesse, als das zu bekommen, was uns gebührt, nämlich Deutschwestungarn, das uns gehört nicht nur nach dem Friedensvertrage, sondern auch nach dem deutschen Charakter seiner Bevölkerung und seinen wirtschaftlichen Zusammenhängen mit uns. Die Ausführungen des Staatssekretärs wurden mit stürmischem, sich immer erneuerndem Beifall aufgenommen.

23. September. 1920 Budapest Ministerpräsident Graf Teleki über die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Der Auswärtige Ausschuß der Nationalversammlung hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der Ministerpräsident Graf Teleki, der gegenwärtig auch das Portefeuille des Ministers des Äußern innehat, eine Rede hielt, worin er in Besprechung sämtlicher Fragen der auswärtigen Politik erklärte: ... Die österreichische Frage interessiert uns von mehreren Gesichtspunkten aus. Es interessiert uns Wien als Zentrum der bolschewikischen Agitation, andererseits interessiert uns aber auch die Gemeinsamkeit auf dem Gebiete der Liquidierung früherer Angelegenheiten. Unser ganzes Bestreben ist darauf gerichtet, mit Österreich in ein friedliches, verständnisvolles Verständnis zu gelangen, obwohl dies ziemlich erschwert wird durch den Umstand, daß zwischen der gegenwärtigen österreichischen Regierung und der ungarischen Regierung eine Verschiedenheit der Weltanschauung vorhanden ist. Was Westungarn betrifft, so hofft der Ministerpräsident, daß es in diesem Punkte gelingen werde, eine friedliche Verständigung mit Österreich herbeizuführen.

13. November 1920 Budapest. Das westungarische Regierungskommissariat. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

Der Reichsverweser hat das Mitglied der Nationalversammlung Graf Anton Sigray zum Regierungsoberkommissär für die Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg ernannt. Die Wiedereinsetzung des seinerzeit in verschiedenen administrativen Angelegenheiten bewährten Regierungskommissariats ist im Interesse der einheitlichen Verwaltung des westungarischen Gebietes notwendig geworden. Die Ernennung des Grafen Sigray wird in einer der nächsten Nummern des Amtsblattes erscheinen.

4. Dezember 1920 Wien. 6. Sitzung des Nationalrates. Burgenland (mit Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Mayr).

Präsident Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 10 Min. ... Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bunde und über seine vorläufige Einrichtung. Bundeskanzler Dr. Mayr: „Die Bundesregierung bringt den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes über die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bund und die vorläufige Einrichtung dieses Landes in Vorlage. Durch die Friedensverträge von St. Germain und Trianon ist das Recht des Bundesstaates Österreich auf das Burgenland auf eine unzweifelhafte Weise begründet worden. Die westungarische Frage ist für uns eine res judicata und muß auch eine solche bleiben. (Lebhafter Beifall.) ... Was die Durchführung der auf Westungarn bezüglichen Bestimmungen der Friedensverträge von St. Germain und Trianon anbelangt, so sind wir bestrebt, den ungarischen Gefühlen möglichst Rechnung zu tragen. Wir wollen hierbei insbesondere die völkerrechtliche Seite der westungarischen Frage hervorheben. Wir wünschen möglichst reibungslos zu unserem Rechte zu gelangen, auf das wir nicht verzichten können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) ...

17. Dezember 1920 Budapest. Ministerpräsident Graf Teleki über die nächsten politischen Aufgaben. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.)

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung entwickelte Ministerpräsident Graf Teleki das Programm der Regierung, das gegen über dem des früheren Kabinetts wesentliche Veränderungen nur in prinzipieller Hinsicht aufweise. Indem ich hievon spreche, sagte der Ministerpräsident, kann ich es nicht unterlassen, die österreichische Regierung zu bitten, zu einer Zeit, wo wir die feste Absicht haben, die guten Beziehungen zwischen der Bevölkerung Österreichs und jener Ungarns zu pflegen, nicht an Empfindungen zu rütteln mit so scharfen Äußerungen, wie sie in der am 4. d. M. gehaltenen Rede des österreichischen Bundeskanzlers enthalten sind. In dieser Rede hat der Herr Bundeskanzler wohl gesagt, er werde sich bemühen, bei der Lösung der westungarischen Frage auch Ungarns Gefühlen Rechnung zu tragen, allein der Tenor der Rede zeugt davon, daß der Herr Bundeskanzler diesen Gefühlen nicht Rechnung getragen hat. wenigstens nicht in einer Weise, die zu einer freundschaftlichen Lösung führen könnte. Und doch haben beide Staaten in gleicher Weise ein Interesse daran, daß diese Frage wirklich in freundschaftlicher Weise gelöst werde.

Quellenverzeichnis

Literatur

- Österreichische Nationalbibliothek: Politische Chronik. Hsg. Dr.Karl Neisser Staatsarchivdirektor der Deutschösterreichischen Nationalversammlung
- Németh Ildiko: Das Soproner Komitatsarchiv in Archivalische Zeitschrift, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, 92.Band 2011 Wien Seite 307-324
- Burgenländische Forschungen: 50 Jahre Burgenland. Eisenstadt 1971
- Widder Roland: Unser Weg 60 Jahre Burgenland. Eisenstadt 1981
- Kriechbaumer, Maier, Mesner, Wohnout (Hg.): Die Junge Republik Österreich 1918/19. Wien 2018
- www.atlas-burgenland.at
- Reissmüller Alfred: Revolten und Revolutionen in Deutsch-Westungarn. Masterarbeit Wien 2019
- Schlag Gerald: Anschluß und Erste Republik in Allgemeine Landestopographie des Burgenlandes. Eisenstadt 1981
- Schlag Gerald: „Aus Trümmern geboren ...“, Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland Band 106, Eisenstadt 2001
- Schlag Gerald: Die Grenzziehung Österreich-Ungarn 1922/23 in Burgenländische Forschungen 1984
- Schlag Gerald: Zur Burgenlandfrage von Saint-Germain bis Venedig. In burgenländische Heimatblätter Eisenstadt 1970
- Seedoch Johann: Deutschösterreichs Bemühungen um den Anschluß des Burgenlandes in Burgenländische Forschungen 1984
- Suppan Arnold: Imperialist Peace Order. Saint-Germain an Trianon 1919-1920, Austrian Academy of Sciences Press, Wien 2019
- Historischer Atlas Burgenland. Amt der burgenländischen Landesregierung 2011
- Steiger Anton: Meine Erinnerungen an Alt-Mattersdorf. Geschrieben um 1970 in Mattersburg
- Unger Günter: Die Christlichsoziale Partei im Burgenland. Burgenländische Forschungen Eisenstadt 1965
- Wolf Franz: Aurel Constantin Popovici. Institut für Österreichkunde Sonderdruck
- Bizony Laszlo: 133 Tage ungarischer Bolschwismus. Wien 1919
- Goldinger Walter: Die Burgenlandfrage als internationales Problem. In burgenländische Heimatblätter Eisenstadt 1961
- Tóth Imre: Mythos und Realität - die Folgen der Abtrennung des Burgenlandes in Ungarn nach 1921. In ungarische Geschichtsforschung Wien 2014

Fotoquellen

- Archiv 70er Haus der Geschichten
- Österreichische Nationalbibliothek
- Fortepan (Urhebername beim jeweiligen Bild)
- Ödenburger Zeitung / Ödenburger Arbeiterrat
- Wikimedia Commons
- Das Interessante Blatt
- Hungerwinter in Wien - französisches Solidaritätsplakat (<https://gallica.bnf.fr/View?url=https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b90128607>)
- Die „vier Großen“ der Friedenskonferenz in Versailles mit den entsprechenden Unterschriften: WOODROW WILSON („Woodrow Wilson“) Präsident der USA, GEORGES Clémenceau („G Clémenceau“) Premierminister Frankreichs, DAVID LLOYD GEORGE („D Lloyd George“) Premierminister Großbritanniens und VITTORIO ORLANDO („V.E. Orlando“) Premierminister Italiens. Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Paris_Peace_Conference_1919_big_four.jpg.
- Eröffnung am 18.Jänner 1919 (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53005533d?rk=1587990;4>)
- Premierminister Georges Clémenceau leitete die Pariser Friedenskonferenz (Quelle: picture alliance / United Archives/WHA)
- Asternrevolution: Ausrufung der ungarischen Volksrepublik am 16.November 1918 unter Premierminister Mihály Károlyi und Ratspräsident János Hock. (Quelle : Magyar miniszterelnökök 1848–2002. Kossuth Kiadó, Budapest, 2003. p. 74. (image) and p. 227. (register))
- David Lloyd George, Vittorio Orlando, Georges Clémenceau und Woodrow Wilson (v. l.) als „Große vier“ . Quelle: picture alliance / CPA Media Co. Ltd
- Im Schloss von St Germain en Laye, Saal Boucher de Perthes wo die österreichischen Delegierten die Friedensbedingungen erhalten. (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53016284f?rk=64378;0>)
- Übergabe des Entwurfes des Friedensvertrages an die österreichische Delegation am 2.Juni 1919 im Schloss von Saint-Germain-en-Laye. (Quelle: <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53017513k/>)
- Umgebung des Schlosses in St-Germain-en-Laye (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b9032721b?rk=42918;4>)
- Ankunft Clémenceau bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags in St-Germain-en-Laye (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b90327324?rk=64378;0>)
- Der Vertrag wird gebracht für die Unterzeichnung des Friedensvertrags in St-Germain-en-Laye (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b9032726d?rk=21459;2>)
- Umgebung des Schlosses in St-Germain-en-Laye bei Vertragsunterzeichnung (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b9032722r?rk=85837;2>)
- Renner verlässt nach der Unterzeichnung das Schloss. (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b9032734z?rk=128756;0>)
- Graf Károlyi Mihály 1919 (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53015963g.r=karolyi?rk=42918;4>)
- Károlyi Mihály wendet sich an die Bevölkerung als die ungarische Republik am 16.November 1918 proklamiert wird.(Quelle: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:K%C3%A1rolyiEnLaProclamaci%C3%B3nDeLaRep%C3%BAlica19181116.jpg>)

Note von Vix, der Chef der alliierten Militärmission in Ungarn, im Auftrag der Pariser Friedenskonferenz: herzustellende neutrale Zone durch Ungarn gegenüber Rumänien. (Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hungarian-Romanian_War_of_1919,_Romanian_advance_to_Tisza_-_blank.jpg)

Ministerpräsident Graf Károlyi Mihály mit seiner Frau an der Demarkationslinie zwischen Ungarn und Rumänien 1919 (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b530161217.r=karolyi?rk=64378;0>)

Plakat der Räteregierung „Rote Soldaten Vorwärts. (Quelle: <https://archive.org/details/outlawsdiary02tormuoft>)

Bolschewistisches Gespenst am Verhandlungstisch (Quelle: <https://www.flickr.com/photos/internetarchivebookimages/14759129762/>)

Sándor Garbai (1879-1947) sozialdemokratischer Vorsitzender des Revolutionsregierungsrates. (Quelle: https://adtplus.arcanum.hu/hu/view/UjIdok_1919/?pg=257&layout=s)

Béla Kun auf einer Versammlung in Ungarn. (Quelle: <https://archive.org/details/outlawsdiary02tormuoft>)

Hoch der Proletariat Diktatur“. Zur Feier des 1.Mai errichtete Pyramide über die Baross Statue. Aquarell von Baky Albert. (Quelle: <http://mek.oszk.hu/01900/01906/html/cd9/kepek/egyhaztortenet/et014li93110a.jpg>)

Béla Kun mit Akten und Tibor Számuelly mit Lederjacke am 1.Mai 1919 in Budapest. (Quelle: <https://archive.org/details/outlawsdiary02tormuoft>)

Plakat der Räteregierung „Proletarier-Macht“ (Quelle: <https://archive.org/details/outlawsdiary02tormuoft>)

Proletariat! Vorwärts! Ihr seid die Erlöser der Welt!“ Plakat von Lajos Szántó 1919 (aus Széchény-Nationalbibliothek)

Rumänische Truppen besetzen Budapest. (Quelle: <https://archive.org/details/outlawsdiary02tormuoft>)

Restauration durch Horthy (Quelle: <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b103366641.r=horthy?rk=21459;2>)

Ungarische Stephanskronen (By User:CSvBibra - File:Crown, Sword and Globus Cruciger of Hungary.jpg by User:Schopenhauer, User:Qorilla, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=9551663>)

Horthys Ankunft im Parlament am 1.März 1920 gefolgt von Premierminister Huszár Károly (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Arrival_of_Horthy_1920-03.jpg#/media/Fájl:Arrival_of_Horthy_1920-03.jpg)

Restauration durch Horthy (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b103366641.r=horthy?rk=21459;2>)

Plakat „Sie waschen sich“ 1921 (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b9013725r.r=sopron?rk=42918;4>)

Teleki Pál (Készítette: Ismeretlen - <http://www.sulinet.hu/tovabbtan/felveteli/2001/27het/tortenelem/tori27.html>, Közkincs, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5495328>)

Graf Albert Apponyi kommt am 15.Jänner zum Quai D'Orsay an, um den Entwurf des Friedensvertrages für Ungarn zu erhalten. (<http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53036032b/f1.zoom.r=hongrois.langFR>)

Graf Albert Apponyi kommt am 15.Jänner zum Quai D'Orsay an, um den Entwurf des Friedensvertrages für Ungarn zu erhalten. (<http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53036032b/f1.zoom.r=hongrois.langFR>)

Graf Albert Apponyi (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53195320z.r=apponyi?rk=42918;4>)

Einladung in das Château de Madrid à Neuilly 1919 (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53018228f.r=Neuilly%2C%20Chateau%20de%20Madrid?rk=42918;4>)

Ethnografische Karte der Völker der ungarischen Krone nach der Volkszählung von 1880 dargestellt durch Réthey Ferencz (<http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53023079s>)

Friedenskonferenz im Trianon Palast (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b530160602.r=trianon%20trianon?rk=171674;4>)

Neues Quartier für die ungarische Delegation im „Hotel de Reservoirs“ in Versailles. (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53016036h?rk=42918;4>)

Konferenzsaal im Trianon Palast (<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b53016147r?rk=1759665;2>)

Ungarisches Plakat gegen den Friedensvertrag von Trianon in prekmurisch. Es ist gegen die Abtrennung von Prekmurje (Übermurgebiet) in Slowenien und Medjmurje (Murinsel) in Kroatien. (<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=7483921>)

Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon durch die ungarische Delegation. Delegationsleiter ist Ágost Benárd. (Von Agence Rol - Dieses Bild stammt aus der Digitalen Bibliothek Gallica und ist verfügbar unter der ID [btv1b530372651](https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b530372651/f1.zoom.r=hongrois.langEN))

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages: Benárd Ágost und Drasche-Lázár Alfréd (<http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b530372651/f1.zoom.r=hongrois.langEN>)

Denkmal in Somogyudvarhelyen aus 2008.(Quelle: Von Zerind - Eigenes Werk, CC0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35914210>)

Tafel im Rathaus von Jászapáti von 2011.(Quelle: Von Globetrotter19 - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=92870089>)

Trianon-Denkmal mit dem fragmentierten Großungarn und dem Engelswappen im Rathaus von Kecskemét. (Quelle: Kuruc Katinka / CC BY-SA (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>))

Trianon Denkmal von Sándor Udvardi aus 2016 in Csorna. (<http://www.vitezirend.com/rovatok/hirek/trianon-emlekmuvet-avattak-csornan/>)

